

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/3

**3. Sitzung
Kiel, Donnerstag, 23. Mai 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 06.06.96

Tagesordnung:

Regierungserklärung

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Ute Erdiek-Rave (SPD)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoerendonk (SSW)

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und F.D.P.

Drucksache 14/8

Thorsten Geißler (CDU)
Holger Astrup (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoerendonk (SSW)
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/30

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/55

b) Volksbegehren zur Erhaltung des Buß- und Bettages

Antrag der Volksinitiative zur Durchführung eines Volksbegehrrens zur Erhaltung des Buß- und Bettages

Drucksache 14/24

Bericht und Beslußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/25

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Rolf Schroedter (SPD)
Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Spoerendonk (SSW)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschlüsse: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/30 an den Innen- und Rechtsausschuß, den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß

2. Annahme des Antrages Drucksache 14/55 und der Beslußempfehlung Drucksache 14/25

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/39

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Klaus-Peter Puls (SPD)
Klaus Schlie (CDU)
Wilfried Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Spoerrendonk (SSW)
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz - SH AbgG -)

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/44

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß

Entschließung zum Marineschiffbau

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/18
Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/52

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Ulrike Rodust (SPD)
Bernd Saxe (SPD)
Thomas Stritzl (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Spoerrendonk (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Beschluß: Annahme des Antrages 14/52

Entschließung zum Abriß der U-Boot-Bunkerruine „Kilian“

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/23
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/57

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD)
Angelika Volquartz (CDU)
Wilfried Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Spoerrendonk (SSW)
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Thomas Stritzl (CDU)
Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Beschluß: Annahme des Antrages 14/57

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.03 Uhr

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.] Ja!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung der zweiten Tagung. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich. Auf der Tribüne begrüße ich unsere Gäste von der Realschule Süderbrarup, der Jørgensby-Skole Flensburg, den Beruflichen Schulen des Kreises Steinburg/Itzehoe und der Realschule Sandesneben. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Erfreulicherweise haben die Fraktionen wiederum Vollständigkeit gemeldet, niemand ist erkrankt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehmen für die nächsten vier Jahre gemeinsam Verantwortung für Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Fürchterlich!)

Das entspricht dem Wahlergebnis, und Koalitionen sind der parlamentarische Normalfall. Verantwortung für Schleswig-Holstein heißt, dem Land dienen und Einzelinteressen hintanstellen. Es bedeutet: das moderne Schleswig-Holstein absichern und weiterentwickeln - ökonomisch, ökologisch und sozial. In diesem Sinne wird die neue **Landesregierung** bewährte **Reformansätze** fortführen und neue Akzente setzen. Wir setzen klare Maßstäbe, an denen wir uns orientieren, an denen wir uns messen lassen, und an denen wir andere messen. Diese Kriterien lauten: Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Gemeinsinn stärken.

Diese Landesregierung übernimmt Verantwortung für Schleswig-Holstein in einer Zeit des Umbruchs. Die Bedingungen sind objektiv schwierig.

Wir leben in einer Welt, die grenzenlos geworden ist, jedenfalls für Kapital und Informationen. Der Rechenstift entscheidet, ob die neue Fabrik in Flensburg oder Bratislava, in Kiel oder Kuala Lumpur gebaut wird. Schleift der globale Standortwettbewerb etwa das Soziale unserer Marktwirtschaft?

Wir leben in einer Wirtschaft, in der Arbeitsplatzminimierung zur erfolgreichsten Methode der Gewinnmaximierung avanciert ist. Betriebswirtschaftliche Renditelogik und gesellschaftliche Vernunft liegen dramatisch auf Kollisionskurs. Die Frage lautet: Was ist die Zukunft der Erwerbsarbeit? Wie könnte die Alternative aussehen? Globale Veränderungen des Klimas und des Naturhaushaltes stellen eine Gefährdung des **Menschen** dar. Was müssen wir tun, um die **Umwelt** zu bewahren und als Ressource für Mensch und Natur zu erhalten?

Wir leben in einer **Gesellschaft** mit großen **Gegensätzen**: Hier Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut, dort Wohlstand und Reichtum - und das bei steigender Steuer-, Abgaben- und Beitragslast für die, die Arbeit haben. Unter diesem doppelten Druck bröckelt der Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Frage ist: Wie bewahren wir Solidarität und Sozialstaat?

Immer mehr Menschen sind unsicher, wie es mit ihnen persönlich und wie es insgesamt weitergehen soll. Immer weniger Menschen, zumal die jungen, trauen der Politik die richtigen Antworten zu. Wir alle müssen uns fragen: Wie erreicht **Politik** wieder mehr **Akzeptanz** und **Vertrauen**?

Das Wahlergebnis vom 24. März dieses Jahres muß allen Parteien zu denken geben. Polemik gegen die neue **Koalition** greift jedenfalls zu kurz. Eine Journalistin schrieb gestern treffend: „Eine seriöse politische Auseinandersetzung mit den Absichten des rot-grünen Projektes steht bislang noch aus.“

In dieser Zeit des Umbruchs und der Unsicherheit **Verantwortung für Schleswig-Holstein** zu übernehmen, heißt: Wir müssen die Chancen der Veränderung erkennen und ergreifen. Wir können die massiven Veränderungen bewältigen, wenn wir schonungslos sagen, was ist. Der

Grundgesetzartikel null - Besitzstände sind zu halten - galt nie und gilt heute erst recht nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir können die massiven Veränderungen erfolgreich bestehen, wenn sich alle aus ihren Stellungen herausbewegen und mit den Grabenkämpfen aufhören - die Parteien, die großen Verbände, die Tarifpartner.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann man los!)

Daß der Bundeskanzler als Sprachrohr der Arbeitgeber das „Bündnis für Arbeit“ zum Scheitern bringt, stärkt nicht gerade die Zuversicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können die **Umbrüche** ohne soziale Verwerfungen überstehen, wenn wir sie gemeinsam gestalten. Alle **Ministerpräsidenten** - über alle Parteidgrenzen hinweg - haben dafür in diesem Monat ein Zeichen gesetzt, indem sie sich bei den entscheidenden Themen wie Arbeit, soziale Sicherheit und finanzielle Konsolidierung verständigt haben.

Erstens: **Arbeit**. Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden, damit die Arbeit billiger wird und neue Arbeitsplätze entstehen können, und zwar in Deutschland. Es kann nicht länger angehen, daß beispielsweise die sozialen Kosten der deutschen Einheit allein von den Beitragszahlern getragen werden, also von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Ministerpräsidenten sind sich auch einig: Der zweite Arbeitsmarkt ist eine Brücke zur regulären Erwerbstätigkeit.

Zweitens: **Soziale Sicherheit**. Dazu müssen die Leistungen überprüft werden, weil uns sonst enorme Defizite oder Beitragserhöhungen drohen. Es muß geprüft werden, inwieweit die Kosten der sozialen Sicherung von der Arbeit auf andere Faktoren verlagert werden können. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand muß gestärkt werden, zum Beispiel über den Investivlohn.

Drittens. **Finanzbeziehungen**. Die Relation der Finanzkraft von Bund, Ländern und Gemeinden

muß gewahrt werden. Der Bund darf sich nicht länger auf Kosten anderer entlasten. Wer die Vermögensteuer mit einem Aufkommen von 8 Milliarden DM abschaffen will, muß eine gerechte, soziale Kompensation vorschlagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen sind zu schmerzlichen Opfern bereit, aber Taktieren und billiger Streit stoßen sie ab. Wir können tragfähige Lösungen finden - Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Gemeinsinn stärken -, wenn die politischen Parteien und die politischen Ebenen gemeinsam und konstruktiv danach suchen.

Um dieses Zieles willen ist Schleswig-Holstein zur Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund bereit. Wir leisten unseren Beitrag dazu, in der Herausforderung die Chancen zu nutzen. Zu diesen Chancen gehört auch die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft.

Eine hervorragende Perspektive für unser Land bietet das **Zusammenwachsen der Ostseeregion** als eine der Zukunftsregionen Europas. Schleswig-Holstein bleibt Motor der Ostseekooperation. Ostseepolitik ist nämlich Standortpolitik für unser Land. Je mehr es gelingt, die Ostseeregion im Wettbewerb mit anderen europäischen Großregionen zu entwickeln und zu behaupten, um so größer werden die positiven wirtschaftlichen Effekte für Schleswig-Holstein sein.

Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben. Auch unsere **Kinder** und **Enkel** müssen noch **Politik** gestalten können. Dafür tragen wir heute Verantwortung. Deshalb muß unsere Finanzpolitik weiterhin solide sein.

Den harten Weg der **Konsolidierung** gehen wir in **Schleswig-Holstein** seit 1988: minimale Haushaltszuwächse, abnehmende Verschuldungsquoten, und das trotz steigender Belastungen. Jede Milliarde für die deutsche Einheit mußten wir woanders einsparen. Jede Million für Lehrerstellen, für Kindergärten oder für die Beschäftigungspolitik mußten wir an anderer Stelle wegnehmen. Das bedeutete längere Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten, gekürzte Zuschüsse für Vereine und Verbände und so weiter, und so weiter. Manche Gruppen haben

vor dem Landeshaus demonstriert. Viele haben nur still gestöhnt ob der Schmerzen, die wir ihnen mit unseren Haushaltsoperationen zumuten mußten. Wenn der Landesrechnungshof zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer für 300 Millionen DM jährlich - Pensionsansprüche nicht mitgerechnet - anmahnt, dann möge er uns doch bitte sagen: Wem sollen wir denn dieses Geld jetzt noch wegnehmen?

Daß wir in der neuen Legislaturperiode überhaupt noch in die Zukunft investieren können - in die Bildung, in die Regionen, in mehr Umwelt- und Naturschutz -, ist das Ergebnis unserer vorsorglichen **Haushaltspolitik** der vergangenen Jahre. Aber nach wie vor ist die politische **Handlungsfähigkeit** finanziell bedroht. Wir erleben einen tiefgreifenden Strukturwandel. Die stoische Ruhe, mit der die Bundesregierung eine Hiobsbotschaft nach der anderen verkündet, ersetzt noch keine strategische Finanzpolitik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bonn tut man immer noch so, als sei kurzatmiges Löcherstopfen auch eine Lösung.

Klare Verhältnisse in der **Steuerpolitik** sind ein Ansatzpunkt. Die Landesregierung wird sich im Bund für eine Reform der Vermögen- und Erbschaftsteuer einsetzen, die sozial gerecht ist, sowie für eine ökologische Steuerreform, die Umweltverbrauch teurer und Arbeit billiger macht und im übrigen das Steueraufkommen und seine Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden nicht verändert.

Um wieder mehr investieren zu können, müssen wir nicht nur die **Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern** berechenbar machen; wir müssen auch unsere eigenen konsumtiven Ausgaben weiter reduzieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht im Koalitionsvertrag aber anders!)

Dazu ist in der beginnenden Legislaturperiode folgendes notwendig: Die Nettokreditaufnahme wird schrittweise auf 800 Millionen DM zurückgeführt. Unerwartete Mehreinnahmen werden mindestens zu zwei Dritteln zur zusätzlichen **Senkung** der **Neuverschuldung** verwendet. Die Netto-Ausgaben werden im

Jahresdurchschnitt um höchstens 1,5% steigen. Die Personalausgaben wollen wir bis zum Jahre 2000 auf unter 39% senken. Ein erster Schritt sind die 1600 Stellen, die früher als bisher geplant wegfallen sollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann nehmen wir Sie insgesamt beim Wort, Frau Ministerpräsidentin!)

Mit einem reinen Stellenstreichen ist allerdings noch nichts getan. Es müssen Aufgaben überprüft, gebündelt und unter Umständen abgebaut werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Für neue Aufgaben ist jedenfalls kaum Raum. Das sage ich auch an unsere eigene Adresse, aber auch an die Adresse aller anderen Regierungen und Gesetzgeber bis hin nach Brüssel. Allein die europäischen Institutionen produzieren monatlich zirka 10 000 Seiten Drucksachen, die gelesen, verarbeitet und berücksichtigt werden wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So schon Gerd Walter!)

Die Vorschriften müssen auf allen Ebenen vereinfacht und gelichtet werden. Wir treten für eine **Steuerreform** ein, die das System radikal vereinfacht, indem die Steuersätze gesenkt und zum Ausgleich geeignete Steuervergünstigungen abgeschafft werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung in allen ihren Bereichen ist ein **ökonomischer Standortfaktor** von großer Bedeutung. Wir wollen notwendige Genehmigungsverfahren so zügig und so transparent wie möglich gestalten. Dabei soll es bei Umweltstandards und Bürgerbeteiligung keine Abstriche geben. Bürgerinnen und Bürger wollen kompetente, flexible und prompte Dienstleistungen des Staates. Daran arbeiten wir gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weiter, zum Beispiel an einer Dienstrechtsreform, für die wir in Bonn weiter Druck machen werden, zum Beispiel am Aufbau eines Personalmanagements und zum Beispiel an der Budgetierung, die schrittweise in der gesamten Landesverwaltung eingeführt werden soll.

Im übrigen werden wir prüfen, ob weitere **Unternehmensbeteiligungen des Landes** verkauft werden können und im Notfall an wen. In Einzelfällen können Landeseinrichtungen in private Rechtsformen überführt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Land und Kommunen müssen die schwierige Finanzlage in fairer Partnerschaft gemeinsam tragen. Den Kommunen gegenüber stelle ich für die Landesregierung fest: Wir bekennen uns zum Grundsatz der Konnexität zwischen Aufgaben- und Finanzverantwortung, wie er in der Landesverfassung fest verankert ist. Wir werden auch im Zuge der weiteren Verwaltungsreform keine Aufgaben auf Kreise und Gemeinden ohne fairen Ausgleich übertragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Arbeitsplätze schaffen und sichern bleibt die wichtigste Aufgabe der Landespolitik in den nächsten vier Jahren. Das ist ein Stück Kontinuität, für die ich persönlich stehe.

Seit vielen Jahren beobachten wir einen gravierenden **Strukturwandel** der **Wirtschaft**. Eiserne Vorhänge gibt es nicht mehr. Die Produktivität steigt, und zugleich steigt das Tempo, mit dem sich Märkte und Produktionsbedingungen wandeln. Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Informations- und Wissensgesellschaft sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Prognosen gehen davon aus, daß im Jahr 2010 mehr als die Hälfte aller Menschen im Informationssektor arbeiten wird.

Das **Qualifikationsniveau der Arbeitsplätze** wird weiter rapide steigen. Teamarbeit, die Fähigkeit zu ständigem Lernen und vernetztem Denken werden in der Arbeitswelt immer wichtiger. Deshalb wird die Landesregierung der beruflichen Bildung einen unverändert hohen Stellenwert einräumen und sich gemeinsam mit Wirtschaft und Betrieben für eine **Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation** einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein hat von dem bisherigen Strukturwandel der Wirtschaft profitiert. Die **Informationsgesellschaft** ist aber kein Selbstläufer. Sie braucht eine industrielle Basis, vor allem im High-Tech-Bereich. Wenn wir auch künftig mithalten wollen, muß der Standort attraktiv gehalten werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Standortpolitik der Landesregierung heißt das: Wir werden die ansässigen Unternehmen mit all den vielfältigen Instrumenten, die wir in den letzten Jahren geschaffen haben, weiter unterstützen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Siehe Koalitionsvertrag!)

Wir brauchen zugleich viele neue **Firmenansiedlungen** und vor allem **Firmengründungen**, um neue Beschäftigungschancen zu erschließen und wegfallende Arbeitsplätze auszugleichen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Technologietransfer und **Forschung** bleiben die zentralen Eckpfeiler für einen zukunftsfähigen industriellen Sektor. Wir werden die Erzeugung ökologisch orientierter Produkte und umweltfreundlicher Produktionsweisen besonders fördern.

Schleswig-Holstein muß auch in Zukunft einen Spitzenplatz in der Standort-Hitliste der Unternehmen einnehmen. Selbst das besonders kritische Kieler Weltwirtschaftsinstitut hat kürzlich schleswig-holsteinische Erfolge bewußt anerkannt.

Ich weiß, daß es in der Wirtschaft - zumindest in Teilen - Vorbehalte gegen diese Koalition gibt. Kritik ist uns willkommen. Sie führt nämlich zum Dialog und - wie es in den letzten acht Jahren oft gezeigt werden konnte - oftmals zum Konsens. Zukunftsinvestitionen sind Vertrauenssache. Deshalb werde ich durch intensivere Zusammenarbeit in der Kieler Runde dafür

mitarbeiten, daß das Vertrauen in den **Standort Schleswig-Holstein** erhalten bleibt und weiter wächst.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Deutschland keine sehr ausgeprägte Gründerkultur, verglichen zum Beispiel mit den USA. Ein Hochschulprofessor, der ein Unternehmen gründet und dafür seinen Job aufgibt, hat wirklich noch Seltenheitswert.

Wirtschaft einerseits und öffentlicher Sektor andererseits schotten sich immer noch zu sehr voneinander ab. Dabei könnten von einem personellen Transfer etwa zwischen **Wissenschaft** und **Wirtschaft** beide Bereiche nur profitieren. Eine Existenzgründungsoffensive soll das Gründungsklima in Schleswig-Holstein verbessern: Wir wollen für die **Selbständigkeit** als Lebensperspektive in Schulen, Berufsschulen und Hochschulen werben. Darüber hinaus wird die Landesregierung eine Informations- und Imagekampagne für die berufliche Selbständigkeit starten.

Wir werden die Beratung für **Existenzgründungen** verbessern und bieten den Industrie- und Handelskammern an, die Angebote in einem „Haus der Wirtschaft“ zu bündeln. Wir wollen junge Unternehmen insbesondere mit Risikokapital fördern. Mit Hilfe einer Meisterprämie soll ein zusätzlicher Anreiz für Gründungen im Handwerk geschaffen werden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Alles CDU-Programm!)

Schließlich wird sich die Landesregierung auf Bundesebene verstärkt dafür einsetzen, daß die Rahmenbedingungen zur Existenzgründung verbessert werden. Wir erwarten allerdings von den Banken, gerade auch von den großen Geschäftsbanken mehr Bereitschaft zur Wagnisfinanzierung.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie viele Existenzgründungen finanzieren, setzen Sie im übrigen längst nicht soviel Geld aufs Spiel wie bei einem Schneider oder einem Balsam.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im verstärkten Dialog mit den Kreditinstituten in Schleswig-Holstein wollen wir Hürden abbauen. Die Banken sollen begreifen, daß Existenzgründerinnen und Existenzgründer ihre Kundschaft von morgen sind. Dabei müssen auch unkonventionelle Ideen eine Chance erhalten.

Die Landesregierung hat die Technologie-Infrastruktur des Landes in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut.

(Beifall bei der SPD)

Das wird uns von nahezu allen Seiten bestätigt. Diese Politik wollen wir fortsetzen.

Wir werden durch ein Innovations-Assistenz-Programm die **Einführung neuer Technologien** in kleinen und mittleren Unternehmen fördern. Die bestehenden Technologiezentren sind Keimzellen innovativer Ideen und neuer Arbeitsplätze. Sie sollen sich schrittweise zu Kompetenzzentren für bestimmte Technologiefelder entwickeln. Dabei fördern wir vorrangig die Bereiche Umwelt- und Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, Medizintechnik sowie Sensorik und Mikrosystemtechnik. Außerdem wird sich die Landesregierung für die Errichtung eines Anwendenzentrums für Allgemeine Informatik der Fraunhofer-Gesellschaft an der Medizinischen Universität Lübeck einsetzen.

Eines der wichtigsten Technologiefelder der Zukunft ist die **Telekommunikation**. Sie wird - soviel ist jetzt schon absehbar - viele Lebensbereiche nachhaltig verändern: das Lernen in Schulen, Hochschulen und Weiterbildung, das Arbeiten in Unternehmen und Behörden, das Freizeitverhalten der Menschen durch neue Formen der Mediennutzung.

Ein zentraler Stichtag für dieses Thema fällt in diese Legislaturperiode, nämlich die Öffnung der Telekommunikationsnetze am 1. Januar 1998. Was in Deutschland bisher garantiert ist, nämlich die gleiche Versorgung aller Regionen mit gleichen Leistungen zu gleichen Preisen, wird zukünftig dem Wettbewerb unterworfen. Damit wird die

Versorgung mit Telekommunikationsnetzen zu einem Standortfaktor in der wirtschaftlichen Konkurrenz der Regionen untereinander.

Die Landesregierung setzt den Dialog mit allen potentiellen Netzbetreibern im Land fort, zum Beispiel mit den Energieversorgern. Ziel ist es, den technischen Standard der Netze bei möglichst geringen Kosten zu optimieren. Dazu ist eine verstärkte Kooperation der Unternehmen unerlässlich.

Die Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein und der Telekom eine landesweite Initiative „Schulen ans Netz in Schleswig-Holstein“ starten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dadurch sollen Schülerinnen und Schüler frühzeitig mit der sinnvollen **Nutzung moderner Kommunikationsmedien** vertraut gemacht werden. Wir wollen außerdem den Aufbau eines landesweiten Informations- und Kommunikationsnetzes für öffentliche Dienstleistungen im Internet, den Ausbau eines elektronischen Netzwerkes im Ostseeraum, die Förderung von Projekten zur Vermeidung und Lenkung von Verkehr und die Förderung von Projekten der Telearbeit insbesondere in ländlichen Regionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der föderative Aufbau ist eine der Stärken Deutschlands. Er hat kraftvolle Regionen entstehen lassen, um die man uns anderswo beneidet. Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik setzt auf die **Kraft der Regionen**. Sie müssen handlungsfähig sein und dürfen sich nicht nur über Gebietsgrenzen definieren. Sie müssen sich an der tatsächlichen Verflechtung von Arbeiten, Infrastruktur, Wohnen, Erholung und Freizeit orientieren.

Ein wichtiges Beispiel dafür ist die **Metropolregion Hamburg**. Ihr starkes Wachstum lässt einerseits Arbeitsplätze und Wohlstand entstehen, andererseits wachsen Flächenverbrauch und Umweltbelastung. Chancen und Risiken müssen sorgfältig austariert werden, und zwar gemeinsam von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das geschieht mit dem Regionalen

Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg. Die Landesregierung ist entschlossen, dieses Kooperationsmodell zum Erfolg zu führen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Darin sind eine Menge Straßenbauvorhaben!)

Dazu brauchen wir keinen Nordstaat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hamburg ist für sich allein stark, Schleswig-Holstein allerdings auch. Noch stärker sind wir, wenn wir als Partner unsere Interessen in einem fairen Geben und Nehmen ausgleichen. Das funktioniert meines Erachtens sogar noch besser, wenn wir unsere regionale Identität behalten.

(Beifall bei der SPD)

Gemeinsam erarbeitete regionale Leitbilder und **Entwicklungskonzepte** fördern das Zusammenwachsen in einer Region. Wir werden solche Konzepte deshalb verstärkt unterstützen und zur Grundlage von Förderentscheidungen machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Auch die verstärkte institutionelle Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg zum Beispiel von Wirtschaftsförderungsgesellschaften ist notwendig.

Schwerpunkte unserer **Regionalpolitik** bleiben auch in Zukunft die **ländlichen Räume** Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Regionalprogramm mit seinem modernen Förderkonzept ist ein erfolgreiches Instrument zur Strukturverbesserung, insbesondere an der Westküste und im Landesteil Schleswig. Von 1997 bis 1999 wird die Landesregierung deshalb über 100 Millionen DM dafür bereitstellen. Dafür können auch die Fördermittel der EU für ländliche Räume gebunden werden. Im Qualitätswettbewerb der Projekte werden wir besonderes Gewicht auf die Beschäftigungswirkung legen.

Der ländliche Raum lebt im wesentlichen Maße von einer wettbewerbsfähigen **Land-** und **Ernährungswirtschaft**. Die Verarbeiter und Vermarkter landwirtschaftlicher Produkte müssen neue Möglichkeiten des Absatzes in Schleswig-Holstein entwickeln. Dabei wird sie die Landesregierung unterstützen und den Branchendialog fortsetzen.

Wo läge es näher als in Schleswig-Holstein, ein Öko-Land zu schaffen, in dem gerade in der Landwirtschaft **Ökonomie** und Ökologie vorbildlich miteinander harmonieren?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gesunde Klima, die vergleichsweise intakte Natur bieten die besten Voraussetzungen. Landwirte sind Unternehmer. Hier können sie es beweisen.

(Heiterkeit bei der CDU - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landwirte, die ökologisch wirtschaften, sind unabhängiger von den Irrungen und Wirrungen europäischer Agrarpolitik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ökologische Landwirtschaft ist umweltverträglicher. Ihre Produkte entsprechen eher den Gesundheitsinteressen verunsicherter Verbraucher. Wir werden die ökologische Landwirtschaft verstärkt fördern und Forschung und Ausbildung in diesem Bereich verbessern und wissen einen starken Mitstreiter in dem ehemaligen Präsidenten des Landesbauernverbandes, Herrn Eigen.

(Heiterkeit bei der CDU - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines der wichtigsten Wirtschaftsfelder der ländlichen Regionen ist der **Tourismus**. Seinem quantitativen Wachstum sind ökologische Grenzen gesetzt, weil wir sonst unser wichtigstes Kapital, die Umwelt, aufs Spiel setzen. Die Konzeption des Sanften Tourismus bleibt Grundlage unserer Politik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Qualitätssteigerungen ist jedoch noch viel Raum. Viele Gäste kommen nur für einen Tag. Wir müssen erreichen, daß sie eine Woche oder einen Monat bleiben und vor allem, daß sie wiederkommen. Viele kommen wegen der schönen Landschaft unseres Landes. Wir müssen ihnen klarmachen: Hier gibt es nicht nur Deiche und Strandkörbe, sondern auch bedeutende Kunstsammlungen. Hier sind Literatur und Musik zu Hause.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen das kulturelle Erbe des Landes auch in Zusammenarbeit mit den Eigentümern verstärkt für Fremdenverkehrsangebote erschließen. Dazu gehört, daß das Hotel- und Gaststättenangebot vor allem außerhalb der Küstenregionen attraktiver wird.

Wir begrüßen Konzepte und Aktionen, mit denen die Branche in letzter Zeit in diese Richtung zielt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Voraussetzung für mehr Qualität und Kreativität im Tourismus sind Qualifizierungsmöglichkeiten. Dafür werden wir die Fachhochschule Heide und das neue Bildungszentrum für Tourismus und Gastronomie in Husum entsprechend ausbauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Immer noch wird vielerorts nach dem Motto geplant: Arbeiten, Wohnen und Infrastruktur müssen säuberlich voneinander getrennt werden. Die Resultate sind Zersiedelung der Städte, unattraktive Innenstädte, übermäßiger Flächenverbrauch. Wir halten mit unseren Grundsätzen der Landesentwicklung dagegen.

Örtliche Planung ist und bleibt Sache der Kommunen. Die Landesregierung wird jedoch alle verfügbaren Instrumente des Landes dafür einsetzen, um den Flächenverbrauch zu minimieren, brachfallende Flächen vor Neuausweisung zu nutzen, Wohnen und Arbeiten planerisch zu

integrieren und die Zersplitterung der Siedlungsentwicklung zu verhindern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Eine **umweltbewußte Landesentwicklung** ist keine Politik gegen wirtschaftliche Entwicklung, sondern schafft neue Wachstumschancen.

Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Wir konnten dies in der Vergangenheit beweisen und werden dies auch in der Zukunft tun.

Das Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie ist Leitbild auch für die **Verkehrspolitik** der Landesregierung. Der Schwerpunkt unserer Politik besteht darin, den Personen- und Güterverkehr soweit wie möglich auf umweltverträglichere Verkehrsträger umzulenken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Dazu brauchen wir keinen Transrapid, sondern den Ausbau der Schiene und der Häfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Im überregionalen Schienenverkehr hat die Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck höchste Priorität.

Bei Bussen und Bahnen kommt es darauf an, die Fahrzeuge sowie Takt- und Fahrtzeiten attraktiver zu machen. Schrittweise soll das Modell „Ein Tarif - ein Fahrplan - ein Fahrschein“ landesweit eingeführt werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Sofern finanzielle Spielräume aus den Regionalisierungsmitteln vorhanden sind, sollen stillgelegte Strecken wie die Strecken Neumünster - Bad Segeberg und Geesthacht - Hamburg wieder in Betrieb genommen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den örtlichen **Personennahverkehr in kommunaler Trägerschaft** wird die Landesregierung auf hohem Niveau fördern. Die Konzepte für Stadtbahnen in Lübeck und Kiel unterstützen wir nachdrücklich. Sobald sie planungsreif sind, werden wir uns für eine Finanzierung aus Mitteln des Bundes einsetzen.

Den Trend zum Fahrrad wollen wir durch mehr **Radwege** fördern. Schleswig-Holstein soll das Fahrradland Nummer eins werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind unterschiedlicher Auffassung über die Notwendigkeit der **A 20**. Ich als Ministerpräsidentin halte diese Autobahn nach dem Fall des Eisernen Vorhangs für notwendig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schön!)

Gemäß Koalitionsvereinbarung gilt: Im Raum Lübeck bis zur A 1 wird die Landesregierung das laufende Planfeststellungsverfahren zu Ende führen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn sonst!)

Umweltbelange und Bürgerbegehren werden im Verfahren berücksichtigt. Transparenz wird gewährleistet.

(Meinhard Füllner [CDU]: Alles gesetzlich vorgeschrieben!)

Die weiteren Schritte zur Fortführung der A 20 über die A 1 hinaus gemäß Fernstraßenausbaugetz erfolgen in einem transparenten Verfahren, sobald der Bundesverkehrsminister die Linienführung bestimmt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch schön!)

Über die **Elbquerung westlich von Hamburg** - ein Bestandteil des Bedarfsplans zum Fernstraßenausbaugesetz - wird entschieden, wenn die verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen ausgewertet sind und ein Finanzierungsmodell vorliegt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bezahlt Herr Hennig!)

Arbeitsplätze sichern und neue schaffen - das bleibt Regierungspolitik in **Schleswig-Holstein**. Das kann aber nur bedeuten, die Rahmenbedingungen zu verbessern; es kann nicht bedeuten, die Wirtschaft selbst aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW - Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Die Unternehmen müssen die vorhandenen Arbeitsplätze sichern und neue schaffen; sie haben dafür jede öffentliche Unterstützung, zumal von dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe aber mitunter den Eindruck, daß in den Vorstandsbüros zu viele Kostenrechner und zu wenige Innovationsstrategen sitzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günter Neugebauer [SPD]: Richtig, genau! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb gibt es auch so viele sozialdemokratische Unternehmer, die das machen!)

Ich habe manchmal auch den Eindruck, daß sich mancher Manager mehr um seine Tantiemen sorgt als um die Zukunft seiner Belegschaft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Weil in Deutschland mindestens 6 Millionen Arbeitsplätze fehlen, herrscht ein Verdrängungswettbewerb auf dem **ersten Arbeitsmarkt**. Zugleich steigen die Anforderungen in der Arbeitswelt. Ältere Arbeitnehmer, Frauen,

geringer Qualifizierte, Menschen mit Behinderungen landen zuerst auf dem Abstellgleis. Deshalb ist der sogenannte **zweite Arbeitsmarkt** keine Übergangsscheinung. Er ist zumindest mittelfristig für viele Menschen notwendig, die nur über diesen Weg - wieder oder zum erstenmal - Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden können.

Dem muß die Arbeitsmarktpolitik Rechnung tragen. Sie muß auch längerfristige Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme anbieten. Unser erfolgreiches Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ wird fortgeführt und erweitert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Im Dialog mit den Akteuren der Wirtschaftspolitik müssen Beschäftigungsfelder des zweiten Arbeitsmarktes definiert werden, wobei es keine Konkurrenz zur regulären regionalen Wirtschaft geben darf. In diesem Zusammenhang wollen wir den Aufbau von Beschäftigungsagenturen im privaten Dienstleistungsbereich unterstützen. Wir werden prüfen, ob Mittel aus den beiden Umweltabgaben sinnvoll mit Beschäftigungsmaßnahmen verknüpft werden können.

Das Arbeitsvolumen im ersten Arbeitsmarkt muß, damit möglichst viele Menschen davon profitieren, gerechter verteilt werden. **Teilzeitarbeit** darf keine „Domäne“ von kindererziehenden Frauen bleiben. Wir brauchen flexiblere Arbeitszeitmodelle für Männer und Frauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Landesverwaltung wollen wir Teilzeitbeschäftigung spürbar erhöhen. Trotz der notwendigen Sparmaßnahmen auch im Personalbereich können wir damit unserer Beschäftigungsverantwortung nachkommen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir entsprechende Anreize für Ministerien und nachgeordnete Behörden schaffen.

Arbeit und Umwelt sind für diese Landesregierung keine Gegensätze, sondern bilden ein Zukunftsverständnis.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Danach verfahren wir seit 1988, und daran soll sich unsere Politik auf allen Feldern messen lassen. Denn **Umweltpolitik** ist Querschnittspolitik. Priorität hat dabei die **Vorsorge**. Ist der Schaden für die Umwelt nämlich erst einmal entstanden, ist eine Sanierung entweder nicht mehr möglich oder extrem teuer. Das erleben wir bei den sogenannten Altlasten, die wir heute mit Milliarden-Aufwendungen beseitigen müssen, weil Regelungen zur Abfallbeseitigung erst in den siebziger Jahren erlassen wurden.

Erfolgreiche Umweltpolitik kann nicht allein auf den Staat setzen und von ihm getragen werden. Vielfach sind es Bürgerinitiativen und Verbände, die sich engagiert für mehr Umweltschutz einsetzen und vor Ort Druck auf Politik und Verwaltung ausüben. Diese Menschen nehmen ein Stück öffentlicher Verantwortung wahr. Wir hören ihnen zu und wägen ihre Argumente ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

In einer komplexen Gesellschaft können weder der Staat noch die Wirtschaft, weder Verbände noch gar Parteien die Risiken vieler Projekte abschätzen. Auch Wissenschaftler vertreten oft gegensätzliche Positionen in ein und derselben Frage. Legitimation durch Verfahren, Realisierung in einem demokratischen Prozeß - dies ist eine Produktivkraft und nicht ein Hemmnis für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den begonnenen Umweltdialog mit Wirtschaft, Landwirtschaft und anderen Verbänden werden wir fortsetzen und neue Maßnahmen möglichst im Konsens entwickeln. Überhaupt muß moderne Umweltpolitik mehr auf Selbstverantwortung statt auf Zwang setzen, ohne dabei die Ziele aus dem Auge zu verlieren.

Eines der interessantesten Instrumente dieser Art ist das sogenannte **Öko-Audit**. Es gibt viele verantwortungsbewußte Unternehmen in Schleswig-Holstein, die sich diesem „Umwelt-Check“ stellen und so mehr für den Umweltschutz tun, als sie nach

ordnungsrechtlichen Standards eigentlich müßten. Die Landesregierung wird die Teilnahme von Unternehmen am Öko-Audit weiter fördern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Vereinbaren statt verordnen“ ist dabei eine gute Devise für unsere Umweltpolitik.

Eine ressourcenschonende **Energiepolitik** ist der wichtigste Hebel für den logischen Umbau der Volkswirtschaft. Die Bundesregierung hat sich zwar zum Ziel gesetzt, die C0₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 in Deutschland um 25 % zu drosseln; aber was sie tut, reicht nicht aus. Um so mehr müssen wir auf Landesebene energiepolitisch vorangehen und zeigen, daß es auch ohne Verlust an Lebensqualität möglich ist, mit oberster Priorität **Energieeinsparung** zu betreiben.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entsprechende Aktivitäten der Energieversorger wird die Landesregierung verstärkt unterstützen. Regenerative Energieträger wird die Landesregierung erheblich ausbauen. Was wir bei der Nutzung der Windkraft erreicht haben, streben wir jetzt auch bei Solarenergie und Biomasse an.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung wird in den nächsten Jahren weiter ausgebaut. Zukunftsweisend sind Wärmenetze, die auch mit regenerativen Energieträgern gespeist werden können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft wollen wir dazu beitragen, erneuerbare Energien verstärkt bei Neubauten einzusetzen. Ökonomische Hemmnisse für den Einsatz von Blockheizkraftwerken werden wir durch bessere Einspeisebedingungen beseitigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landes- und bundesrechtliche Regelungen sowie Verträge auf dem Energiesektor werden wir

daraufhin überprüfen, ob sie zu einer dezentralen Energieversorgung, zur Ausschöpfung aller Einsparungsmöglichkeiten, zum diskriminierungsfreien Zugang umweltfreundlicher Energieträger beitragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So schnell wie möglich wollen wir die drei schleswig-holsteinischen **Atomkraftwerke** Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel stilllegen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bravo! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Bravo! - Unruhe)

Das geht jedoch nur nach Recht und Gesetz

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wonach denn sonst? - Unruhe)

und über eine Änderung des Atomgesetzes. Über die Einbringung eines Atomenergie-Abwicklungsgesetzes wird die Landesregierung, auch unter Berücksichtigung der politischen Durchsetzbarkeit, im Jahr 1998 entscheiden.

(Unruhe bei der CDU)

Die Atomenergie bedroht die Gesellschaft. Wenn 19 000 Polizisten einen einzigen Atommülltransport zum Zwischenlager Gorleben sichern müssen,

(Zuruf von der CDU: Wer hat denn daran Schuld? - Unruhe bei der CDU und der F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Man kann sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein, aber ich denke, daß wir der Rednerin etwas mehr Aufmerksamkeit schenken sollten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind doch kein Akklamationsorgan!)

Ich habe der Ministerpräsidentin das Wort erteilt.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

- dann kann von einer gesellschaftlich akzeptierten, friedlichen Nutzung der Atomenergie kaum die Rede sein.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Im übrigen fehlt es auch an der Bereitschaft der süddeutschen Länder, sich mit einem fairen Beitrag an den Entsorgungslasten zu beteiligen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist sowieso Unsinn!)

Wer 95 % dieser Lasten allein Niedersachsen aufbürdet, der hat das Recht verloren, anderen bei dieser Politik Vorschriften zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Atomaufsicht wird die Landesregierung strengste Sicherheitsmaßstäbe anlegen. Die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen lehnen wir deshalb ebenso ab wie den Einsatz von Mox-Brennelementen.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten als in der Atompolitik hat das Land beim Aufbau einer modernen **Abfall- und Recyclingwirtschaft**. Auf diesem Feld ist Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren ein gutes Stück voran gekommen.

In Zukunft wird es weiter darum gehen, Abfälle zu vermeiden und zu reduzieren. Vermeidung und Verwertung müssen in den Produktionskreislauf integriert werden. Entsprechende Verfahren und Produkte wird die Landesregierung verstärkt fördern.

Die Abfallwirtschaftsplanung des Landes werden wir mit folgenden Schwerpunkten weiter entwickeln: Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Wiederverwertung von Abfällen, Reduzierung der

Müllverbrennungskapazität, insbesondere durch eine verbesserte Vorbehandlung von Restabfällen, Bemühen um eine Änderung der technischen Anleitung Siedlungsabfall,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Stärkung der kommunalen Verantwortung gegenüber Konzentrationsbestrebungen in der Entsorgungswirtschaft.

Wir werden die Bemühungen unterstützen, den Hamburger Hafenschlick in niedersächsischen Kavernen abzulagern oder durch moderne Behandlungsverfahren verwendbar zu machen.

(Zuruf von der CDU: Habt Ihr Schröder schon gefragt?)

Das könnte eine Hafenschlickdeponie in Bovenau überflüssig machen. Ob weitere Schritte im Planungsverfahren für eine neue Sonderabfalldeponie in Schleswig-Holstein eingeleitet werden müssen, machen wir von einer erneuten kritischen Prüfung des Bedarfs abhängig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Die Verseuchung des Bodens mit giftigen Abfällen aus früherer Zeit bildet eine große Gefahr und behindert eine neue Nutzung von Flächen. In Lübeck, in Barsbüttel und anderswo haben wir das teuer erlebt. Die Landesregierung wird die **Sanierung** von **Altlasten** weiter vorantreiben und sich dabei an den Gefährdungspotentialen orientieren.

Um neue Schäden von vornherein zu vermeiden, ist vorsorgender Bodenschutz notwendiger denn je. Die Bonner Koalition hat die Verabschiedung des überfälligen Bundes-Bodenschutzgesetzes über Jahre hinaus verzögert. Jetzt liegt endlich ein Referentenentwurf vor, und jetzt wird es hoffentlich bald ein Gesetz geben. Die Landesregierung wird daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

Viel zu lange war die Illusion verbreitet, Trinkwasser gebe es im Überfluß. Ganze Regionen in Spanien sehen sich gezwungen, Wasser per Tankschiff aus Norwegen zu importieren. Und nun ist zu lesen, daß nach einem ungewöhnlichen

Winter selbst in Norwegen Wasser- und infolgedessen übrigens auch elektrischer Strom - knapp geworden ist. Alle Experten sagen voraus, daß die Wasserfrage in vielen Teilen der Welt zur Existenzfrage der Menschheit werden wird.

Im Gewässerschutz hat der **Schutz des Grundwassers** oberste Priorität für die Landesregierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Langfristiges Ziel ist es, den lokalen Grundwasserschutz zum flächendeckenden Wasserschutz weiter zu entwickeln.

In einem Aktionsplan Grundwasserschutz werden wir verschiedene Maßnahmen bündeln, darunter die schnellere und erweiterte Ausweisung von Wasserschutzgebieten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ein unschätzbarer Reichtum Schleswig-Holsteins ist seine Natur und Landschaft. Wie kaum ein anderes Land hat **Schleswig-Holstein** seine **Naturschutzfläche** in den vergangenen Jahren gesteigert. Die Biotop-Verbundplanung und deren Umsetzung sowie die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete treiben wir voran. Bis zum Jahr 2000 sollen mindestens 4 % der Landesfläche unter Naturschutz stehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dabei hat der Naturschutz im **Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer** weiterhin Vorrang.

Wir wollen das Kossautal als Naturschutzgebiet mit repräsentativer Bedeutung ausweisen. Der Bund hat dafür Mittel bereitgestellt. Klagen von Grundeigentümern könnten allerdings diese große Chance am Ende noch vereiteln.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ist das denn noch die Freiwilligkeit?)

Für den Bereich **Schaalsee-Landschaft** werden wir den Status als UNESCO-Biosphärenreservat

beantragen. Die europäische Richtlinie zum Schutz von Tieren, Pflanzen und Lebensraum werden wir in ihrem umfassenden ökologischen Ansatz anwenden, wo immer das möglich ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildung - das ist fast eine Binsenweisheit - ist ein Grundbedürfnis. **Bildung** eröffnet uns die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, auf politische Mitwirkung, auf eine materielle Existenz aus eigener Kraft. Der Verlagsbuchhändler Joseph Meyer brachte es schon vor 150 Jahren auf den kurzen Nenner: Bildung macht frei. Wissen aufzunehmen und zu verarbeiten ist ein Wert, ohne den eine kulturelle Gesellschaft nicht vorstellbar ist.

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel stellt hohe und neue Anforderungen an unser Bildungswesen. Wissen veraltet immer schneller. Weiterbildung gewinnt deshalb an Gewicht. Die Landesregierung appelliert an die Verantwortung der Unternehmen und wird die Weiterbildung schrittweise zur vierten Säule des Bildungswesens ausbauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wer für sich und andere Verantwortung tragen will - in der Familie, in der Arbeitswelt oder in der Gesellschaft -, muß das Rüstzeug dazu haben. Und er muß es ständig erneuern können angesichts des immer schnelleren Wandels, den wir rundherum erleben.

Wir wollen, daß die **Schulen** auf die gravierenden Umbrüche flexibel und angemessen reagieren können. Sie sollen die Kinder und Jugendlichen begleiten und stärken. Dafür benötigen Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler ein möglichst hohes Maß an Gestaltungsfreiheit.

Wir werden deshalb das Konzept für mehr Eigenverantwortung der Schulen ab dem Schuljahr 1997/98 schrittweise verwirklichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Die Schulen werden sich ein eigenes Profil erarbeiten. Sie werden beim Personaleinsatz mitentscheiden und über Budgetmittel verfügen. Die Schulaufsicht wird künftig mehr beraten als vorschreiben, mehr unterstützen als kontrollieren.

Mehr Eigenverantwortung bedeutet allerdings auch neue Qualifikationen und Lernbereitschaft. Deshalb sollen die Schulen selbst über die Fortbildungsmittel verfügen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen neue Lehrpläne, die Schülerinnen und Schüler mit mehr Freude lernen lassen und sie zu all dem befähigen, was sie bei stetig wachsenden Anforderungen an Wissen, Qualifikation und Kompetenz brauchen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Zum Beispiel muß Schule vermitteln, daß man im Team mehr erreicht und daß Fähigkeiten so wichtig sind wie Fachwissen.

Nach gründlicher Diskussion mit allen Beteiligten

(Zuruf von der CDU: Ohne Ergebnis!)

werden wir die Ergebnisse der Anhörung sorgfältig auswerten.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sonst nichts?)

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird bis zum Jahre 2000 um etwa 35 000 steigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie reagieren wir darauf?)

Das fordert von Lehrern, Schülern, Eltern und dem Land, zusätzliche Belastungen zu ertragen und vor allem neue Ideen zu entwickeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das heißt vor allem weniger Bildung!)

Schüler und **Lehrer** müssen in größeren Klassen arbeiten. Lehrerinnen und Lehrer müssen auf

Freistellungen verzichten. **Eltern** können und wollen auch stärker in der Schule mitwirken.

Während andere Länder in der Bildungspolitik ausschließlich sparen, unternimmt Schleswig-Holstein eine große finanzielle Investition in die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoerendonk [SSW])

Keine Stelle in den Schulen wird bis zum Jahre 2000 - das im Gegensatz zur gesamten übrigen Landesverwaltung - gestrichen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das wäre ja noch schlimmer!)

Jede freiwerdende Stelle wird wieder besetzt. 450 **Lehrerstellen** werden in den nächsten vier Jahren zusätzlich neu geschaffen. Damit können wir die Kollegien verjüngen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hochschulen und **Forschungsstätten** spielen eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Erneuerung unseres Landes. Wir haben die Hochschullandschaft in den vergangenen Jahren stark ausgebaut: Fachhochschule Westküste, Technische Fakultät in Kiel, neue Studiengänge in Lübeck. Wir haben das Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe mit Hilfe von Bundestagsabgeordneten ansiedeln können.

Trotzdem ist noch viel zu leisten für einen zukunftsfähigen Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein. Bund und Länder hatten sich auf ein Programm zum Ausbau der Hochschulen verständigt. Dann kam die deutsche Vereinigung, und wie an vielen anderen mußten wir auch an diesem Programm streichen und strecken. Das akzeptieren wir. Was wir aber nicht akzeptieren, ist der Versuch, fehlende Mittel für den Hochschulausbau bei den BAföG-Beziehern abzukassieren, so daß viele Studenten dann mit 80 000 Mark Schulden die Universität verlassen und ihren Berufsweg beginnen. Dies wird die Landesregierung nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Wir werden den Ausbau von Hochschule und Forschung im Rahmen des Möglichen fortsetzen. Wir erwarten, daß die vorhandenen Kapazitäten noch effizienter genutzt werden. Dazu können alle ihren Beitrag leisten.

Die Qualifikationswege, die Berufungsvoraussetzungen und die Beschäftigungsverhältnisse der Professoren werden wir gemeinsam mit den anderen Ländern überprüfen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerpräsidentin, Ihre vereinbarte Redezeit ist deutlich überschritten.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Zukunftsorientierte Forschungsfelder sind insbesondere die Ökosystemforschung, die Meeresforschung, die Medizinforschung, die Biowissenschaften, die Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik, die Materialwissenschaften sowie das Software-Engineering. Auf allen diesen Gebieten soll die **Forschung** ausgebaut werden und vor allem der **Transfer** in die Wirtschaft verstärkt werden.

Gentechnik, Biotechnologie und biomedizinische Forschung beurteilen die Koalitionspartner unterschiedlich kritisch beziehungsweise ablehnend. Gemeinsam treten wir dafür ein, daß eine Enquetekommission zu diesen Themen eingesetzt wird. Wir wollen außerdem eine fachübergreifende Ethikkommission einrichten.

Kultur ist lebensnotwendig. Schleswig-Holstein hat als Kulturland einen starken Ruf. Viele große Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Musikerinnen und Musiker, Künstlerinnen und Künstler aus Geschichte und Gegenwart stammen von hier oder leben hier.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. - Diese biblische Weisheit gilt immer noch, in Zeiten der Unsicherheit und des Umbruchs vielleicht mehr denn je.

Kunst und Kultur sind in ihrem Nutzen für die Gesellschaft nicht in Geld zu beziffern. Sie prägen aber das geistigen und politische Klima in unserem Land.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dabei ist es eine Bereicherung, daß Jugendliche sich kulturell anders äußern als ältere Menschen und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. In jedem Fall ist Kultur eine Kraft für gegenseitiges Verständnis, für Toleranz, Emanzipation und Humanismus.

Wir sind dankbar für jede private Initiative, für Mäzenatentum und Sponsoring. Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes, ein gastfreundliches Land.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Ausdruck dafür ist die **kulturelle Zusammenarbeit** über Landes- und Staatsgrenzen hinweg, vor allem rund um die **Ostsee**. Jazz Baltica und Ars Baltica sind dafür gelungene Beispiele.

Das **Schleswig-Holstein Musik Festival** ist eine bewundernswerte kulturelle Initiative von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Landesregierung hat dieses Festival mit beachtlichen Mitteln unterstützt und wird dies auch weiter tun.

Wir sehen mit Freude, daß die Stadt Lübeck ihr Theater saniert hat und daß Kiel das gleiche plant. An beiden Projekten beteiligt sich das Land.

Die **Minderheiten- und Heimatkultur** wird wie bisher gefördert und gepflegt. Die erfolgreiche schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik wird durch den Aufbau des europäischen Zentrums für Minderheitenfragen stark unterstrichen.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer waren und bleiben ein Grundprinzip der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Unser Ziel ist eine

gleichberechtigte Gesellschaft, in der Frauen und Männer gemeinsam Verantwortung in allen Lebensbereichen übernehmen.

Gleichstellungspolitik muß in diesem Sinne Querschnittspolitik sein. Wir sind dort ein großes Stück vorangekommen. Unser Gleichstellungsgesetz gehört ebenso dazu wie ein landesweit entstandenes Frauennetzwerk. Dies gehört zu einem der herausragendsten in der Bundesrepublik. Daran wollen wir anknüpfen.

Bei der Investitionsbank werden wir ein spezielles Programm für Existenzgründerinnen auflegen, um Frauen den Start in die berufliche Selbständigkeit zu eröffnen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ sollen sich zu regionalen Beratungsstellen im Lande weiterentwickeln.

Entscheidend für eine glaubwürdige Gleichstellungspolitik ist der öffentliche Sektor selbst. Die Auslagerungen von Aufgaben darf nicht dazu führen, daß weibliche Beschäftigte künftig schlechtergestellt werden. Deswegen werden wir auch darauf achten, daß keine Aufträge an Firmen vergeben werden, die mit **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** ohne soziale Absicherung ihre Beschäftigten arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lange Zeit haben wir geglaubt, aus dem vollen schöpfen zu können. Die meisten Menschen haben sich daran gewöhnt, daß der Staat ihnen Sorgen und Risiken abnimmt - auch viele, die für sich selbst sorgen können. Inzwischen sind diese Grenzen sichtbar geworden. Jeder muß Verantwortung tragen - für sich selbst und für die anderen. So altmodisch ist das Kennedy-Wort nicht, um es in seinem inneren Gehalt nicht auch auf die heutige Zeit übertragen zu können: „Fragt nicht, was das Land für euch tun kann, sondern fragt, was ihr für euer Land tun könnt!“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE)

Die Gesellschaft muß selbst bestimmen, wie sie leben will. Für mich heißt es: Lebenswert ist nur eine von **Gemeinsinn** geprägte **Gesellschaft**. Was heißt Gemeinsinn im Hinblick auf private Geldvermögen von über 4 Billionen Mark? Was heißt Gemeinsinn auf dem Arbeitsmarkt? Da muß sich derjenige, der einen sicheren Job hat, fragen lassen, ob er nicht Arbeitszeit und -lohn zugunsten derer abgeben kann, die keine Arbeit haben.

Was heißt Gemeinsinn für große deutsche Unternehmen? Manager müssen sich fragen lassen, ob es der richtige Weg ist, dort zu leben, wo es am schönsten, am friedlichsten und am sichersten ist, aber dort produzieren zu lassen, wo die Löhne und die Steuern am niedrigsten sind. Die Landesregierung wird nicht lockerlassen, zufriedenstellende Antworten zu bekommen. Gemeinsinn heißt auch, sich unentgeltlich für die Gesellschaft einzusetzen. Viele tun das - der Fußballtrainer der Jugendmannschaft; die Familie, die einen Angehörigen zu Hause pflegt; die Frau, die ausländischen Nahbarskindern bei den Schularbeiten hilft.

Solidarisches Zusammenleben und Gemeinsinn sind in einer Zeit großer Umbrüche und sozialer Konflikte wichtig. Wir wollen daher neue Formen und Kulturen gemeinnützigen Engagements unterstützen, die alte wie Junge, Starke und Schwache, Etablierte wie Ausgegrenzte wieder zusammenführt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen unsere **Jugendlichen** zur Beteiligung heranziehen. Wir brauchen sie nämlich, um morgen kompetente und kreative Menschen zu haben, die ihre Welt gestalten. Sie sollen **praktische Demokratie** üben dürfen - bei der Mitbestimmung in Schule und Jugendverband, beim Umbau ihres Schulhofes in ein attraktives Freizeitgelände,

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

bei der Dorfentwicklung und der Stadtsanierung.

Es ist klar, daß nicht alles privat und ehrenamtlich geleistet werden kann, was für ein soziales Zusammenleben nötig ist. Deswegen wird die Landesregierung die **soziale Infrastruktur** des Landes weiter ausbauen. Dazu gehört, einen

bedarfsorientierten, ökologisch verträglichen Wohnungsbau zu fördern. Dazu gehört weiter, Kindergartenplätze zu schaffen, den Sport zu unterstützen, der auch einen unschätzbaran Beitrag zur sozialen Integration und gegen Gewalttendenzen bei Jugendlichen in den letzten Jahren geleistet hat. Dazu gehört weiter, Menschen mit Behinderungen zu integrieren, eine gute medizinische Versorgung und einen vorbeugenden Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Dazu gehört eine Drogenpolitik, die hilft statt straft.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Peter Zahn [SPD])

Eine Gesellschaft mit gleichen Chancen und ohne Ausgrenzung darf sich auch nicht spalten in **Deutsche** und **Nichtdeutsche**. Die Landesregierung wird ihre Anstrengungen zur Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger verstärken. Zuwanderern wollen wir die Einbürgerung erleichtern.

Wir wollen ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Wir setzen uns für das kommunale Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländern ein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Menschen, denen in ihrem Heimatland Gefahr für Leib und Leben droht, dürfen nicht abgeschoben werden. Die Möglichkeiten von **Abschiebestopps** werden wir weiterhin voll ausschöpfen und dabei die Informationen über die Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern sorgfältig auswerten. Deswegen werden wir eine Härtefallkommission einsetzen, die diese Problemfelder prüft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was macht die denn? Welche Kompetenzen hat die denn?)

Kriegsflüchtlinge finden bei uns Aufnahme. Sie müssen jedoch in ihre Heimat zurückkehren, wenn dort wieder Frieden herrscht. Dazu muß die Politik der inneren Sicherheit ansetzen.

Die kriminalpräventiven Räte leisten auf diesem Feld eine nützliche Arbeit, und wir sind ihnen dafür dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Aber **soziale Prävention** ist machtlos gegenüber **organisierter Kriminalität** in der Wirtschaft, gegenüber der Kriminalität ausländischer Banden, die in Deutschland Beutezüge veranstalten und gegeneinander Krieg führen, gegen Erpresser, die Autofahrer beschießen. Deshalb bleibt der entschlossene Kampf gegen alle Formen der Kriminalität auch ein unverzichtbarer Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Gegen organisierte Kriminalität und Bandenkriminalität setzen wir auf mehr Kooperation mit anderen Stellen im In- und Ausland, gegen die alltägliche Kriminalität auf mehr Polizeipräsenz auf unseren Straßen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit weniger Leuten wahrscheinlich!)

Wir wollen eine motivierte und eine leistungsfähige und gut ausgestattete Polizei. Deswegen werden wir die **Reform der Landespolizei** weiter fortsetzen - sowohl was die Laufbahnen angeht, als auch was die Ausbildung anbetrifft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dazu gehört auch, daß wir uns auch um mehr Schutz für Polizistinnen und Polizisten bemühen. Wir wissen, welche gefährliche Arbeit sie leisten und daß mitunter schon ein bloßes Mißverständnis tödlich sein kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber die Kleidung müssen sie sich selber kaufen!)

Für die innere Sicherheit, aber auch für den Rechtsfrieden in einem demokratischen und sozialen Land leistet die Justiz einen zentralen Beitrag. Eine Justiz, die ihre Aufgaben bürgernah

und mit sozialer Kompetenz wahrnimmt, wird Vertrauen und Akzeptanz bei der Bevölkerung finden. Das heißt, die Rechtsprechung muß unabhängig bleiben -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn sonst?)

auch gegenüber der Exekutive, aber auch gegenüber mächtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessenverbänden.

Die Justiz braucht eine moderne Kommunikationstechnik, sie muß der Wirtschafts- und Umweltkriminalität entgegentreten können, sie wird einer liberalen Rechtspolitik verpflichtet sein, und wir werden das Ziel eines humanen Strafvollzugs, der auch vom jeweiligen regionalen Umfeld akzeptiert wird, weiterverfolgen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute, am 23. März,

(Zurufe von der CDU: Mai! Mai!)

- Mai; Entschuldigung - jährt sich der Tag, an dem das **Grundgesetz** verkündet wurde. Ihm verdanken wir es, daß starke **Länder** wiederstanden sind. Das Land Schleswig-Holstein hat in seiner 50jährigen Geschichte gewaltige Herausforderungen bestanden. In den letzten acht Jahren ist Schleswig-Holstein moderner, solidarischer und ökologischer geworden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu haben alle Regierungsmitglieder, auch die, die jetzt ausscheiden, ihren Beitrag geleistet. Ich danke ihnen für ihre Unterstützung, so wie ich dem Parlament für die Unterstützung - sei sie kritisch, sei sie zustimmend gewesen - danke. Mein Dank schließt auch die Beauftragten ein, die teilweise ehrenamtlich, teilweise nichtehrenamtlich sehr wertvolle Arbeit geleistet haben.

Wir wollen in vier Jahren sagen können: Unser Land ist erneut einen großen Schritt vorangekommen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine **Regierungserklärung** kann nicht alles das auflisten, was wichtig, nötig und geplant ist. Worauf es mir ankommt, ist, daß jeder weiß, welches unsere Orientierungspunkte sind. Ich lade Sie deshalb zu einem Dialog und zur Zusammenarbeit ein. Wenn dieses Land seine Kräfte bündelt, hat es eine gute Chance.

Eine Regierung weiß nicht alles, und sie kann auch nicht alles.

(Zurufe von der CDU: Wohl wahr!
Wohl wahr!)

Mit unseren verschiedenen Fähigkeiten und Temperaturen wollen wir zum Wohle des Landes arbeiten und nicht mit Überheblichkeit antreten, so tun, als wären wir die geborenen Besserwisser.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist das einzige Neue, was Sie bisher gesagt haben! - Gegenrufe der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Ursula Röper [CDU])

Wir wollen das mit aller Kraft und so gut wir können tun. Dabei knüpfen wir an die großen Leistungen an, die wir alle - wir alle; rechts und links auf den Seiten dieses Parlaments, bis auf die Gruppe, die Gott sei Dank diesem Landtag nicht mehr angehört - in diesem Land in den letzten Jahren gemeinsam vollbracht haben. Frei nach Billy Wilder sage ich: Freunde, das war perfekt. Und jetzt machen wir es noch besser.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich begrüße jetzt Schülerinnen und Schüler aus Bad Schwartau auf der Tribüne.

(Beifall)

Bevor ich dem Herrn Oppositionsführer das Wort gebe, erlauben Sie mir eine geschäftsleitende

Bemerkung. Die Frau Ministerpräsidentin hat die vereinbarte Redezeit nicht ganz - um es untertrieben zu sagen - einhalten können. Wir haben die Uhr weiterlaufen lassen, weil die Regierungserklärung natürlich vollinhaltlich zu erstatten war. Das Redezeitkontingent der Fraktionen vergrößert sich entsprechend. Das sollte uns nicht in dem Bemühen bremsen zu erreichen, daß sich vor Eintritt in die Mittagspause möglichst alle an der Debatte über die Regierungserklärung beteiligt haben sollten.

Jetzt erteile ich dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, vielen Sätzen Ihrer **Regierungserklärung** kann jeder vernünftige Mensch zustimmen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr gut!)

Aus ihnen spricht der Wunsch nach einem breiten politischen Konsens, zu dem auch wir bereit sind, wenn es um die Konsolidierung unseres Staates geht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Angebote zu Dialog und Zusammenarbeit nehmen wir selbstverständlich auf. Wir warten auf Ihre Konkretisierung und werden dann darauf zurückkommen.

Man muß aber schon etwas genauer hinschauen, und deswegen kann ich es Ihnen auch nicht ersparen: An Ihrer Regierungserklärung habe ich vor allem zwei Dinge als besonders bemerkenswert empfunden.

(Zuruf von der SPD: Das waren mehr!)

- Das ist in Ihrem Beifall aber nicht zum Ausdruck gekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Wir setzen auf Klasse, nicht auf Masse!)

Bemerkenswert ist die Dreistigkeit, mit der Sie die Bilanz nach acht Jahren SPD-Regierung umschreiben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das, was Sie als Ihre **Regierungspolitik** ausgeben, hat es doch so in diesem Land nie gegeben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie sagen, Sie seien den „harten Weg der **Konsolidierung**“ seit 1988 gegangen.

(Ursula Kähler [SPD]: Das Gegenteil können Sie nicht beweisen!)

Haben Sie denn gar nicht das zur Kenntnis genommen, was Ihnen der Landesrechnungshof gerade zum wiederholten Mal ins Stammbuch geschrieben hat? - „Dauerhafte Einsparungen und strukturelle Haushaltsverbesserungen wurden bisher nicht eingeleitet.“

(Beifall bei der CDU)

„Aufgabenkritik und Stellenabbau kommen praktisch nicht voran. Das Land hat besonders in den letzten Jahren von der Substanz gelebt.“ - Da kann man doch über diese acht Jahre beim besten Willen nicht von einem „Weg der Konsolidierung“ sprechen. Wie ist das denn damit zu vereinbaren?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ursula Röper [CDU]: Das ist ja wohl ein Witz!)

Weiter sagen Sie, Sie hätten alle Ausgaben für die deutsche Einheit, für Lehrerstellen, für Kindergärten woanders wegnehmen müssen. Tatsächlich haben Sie in den Jahren nach 1988 Mehreinnahmen von mehr als zwei Milliarden DM aus Steuern und aus der Strukturhilfe verbuchen können. Sie haben Haushalte mit höchsten Steigerungsraten gehabt. Ihre Politik ist eine andere gewesen, als Sie es uns jetzt glauben machen wollen.

Das ist das, was hier festgehalten werden muß.

Dann habe ich es als bemerkenswert empfunden, wie Sie versuchen, CDU-Politik zu kopieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den zehn Milliarden DM Schulden, die Herr Barschel hinterlassen hat?)

- Also, ich höre das ja mit großem Interesse, daß der Gunnar Uldall bei Ihnen plötzlich so ein populärer Mann ist. Aber ich entsinne mich an die jahrzehntelangen Kämpfe, in denen eine lineare Steuersenkung bei Ihnen zumindest in den oberen Bereichen auf verbitterte Ablehnung gestoßen ist. Das ist doch die Tatsache.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Wer redet denn von Gunnar Uldall?)

Existenzgründungen, Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten - das haben Sie doch über Jahre hinweg bekämpft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wer hat denn immer über das angebliche Dienstmädchenprivileg gewettet?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch keine Existenzgründung!)

- Das sind Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten!

(Zurufe)

Was Sie heute sagen, steht teilweise im krassen Widerspruch zu Ihrem Handeln in den vergangenen Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Am interessantesten an Ihrer Regierungserklärung habe ich aber nicht gefunden, *was Sie gesagt haben, sondern was Sie nicht gesagt haben*.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und vor allen Dingen, wie sie es gesagt hat!)

(Zurufe von der CDU)

- Nein, das war nicht so ungewöhnlich.

(Ursula Röper [CDU]: Langweilig!)

Ich fand aber das, was nicht gesagt worden ist, außerordentlich bemerkenswert.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist ja witzig!)

Sie haben beispielsweise kein einziges Wort zur Gesamtschule gesagt.

(Zurufe von der CDU: Genau! - Widerspruch von der SPD)

Das ist doch wohl bemerkenswert.

Sie haben zur A 20 nicht gesagt, daß für die Fortsetzung westlich der A 1 und für die Elbquerung in dieser Legislaturperiode das Planfeststellungsverfahren nicht einmal beginnen soll. Sie haben nichts zu den Knebelungen der Betriebe bei öffentlichen Auftragsvergaben durch Förderpläne gesagt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie hat alles schamhaft unter der Decke gehalten!)

Sie haben nicht gesagt, daß die Ausweisung von Gewerbeflächen erheblich erschwert werden soll.

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Verbessern!)

Sie habe auch nichts zu der Unzahl neuer Beiräte, Beauftragten und Kommissionen gesagt. Und Sie haben auch nichts zur geplanten Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre gesagt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kein Wort zu dem neuen Schwulen- und Lesbenreferat!

Warum verschweigen Sie das alles? Warum verschweigen Sie, wie Sie den groß angekündigten Personalabbau tatsächlich realisieren wollen?

Herr Möller, wir haben vorgestern gemeinsam in einer Fernsehsendung gesessen. Da haben Sie gesagt: Warten Sie mal ab; zu diesem Kapitel werden Sie in der Regierungserklärung Erstaunliches hören.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Wo ist es denn zu hören gewesen?

(Zuruf von der CDU: Er ist selber erstaunt! - Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im rot-grünen **Bündnisvertrag** steht ganz etwas anderes, als Sie uns heute erzählt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt! - Beifall bei der CDU)

Ob die Grünen sich darin wiederfinden, Frau Fröhlich, müssen Sie selbst beurteilen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich, zwei Sätze gab es doch!)

Aber die **Öffentlichkeit** kann sich nicht damit zufrieden geben, wenn in der **Regierungserklärung** etwas anderes verbreitet wird, als Sie sich für die kommenden vier Jahre vorgenommen haben und was Ihrer aller Unterschriften trägt.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist Wählerverdummung! - Beifall bei der CDU)

Was gilt denn nun? Gilt dies oder gilt jenes?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wissen die noch nicht! Dazu gibt es keinen Koalitionsvertrag!)

Gilt der Koalitionsvertrag, oder gilt die Regierungserklärung? Gelten Ihre heutigen Erklärungen, oder gilt der Bündnisvertrag?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist geradezu peinlich! Da kann dem Bürger angst und bange werden!)

Deswegen sage ich: Sie starten mit einem unglaublichen Wählerbetrug.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! Meine Güte! - Konrad Nabel [SPD]: Sie haben die falsche Rede! - Zurufe von CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Ich wollte dieses Klingelzeichen ein bißchen provozieren; denn vorhin kam es schneller, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Ursula Röper [CDU]: Da war da auch ein anderer Präsident! - Zurufe von der SPD)

Über Monate hinweg sind Sie im **Wahlkampf** durch das Land gezogen und haben den Menschen einen soliden **Haushalt** vorgegaukelt. Das war doch wohl der Fall. Kaum war die Wahl vorbei, da legt der Finanzminister einen „Finanzstatus“ vor, der von Haushaltlöchern von bis zu 1,2 Milliarden DM im kommenden Jahr spricht.

(Zuruf von der SPD: Dank Waigel!)

Das hätten Sie alles vor der Wahl wissen können - und Sie haben es gewußt! Die Milliardenzahl ist der Vergleich zur Steuerschätzung im Mai letzten Jahres - Sie wissen es doch genau, Herr Möller -, die schon im November überholt gewesen war. Wenn Sie dieses Horrorgemälde jetzt an die Wand malen, so hat das nur den einzigen Grund, den Grünen die Spendierhosen auszuziehen. Daß die Ihnen auf den Leim gegangen sind, liegt vor allem daran, daß Sie vor der Wahl nicht den Mut zur Wahrheit hatten.

(Beifall bei der CDU)

Sie können sich doch wohl nach diesen wenigen Wochen noch erinnern: Als ich im Wahlkampf auf größere Haushaltsrisiken hingewiesen habe, als von

der Regierung bis dahin zugegeben, haben Sie dies als unseriös abgetan.

(Ursula Röper [CDU]: Da wurde alles verteufelt!)

Und nach der Wahl kam alles viel schlimmer.

(Meinhard Füllner [CDU]: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?)

Jetzt sehen wir die ganz konkreten Haushaltlöcher: 82,5 Millionen DM aus dem vergangenen Jahr, 65 Millionen DM in diesem Jahr. Ein **Nachtragshaushalt** wäre die einzige ehrliche Antwort in dieser Situation.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vor der Wahl haben Sie den Menschen ganz konkrete Wohltaten versprochen: Die Polizei sollte ihre Dienstgebäude in Flensburg und Neumünster renoviert bekommen, ein neues Amtsgericht für Bad Bramstedt und vieles andere mehr. Nach der Wahl wird alles wieder einkassiert nach dem Motto „versprochen ist versprochen - versprechen kann man sich ja mal“.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil die Grünen für Sparsamkeit sind!)

Frau Ministerpräsidentin, über jede einzelne Entscheidung kann man sachlich streiten. Aber unstrittig ist die verheerende Wirkung, die dieses Verhalten bei den Menschen hat. Sie haben Vertrauen verspielt, bevor Sie überhaupt vereidigt wurden. Das ist ein unglaublich schnelles Verfalldatum politischer Vertrauenswürdigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Was aber noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß Sie bis heute hin diese Politik fortsetzen. Die gesamte **Koalitionsvereinbarung** ist ein Dokument der Täuschung - vielleicht sogar der Selbstdäuschung.

(Beifall bei der CDU)

Über Seiten hinweg werden **Versprechungen** gemacht und Hoffnungen geweckt für unzählige neue Maßnahmen und Projekte. Schätzungen - Sie haben sie selbst auch abgegeben, Frau Fröhlich - belaufen sich auf bis zu einer halben Milliarde DM neuer Kosten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Blödsinn! Alles ist durchgerechnet! - Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vereinbart! - Anhaltende Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ich bin sicher, daß die Kollegin Fröhlich uns das gleich vorrechnen wird.

(Zurufe von der CDU)

Aber erst ganz am Ende steht das Kapitel der **Finanzen**. Es gibt immerhin ein Kapitel über Finanzen, wenn auch nur ein sehr kurzes. Und wer meint, hier finde er die Antwort auf die Frage, wie alle Versprechungen bezahlt werden sollen, der sieht sich getäuscht. Fehlanzeige! Wie das groß angekündigte Personaleinsparungsprogramm umgesetzt werden soll, sagen Sie mit keinem Wort.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Aber Herr Möller lächelt schon wissend!)

Deshalb stelle ich hier und heute die alles entscheidende Frage, um die Sie sich herumdrücken: Wie wollen Sie dieses Programm bezahlen? Durchrechnen genügt nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sagen Sie es hier und heute, oder gestehen Sie ein, daß alles so nicht geht.

(Zurufe von der CDU: So ist es! Wohl wahr!)

Jedes einzelne Kapitel Ihres Regierungsprogramms ist eine Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört!)

Sie reden so, aber hinter Ihrem Programm steckt etwas ganz anderes.

(Widerspruch bei der SPD)

Alle Menschen in unserem Land müssen wissen, was Ihr Programm tatsächlich bedeutet, und deshalb will ich die entscheidenden Passagen übersetzen.

Sie sagen, Sie wollen die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes sichern und aufrechterhalten.

(Ursula Röper [CDU]: Das wäre schön!)

Tatsächlich haben Sie den Haushalt schon längst gegen die Wand gefahren.

(Beifall bei der CDU - Minister Claus Möller: Ach was!)

Sie haben kein Konzept zur **Haushaltssanierung**, sondern verkünden nur neue, teure, angeblich publikumswirksame Versprechungen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Da spricht er von Waigel!)

Den Landesrechnungshof habe ich zitiert. Ich zitiere ihn auch zu dem Kapitel **Pensionsfonds** mit dem Wort „Fata morgana“.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die **Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen** ist möglicherweise populär, aber sie ist ein Millionengrab für den Landeshaushalt und bringt nicht eine Arbeitsstunde mehr ein.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber sie spart Kosten für unsere Kinder! - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: An die denkt er nicht!)

- Das ist aber leider nicht sonderlich logisch, Herr Hentschel; denn sämtliche Unterlagen und Gutachten - unter anderem des Herrn Swieter, der

ja mit uns in der Sendung gesessen hat - sagen das Gegenteil, bis auf ein einziges von der DAG.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie die Pensionen für die Beamten ja nicht zahlen müssen!)

- Das ist auch kein sonderlich logisches Argument, finde ich.

Fasse ich dies zum Kapitel „Finanzen“ zusammen, stelle ich fest: Das ist die endgültige Zertrümmerung des selbstgezimmerten Denkmals einer angeblichen Sparkommissarin, die nichts anderes ist als die größte Schuldenmacherin in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

10 Milliarden DM sind es jetzt schon!

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Äußerste Haushaltsdisziplin, Aufgabenkritik und Aufgabenabbau sind jetzt geboten. Leistungsgesetze müssen auf den Prüfstand. Vor allem müssen die seit 1988 hinzugekommenen 454 neuen Stellen in der aufgeblähten **Ministerialbürokratie** endlich weg.

(Beifall bei CDU und F.D.P - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Holger Astrup [SPD]: Meine Güte!)

Sie tun das Gegenteil. Ein Minister weniger, dafür zwei Staatssekretäre mehr - das ist netto wahrscheinlich nicht weniger, sondern mehr. So schaffen Sie doch keinen „schlanken Staat“.

Es ist keine gewagte Prognose: Den **Abbau der Neuverschuldung** auf 800 Millionen DM werden Sie mit dieser Politik nie erreichen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Hennig, was haben Sie denn versprochen?)

Sie sagen, Sie wollten die Wirtschaftskraft stärken und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich behindern Sie die Wirtschaft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

So werden Sie Arbeitsplätze vernichten und Zukunft verspielen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Holger Astrup [SPD]: Warten wir es mal ab! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: „Warten wir es einmal ab“, können sich die Menschen in diesem Land nicht leisten!)

Wann die **A 20** bei Lübeck kommt, steht in den Sternen. Herumgeisternde Sozialdemokraten, die die Mär verbreiten, bei der A 20 habe sich nichts geändert und sie hätten die Grünen ordentlich über den Tisch gezogen, streuen uns Sand in die Augen, oder sie haben die eigene Koalitionsvereinbarung nicht gelesen.

(Beifall bei der CDU)

Geplant ist vorerst nur der Anschluß bei Lübeck, und das nicht einmal mit dem gebotenen Nachdruck, sondern so langsam wie möglich.

Westlich der A 1 werden in dieser Legislaturperiode die Planfeststellungsverfahren nicht einmal eingeleitet. Und es ist auch klar: Das rot-grüne Bündnis wird die **Elbquerung** nicht bauen. Fahrradwege statt notwendiger Ortsumgehungen, Krötentunnel statt Elbquerung - mit dieser Politik führen Sie Schleswig-Holstein in die Sackgasse!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wie soll das eigentlich weitergehen? - Sie werden in dieser Legislaturperiode vor eine ganz entscheidende Hürde kommen. „Einvernehmen der Koalitionspartner“ bei der Stellungnahme des Landes zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes und des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen sowie bei der Beantragung von zusätzlichen Mitteln für Neubaumaßnahmen beim Bund - das ist nichts

anderes als ein umfassendes Vetorecht der Grünen in der **Verkehrspolitik**. Das bedeutet Stillstand und Stau im Verkehr. Nichts geht mehr. Armes Schleswig-Holstein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine gesicherte, umweltschonende und zugleich kostengünstige **Energieversorgung** war bis 1988 ein wichtiges Markenzeichen des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein - Jürgen Westphal sei Dank! Die SPD hat diesen guten Ruf mit ihrem ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug gründlich ruiniert. Rot-grün gibt ihm den Rest. Ein Extra-Staatssekretär für den Kernkraftausstieg - die hochqualifizierten Mitarbeiter in den drei **Kernkraftwerken** können einem leid tun. Der Rekordstillstand von Brunsbüttel mit 1025 Tagen soll offenbar gebrochen werden. Standortvorteil ade!

(Beifall bei der CDU)

Ihre beschäftigungspolitischen Programme entstammen der sozialistischen Mottenkiste.

(Holger Astrup [SPD]: „Mottenkiste“ trifft auf Ihre Rede zu!)

Mit staatlichem Dirigismus, mit Vernetzung von Beschäftigungsinitiativen und mit schuldenfinanzierten Beschäftigungsgesellschaften wird kein einziger auf Dauer sicherer neuer **Arbeitsplatz** geschaffen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber durch Straßenbau!)

Die Bindung öffentlicher Aufträge an beispielsweise **Frauenförderpläne** ist ein Folterinstrument gegen die kleinen und mittleren Betriebe, die sie nicht haben.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gleichzeitig bauen Sie neue Hürden gegen die Ausweisung von Gewerbegebieten auf. Damit schaffen Sie doch nicht neue Arbeitsplätze, sondern Sie vernichten sie.

(Beifall bei der CDU)

Das Gegenteil wäre richtig: Weniger Vorschriften, weniger staatliche Gängelung, dafür mehr Freiraum für unternehmerische Initiativen - so schafft man Arbeitsplätze!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dazu brauchen wir eine Existenzgründungswelle. Das ist eine richtige Erkenntnis in der Regierungserklärung.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ja! Das ist wahr!)

Etwa 16 000 neue Unternehmer brauchen wir in Schleswig-Holstein, 16 000, um das Ziel zu erreichen. Wir brauchen sie vor allem im Mittelstand und im Handwerk.

(Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Aber welcher junge Meister soll sich selbstständig machen, wenn er für öffentliche Aufträge kiloschwere Anträge und Fragebögen ausfüllen muß, wenn er sich mehr um Frauenförderpläne als um neue Aufträge kümmern muß?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie gegen Frauen? - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Sie brauchen nur unsere Fraktion anzugucken. Dann sehen Sie, daß wir das ohne Frauenförderpläne schaffen.

(Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Ist das Ihre Art, Arbeitsplätze zu schaffen? Na, bitte schön!)

Wir brauchen neue Technologien, und zwar früher als andere, um eben im weltweiten Wettbewerb Spitze zu sein. Aber wie sollen wir neue Technologien nach Schleswig-Holstein holen, wenn grüne Parteitage ihre Anwendung verhindern?

Unser Ziel - das ist ein gemeinsames Ziel des Bündnisses für Arbeit von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Bundesregierung - ist

die **Halbierung der Arbeitslosigkeit** bis zum Jahr 2000.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist von Herrn Kohl zerschlagen worden!)

- Nein, das wird stattfinden. Das werden Sie alle selber erleben.

(Birgit Küstner [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Aber ich bin froh darüber, daß sich die Ministerpräsidentin heute im wesentlichen auf Schleswig-Holstein konzentriert hat. Auch das war eine Premiere. Den Bundeskanzler hat sie nur in einem Satz erwähnt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Das ist so traurig, was von Bonn kommt, daß man dazu nichts mehr sagen kann!)

Ich sage Ihnen sehr ernsthaft: Dieses Ziel der Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 ist nur erreichbar, wenn schleswig-holsteinische Politik im Einklang mit der Konsolidierungspolitik auf Bundesebene und gemeinsam mit den Kommunen die notwendigen Strukturveränderungen vornimmt. Nur dann ist dieses Ziel erreichbar.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum erzählen Sie das nicht in Bonn?)

Unser Land kann keine Insel der rot-grünen Glückseligkeit sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir müssen uns unserer Gesamtverantwortung in der deutschen Politik stellen, um am anschließenden Erfolg der wirtschaftlichen Gesundung teilzuhaben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Worthülsen!)

Nur so kann Schleswig-Holstein den Weg in eine gesunde Zukunft finden, und nur so können wir den Menschen, die nach Arbeit suchen, wieder Arbeit geben.

Sie sagen, Sie wollten die **innere Sicherheit** gewährleisten. Tatsächlich haben Sie das schon früher nicht geschafft. Jetzt betreiben Sie den Abbau von Sicherheit und untergraben noch mehr das Rechtsbewußtsein von Menschen.

Anstatt die Polizei bei steigender Kriminalität zu stärken, schwächen Sie sie und bauen weitere Stellen ab. Das ist die Folge eines tiefen rot-grünen Mißtrauens gegenüber der Polizei, denn nichts anderes ist es, wenn die Polizeibeamtinnen und -beamten mit Namensschildern ausstaffiert oder durchnumeriert werden sollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Aber was ist schon anderes zu erwarten, wenn beispielsweise eine Fraktionsvorsitzende in diesem Hause öffentlich zu Rechtsbruch auffordert?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Unser Programm „Sicheres Schleswig-Holstein“ gilt. Die **Polizei** braucht mehr Personal, eine bessere technische Ausstattung und vor allem den politischen Rückhalt der Regierung.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist sogar das einfachste. Es kostet keinen Pfennig, aber es motiviert die Beamten und Beamten. Eine motivierte Polizei ist das wichtigste, was wir brauchen, um den Menschen wieder mehr Sicherheit zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen, Sie wollten eine zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung sichern. Tatsächlich - wir haben es ja gehört - betreiben Sie **Bildungsabbau** und verspielen die Zukunftschancen der jungen Generation. Sie sagen, Sie wollten die Unterrichtsversorgung sichern. In der Praxis heißt das doch: noch weniger Unterricht durch weiter gekürzte Studententafeln und größere Schulklassen. Gesamtschulprivilegien werden durch erweiterte Unterrichtsangebote ausgedehnt. Der Protest gegen die neuen Lehrpläne bleibt ungehört. Rot-Grün heißt **Ideologisierung der Schule**.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle müssen Sie dieses Dokument zur Seite legen und jenes andere zur Hand nehmen - dann wissen Sie, was auf uns zukommt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Unsere Warnungen vor der rot-grünen **Gesamtschulpolitik**, im Wahlkampf noch als Panikmache diffamiert, werden jetzt bestätigt.

(Zurufe von der SPD)

Gesamtschulen in der Fläche, auch in nichtzentralen Orten und ohne Oberstufe, sind Geldverschwendungen; das bedeutet, daß die 450 neuen Planstellen vor allem in die Gesamtschulen gehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

So gefährden Sie ein ausgewogenes Bildungsangebot in den ländlichen Räumen und setzen die noch funktionsfähige ländliche Hauptschule und an vielen Stellen auch die ländliche Realschule aufs Spiel. - Sie wollen das doch wohl nicht wieder als Druckfehler ausgeben?

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Statt dessen brauchen wir wieder eine Phase der **Konsolidierung in den Schulen**, eine Phase, in der die Schülerinnen und Schüler endlich einmal nicht zu Versuchskaninchen gemacht werden. Wir brauchen mehr neue Lehrer statt neuer Gesamtschulprivilegien. Wir brauchen Lehrpläne, die Leistung und Vermittlung der wichtigsten Grundfertigkeiten - Lesen, Schreiben und Rechnen - wieder in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die den begabungsschwächeren Schülern genauso gerecht wird wie den hochbegabten, die in Ihrem Bündnisvertrag überhaupt nicht erwähnt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir brauchen eine Bildungspolitik, die den **Hochschulen** die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert, anstatt sie durch bürokratische Vorgaben einzuzwingen. Es sollte Ihnen doch bitte schön zu denken geben, wenn Ihr Programm im Senat der

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel auf einhellige Ablehnung stößt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil die Hochschule nicht an die Strukturreform herangehen will!)

Sie sagen, Sie wollten Kultur und Sport pflegen. Tatsächlich pflegen Sie Ihre Klientel. Die **Heimatkultur** hat es schwer mit Rot-Grün. Dafür werden nahestehende Verbände zusätzlich gefördert, oder warum werden jetzt **Sozio- und Ausländerkultur** so sehr betont? Sie betreiben einen Teil der Kulturförderung durch die Parteibrille. Was das heißt, haben die Grenzverbände schon in den vergangenen Jahren schmerzlich erfahren müssen,

(Beifall bei der CDU)

und dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, dem Vertreter unserer Heimatkultur, droht jetzt ein ähnliches Schicksal.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil wir endlich Kultur auch für junge Menschen brauchen! - Weitere Zurufe)

Kultur heißt Vielfalt und lebt von Liberalität und auch ein Stück weit von Förderung. Das wird der Maßstab sein, an dem wir Ihre Kulturpolitik messen werden.

Wir sind uns im Prinzip einig, den **Sport** als Staatszielbestimmung in der Landesverfassung zu verankern.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das war ein bißchen mühselig; wir mußten dazu sechs Sportkonferenzen im Lande durchführen, bis auch die SPD auf diesen Dampfer gesprungen ist.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Um endlich

auf unseren Standpunkt zu kommen! - Ursula Kähler [SPD]: So schwer haben Sie sich getan!)

Man darf aber nicht die Sportförderung in die Verfassung hineinschreiben und gleichzeitig die Sportförderung im Haushalt zusammenstreichen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wo ist denn das geschehen?)

Daher müssen die falschen Kürzungen bei der **Finanzierung des Sportstättenbaus** wieder rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie sagen, Sie wollten den **ökologischen Umbau** vorantreiben und die **ländlichen Räume** stärken. Tatsächlich machen Sie Politik gegen die Menschen in den ländlichen Räumen und betreiben staatlichen Ökodirigismus.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Politik werden Sie Schiffbruch erleiden. Natur- und Umweltschutz kann man nur mit den Menschen, nicht gegen sie erfolgreich gestalten.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das ist die Grundlage unserer Politik zum **Schutz von Natur und Umwelt**. Meine Damen und Herren, wir werden an dem Beispiel „Kossau“ konkret durchdeklinieren, wo die Menschen stehen und wo die Landesregierung steht.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler [SPD]: Meinen Sie die drei Großgrundbesitzer, oder wen meinen Sie da?)

Übrigens, in Ihrem rot-grünen Bündnisvertrag kommt der Mensch als Teil der Natur überhaupt nicht vor.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nachdem Sie erst den Menschen mit neuen Abgaben das Geld aus der Tasche gezogen haben, versuchen Sie es jetzt mit einer Umweltlotterie. Regierungspolitik als Glücksspiel!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und mit Gemeinsinn!)

Da sind Glücksritter am Werk, die vom Pech verfolgt sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Innenministerkonferenz hat die **Umweltlotterie** gerade abgelehnt. Pech gehabt!

In der **Abfallpolitik** stellen Sie sich nicht nur gegen Bundesrecht, sondern die Kommunen vor millionenschwere Risiken und die Gebühren vor gewaltige Kostensteigerungen. Das nehmen Sie in Kauf, um allein aus ideologischen Gründen die **thermische Müllverbrennung** zurückzufahren - so ähnlich haben Sie sich ausgedrückt. In Wahrheit wollen Sie sie verdammten, und das, obwohl sich Ihre biologisch-mechanischen Anlagen schon längst als unzureichend zur Erfüllung der bundesrechtlichen Vorgaben herausgestellt haben. So werden Sie zu abfallpolitischen Geisterfahrern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Welcher Geist in die Umweltpolitik einzieht, zeigt die Zerschlagung des **Landesnaturschutzverbandes**. Wer sich anbietet, hat gute Karten, wer kritisiert, muß es finanziell büßen. „Teile und herrsche“ wird so zum rot-grünen Regierungsmotto.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das nenne ich parteipolitische Günstlingswirtschaft.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gleichzeitig bleiben die vielen kleinen Naturschutzvereine auf der Strecke, die in ihrer Nachbarschaft für Akzeptanz von Naturschutz sorgen. Sie verlieren ihren Dachverband, Sprachrohr und Förderer, und auch das schadet dem Interesse des Naturschutzes.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die waren doch längst nicht mehr Mitglied!)

- Sie waren schon einmal besser mit Ihren Zwischenrufen.

(Konrad Nabel [SPD]: Bei so einer schlechten Rede ist das auch kein Wunder! - Weitere Zurufe)

Unserer **Landwirtschaft** stehen schwere Zeiten bevor. Flächenbezogene Ausgleichszahlungen an ökologische Kriterien zu binden, die ohnehin schon europaweit schärfste Gülleverordnung zu „überprüfen“ - wie Sie sagen - und völlig einseitig den ökologischen Landbau zu fördern, verspricht nichts Gutes. Im Gegenteil, den Bauern stehen damit neue Wettbewerbsverzerrungen ins Haus.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Unsere Bauern sollen wissen: Wir werden alles tun, um neue, zusätzliche hausgemachte Belastungen und **Wettbewerbsnachteile** zu verhindern. Mißtrauen ist das Kennzeichen rot-grüner Bündnispolitik gegenüber der Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das steht hier drin. Jetzt wird regierungsmäßig zwischen Naturschützern und Naturnutzern unterschieden. Ich sage Ihnen: Der Großteil der Bauern, der Jäger oder der Fischer tut allemal mehr für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre sehr schön!)

als so mancher Berufsdemonstrant, der mit dem ältesten stinkenden Diesel zur nächsten Ökodemo fährt.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir fahren mit der Bahn!)

Sie sagen, Sie wollten eine nachhaltige Infrastruktur schaffen und die Verwaltung reformieren. Tatsächlich schaffen Sie nur neue Bürokratie und vernachlässigen den notwendigen Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur**. Von nachhaltiger Verkehrsinfrastruktur kann wirklich keine Rede sein, da Sie gegen alle entscheidenden Infrastrukturprojekte von der A 20 westlich von Lübeck über die Elbquerung, den Transrapid oder einen Ersatzflughafen für Fuhlsbüttel in Kaltenkirchen ankämpfen - auch von der Fehmarnbeltquerung ist keine Rede mehr.

Das gesamte Kapitel über die **Reform der Verwaltung** hätten Sie sich schenken können. Alle darin enthaltenen Sprüche über Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung werden durch die konkreten Ziele der übrigen Kapitel konterkariert.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Rot-Grün heißt: mehr staatlicher Dirigismus, mehr Bürokratie und vor allem ein weiter aufgeblähter Wasserkopf in den Ministerien. Hauptamtliche Beauftragte für Kinder, für Behinderte, Flüchtlinge und Radfahrer, mehr Personal für eine Weltpolitik, ein eigenes Landesverfassungsgericht zur Vermeidung unliebsamer Richtersprüche aus Karlsruhe - wie in den vergangenen Jahren -,

(Widerspruch bei der SPD)

eine Härtefallkommission auf Ministeriumsebene zum Unterlaufen des Asylrechts und als Krönung ein Schwulen- und Lesbenreferat auf Regierungsebene. Meine Damen und Herren, wer einen solchen Unsinn macht, sollte das Wort vom schlanken Staat überhaupt nicht mehr in den Mund nehmen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das alles ist überflüssig und verzichtbar. Das muß genauso weg wie der letzte verbliebene Mohikaner der parlamentarischen Ministervertreter, Herr Kollege Zahn.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der von Ihnen künstlich aufgeblähte Wasserkopf der Ministerialbürokratie ist das größte Übel.

Regierungspolitik wird doch nicht dadurch besser, daß man mehr Leute beschäftigt, die diese Politik medienwirksam verkaufen sollen. Unser Vorschlag lautet: Bis auf wenige Ausnahmen dürfen keine freiwerdenden Stellen in den Ministerien wieder besetzt werden, bis die 454 zusätzlichen Stellen in der Ministerialbürokratie abgebaut sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In Kiel darf auch nichts zum zweiten Mal geprüft werden, was vor Ort schon einmal geprüft worden ist. Ganze Genehmigungs- und Prüfebenen in den Verwaltungen können damit abgeschafft werden. So schaffen wir den wirklich schlanken Staat.

Sie sagen - und an dieser Stelle wird es Gott sei dank mucksmäuschenstill -, Sie wollen die **Gleichstellung der Frauen** vorantreiben. Tatsächlich erschöpfen Sie sich in einer neuen feministischen Bürokratie. Parkinson erhält durch Ihre rot-grüne Politik eine neue Bestätigung. Erst verdonnern Sie die Kommunen zur Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter, und nun schaffen Sie auch noch eine landesweite **Koordinierungsstelle** als Serviceeinrichtung, die die Aufgabe übernehmen soll, die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten untereinander zu vernetzen und zu beraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Das gleiche Geld, für neue Kindergärten oder betreute Grundschulen eingesetzt, würde Frauen allemal mehr helfen als Ihre Feminismus-Bürokratie.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Wir sind uns einig, wenn es darum geht, Frauen und natürlich auch Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Wir sind uns einig, wenn es darum geht, Frauen in ihren beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten endlich ausreichend zu fördern. Ich fand beispielsweise die letzte lange Liste aus dem Bildungsministerium über Berufungen von Professoren an der Christian-Albrechts-Universität unter diesem Aspekt sehr problematisch, mein Damen und Herren. Auch das sollten wir uns noch einmal anschauen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Aber wer die Frauenförderung immer nur isoliert und staatlich verordnet vorantreiben will, der zerstört die freiwillige Bereitschaft zur Frauenförderung. Das Ergebnis ist ein Bumerangeffekt, der den Frauen mehr schadet, als er ihnen nutzt.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen, Sie wollen den **Sozialstaat** sichern und die **solidarische Gesellschaft** ausbauen. Tatsächlich schüren Sie Sozialneid und spalten unsere Gesellschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ohne Ende!)

Wer eine wirklich solidarische Gesellschaft will, der muß den Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Vermögensteuer?)

den Ausgleich zwischen den Generationen fördern. Natürlich ist es wichtig, den Bevölkerungsgruppen zu helfen, die der Hilfe bedürfen. Aber Sie betreiben nur isolierte Spartenpolitik für Frauen, für Kinder, für Senioren oder für andere. Deshalb gibt es bei Ihnen so viele Beauftragte, Gremien, Kommissionen und Beiräte wie nie zuvor.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bürgerbeteiligung! - Lachen bei der CDU)

Dabei bleibt das Verbindende und das Gemeinschaftsstiftende auf der Strecke, und Sie verlieren das Ganze aus dem Auge. Mit einer solidarischen Gesellschaft hat das alles nun wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für uns heißt „Sozialpolitik“ ganz entschieden auch „Hilfe zur Selbsthilfe“.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abbau!)

Das **Subsidiaritätsprinzip**, meine Damen und Herren, taucht in Ihrem rot-grünen Bündnisvertrag überhaupt nicht auf.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Arbeitslosen wollen Sie Geld wegnehmen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hentschel, wollen wir ihnen Arbeit geben!)

Eine eigenständige **Familienpolitik** gibt es bei Ihnen auch nicht. Wenn die Familienpolitik der Steinbruch sein soll, aus dem Sie Ihre rot-grünen Spielwiesen finanzieren wollen, dann werden Sie auch an dieser Stelle auf unseren ganz entschlossenen Widerstand stoßen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daß Sie den **Wohnungsbau** ausschließlich der Sozialpolitik unterordnen, ist typisch, und es ist falsch. Probleme auf dem Wohnungsmarkt löst man nicht durch Umverteilung, sondern nur dadurch, daß ausreichend neue Wohnungen gebaut werden. Dafür müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Das meiste private Kapital wird in die **Eigentumsbildung** investiert. Deswegen muß hier die staatliche Förderung konzentriert werden, anstatt sie mit neuen, zusätzlichen Auflagen und dirigistischen Eingriffen zu behindern. Rot-grüne Politik ist nicht nur eigentumsfeindlich, sondern sie ist auch in der Sache falsch, weil sie die Menschen vergißt, die auf diesem Wege Wohnraum erhalten könnten. Mehr Freiraum statt staatlicher Gängelei muß auch und gerade für den Bereich Wohnraum gelten.

Sie reden von illegalen Drogen und von **Suchtprävention**. Tatsächlich bereiten Sie dem **Drogenkonsum** den Weg. Es ist kaum faßbar, was aus dem grünen Wahlprogramm in den rot-grünen Bündnisvertrag eingeflossen ist. Da heißt es:

„Präventionskonzepte müssen neben der Suchtvermeidung den verantwortlichen Umgang mit Genußmitteln zum Ziel haben.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Auch Haschisch und Marihuana sind keine Genußmittel, sondern Drogen, und damit kann es keinen verantwortlichen Umgang geben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Sie reden von der **komunalen Selbstverwaltung** - ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt -, aber Sie ziehen den gar nicht mehr goldenen Zügel weiter an. Quer durch alle Politikfelder ziehen sich die Ankündigungen neuer teurer Projekte und Maßnahmen, die auch von den Kommunen mitfinanziert werden sollen, sowie zusätzliche Auflagen, zum Beispiel bei der Landschaftsplanung. Da klingt die Zusicherung, keine zusätzlichen **finanziellen Belastungen** auf die Kommunen abwälzen zu wollen, wie eine leere Beschwichtigungsformel.

(Beifall bei der CDU)

Diese Beschwichtigungsformel - wir haben es ja erfahren; deswegen ist die kommunale Familie an dieser Stelle so mißtrauisch - war schon in den vergangenen Jahren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stand.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Die kommunale Familie soll wissen: Wir werden uns mit ganzer Kraft gegen alle Versuche zur Wehr setzen, wenn - wie bisher - neue Aufgaben auf die Kommunen abgewälzt werden sollen, und wir werden uns gegen unerfüllbare Wünsche, die auch durch die Kommunen nicht bezahlt werden können, intensiv und kämpferisch wenden, meine Damen und Herren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Streichung der Gewerbesteuer durch Bonn!)

Es kann nicht sein, daß Rot-Grün in Kiel das Paradies auf Erden beschließt und die Rechnung zur Bezahlung an die Rathäuser schickt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sparsamkeit und Maßhalten muß für alle Ebenen gelten, für den Bund in der Tat genauso wie für das

Land und genauso wie für die Kommunen. Deshalb dürfen auch keine falschen Erwartungen auf kommunaler Ebene geweckt werden. Meine Damen und Herren, es gibt in Deutschland nichts zusätzlich zu verteilen.

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt nichts zu verteilen, und wenn Sie das endlich begreifen, sind wir ein großes Stück weiter.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich zusammenfassend -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sparen Sie doch beim Transrapid 10 Milliarden!)

- ich freue mich über Ihre Lebhaftigkeit; die hat die Frau Ministerpräsidentin leider nicht provozieren können -:

(Zuruf von der SPD: Eine so dünne Suppe muß auch gewürzt werden!)

Der vorgelegte rot-grüne Bündnisvertrag ist ein Dokument der Hilflosigkeit, der ökonomischen Inkompétenz,

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

ideologischer Borniertheit und

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

voller Tagträumereien.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dieses rot-grüne Bündnis wird die Probleme unseres Landes leider nicht lösen. Es ist unfähig, die großen Zukunftsaufgaben anzupacken.

(Konrad Nabel [SPD]: Worthülsen!)

Mit dem **Kabinett** von gestern kann man nicht die Aufgaben von morgen lösen. Schon bisher

überforderte Kabinettsmitglieder werden mit neuen Aufgaben belohnt oder belastet - je nachdem, wie man es sieht. Kaum ein neues Gesicht - die Personaldecke ist aufgezehrt. Verantwortung wird nicht nach Kompetenz, sondern nach Koalitionsproporz verteilt.

(Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie noch Ihre Kabinettsliste vor Augen?)

- Ja, die kann sich da sehr gut sehen lassen, meine Damen und Herren.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei der CDU)

Was der Landwirtschaftsminister vom **Tourismus** versteht, werden wir sehen.

(Zurufe)

Aber, meine Damen und Herren, am schlimmsten - das ist nun wieder ein sehr ernster Punkt - fand ich das Hin- und Hergeschiebe der Kultur.

(Beifall bei der CDU)

Daß die zunächst keiner haben wollte, hätten Sie selbst - schauen Sie einmal in Ihre Regierungserklärung von 1988 - damals wohl kaum für möglich gehalten. Ich kann nur sagen, Frau Böhrk: Wohlan und gutes Gelingen!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Abgrundtiefes Mißtrauen zwischen den Regierenden, persönliche Abneigung im Kabinett und mühsam zugekleisterte Differenzen in zentralen Zukunftsfragen unseres Landes sind eine sehr schlechte Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Regierungszeit.

(Holger Astrup [SPD]: Das haben Sie schon zweimal behauptet!)

Schleswig-Holstein braucht keine Regierung, die vier Jahr dahinnögelt. Schleswig-Holstein braucht keine Regierung, die so lange um teure Formelkompromisse feilscht, bis alle Ideologien in Sprechblasen passen. Einen solchen Anti-

Schleswig-Holstein-Pakt hat unser Land nicht verdient, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Unser Land braucht eine Regierung, die, geschlossen und in den Grundfragen der Zukunftsgestaltung einig, kraftvolle Politik betreibt und gestaltet. Das muß eine Regierung sein, die der Wirtschaft wieder Schwung gibt, anstatt sie zu gängeln. Das muß eine Regierung sein, die Innovationen und moderne Technologien fördert, statt vorwiegend über Risiken zu lamentieren,

(Holger Astrup [SPD]: Diese Landesregierung ist gewählt worden, Sie nicht!)

eine Regierung, die selbst Staatstätigkeit abbaut und sich selbst zurücknimmt, statt überall hineinregieren zu wollen, eine Regierung, die damit den Unternehmern wieder Luft für Investitionen gibt

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werden wir machen!)

und so neue Arbeitsplätze schafft, eine Regierung, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt, statt die eigene Parteiideologie zum Maßstab aller Dinge zu machen. Eine solche Regierung braucht unser Land, denn es geht um die große Zukunftsaufgabe, es geht um die Sicherung des **Standortes Schleswig-Holstein** im Standort Deutschland. Das heißt Schaffung neuer Arbeitsplätze, Existenzgründungen und moderne Technologien, Abbau von Bürokratie, mehr Luft für private Initiative, Haushaltssanierung, um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen, Sicherung der Unterrichtsversorgung, um unserer jungen Generation die bestmöglichen Bildungschancen zu bieten,

(Ursula Kähler [SPD]: Sie müssen hier nicht den gesamten Koalitionsvertrag vorlesen!)

mehr Sicherheit für den Menschen im Kampf gegen die Kriminalität, weniger Staat und mehr Freiheit für die Menschen. Das ist unsere Botschaft. Da liegt die Zukunft.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich will zunächst einmal darauf hinweisen, daß der Begriff „Blödsinn“ auch als Zwischenruf unparlamentarisch ist.

Zum zweiten begrüße ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Kellinghusen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Zuletzt erteile ich der Frau Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Wählerinnen und Wähler haben unserem Land, diesem Parlament, am 24. März einen großen Dienst erwiesen. Sie haben die **Rechtsextremisten** aus diesem Landtag gewählt!

(Beifall im ganzen Haus)

Sie haben uns allen damit eine neue Chance des Miteinander quer durch alle Reihen des Parlaments gegeben. Dafür bin ich dankbar.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie die alten nicht genutzt?)

Die Wählerinnen und Wähler haben uns, der SPD, ein Mandat für die Bildung einer Regierung, für eine **Koalition** erteilt. Mit der Wahl von Heide Simonis, mit der Abgabe der Regierungserklärung auf der Grundlage eines Koalitionsvertrages vom heutigen Tage haben wir Sozialdemokraten gemeinsam mit dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieses Mandat angenommen und damit das erste Stück der Reise angetreten, auf die uns die Wählerinnen und Wähler geschickt haben. Es wird keine Fahrt ins Blaue werden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es wird eine Fernreise!)

und eine Reise nur ins Grüne auch nicht. Seien Sie versichert: Wir werden auch die Autobahn benutzen. Aber wer intelligent in die Zukunft reisen

will, der fährt nicht nur auf der A 20, der bedient sich der ökonomisch wie ökologisch optimalen Verkehrsmittel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So klar wie das Votum der Wählerinnen und Wähler, so klar wie die Zustimmung der SPD zum Koalitionsvertrag, so klar war auch zur Überraschung vieler das Votum der Grünen. Dieses Votum ist eine gute Grundlage für vier Jahre stabiler Zusammenarbeit, für vier Jahre solider Gestaltung der Landespolitik.

(Klaus Schlie [CDU]: Warten wir es ab! - Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Herren und Damen! Wer in mehreren Unterkommissionen in tage- und bekanntlich auch nächtelangen Sitzungen auf 87 Seiten in 9 Kapiteln sämtliche Bereiche der Landesregierung abgreifen und abstimmen will - und das bei unterschiedlichen Erfahrungen, parteipolitischen Beschlusßlagen und Informationsständen -, der schießt sicherlich manchmal über das Ziel hinaus und trifft vielleicht auch manchmal daneben.

Ich weiß: Wir haben eine fehlerverzeihende politische Kultur in diesem Lande leider nicht. Wir haben auch recht selten ernsthafte kultivierte politische Auseinandersetzungen, dafür leider viel zu oft Nachkarten, Hämme und Stilloskigkeiten.

(Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Schauen Sie sich Ihre Partei an!)

Aber gerade deshalb füge ich hinzu: Mir ist ein krumm formulierter Unterpunkt zur Muschelfischerei lieber als ein Koalitionsvertrag, der ein ganzes Umweltministerium abschafft, oder einer, der den Losentscheid beim Abstimmungsverhalten im Bundesrat einführt.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All jenen, die jetzt - Herr Dr. Hennig, zum wievielen Mal eigentlich? - den Untergang des Abendlandes beschreiben, sage ich erstens mit

Matthäus 7, Vers 16 : „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Und zweitens sage ich Ihnen: Auf dem Teppich bleiben. Damit meine ich nicht den Gebetsteppich Ihrer immer wiederkehrenden so langweiligen Litanei.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß in den vergangenen Wochen an einem neuen Teppich gewebt wurde, dessen Grundmuster Sie eigentlich schon seit 1988 kennen. Seine Grundfarbe ist rot, klar und kräftig.

(Beifall bei der SPD)

Die sozialdemokratische Landesregierung seit 1988 hat schon immer das umweltverträglichste Material benutzt. Die GRÜNEN mußten auch in den Verhandlungen zur Kenntnis nehmen, daß die Regierungen Engholm und Simonis, die Umweltminister Heydemann und Müller der Ökologie in Schleswig-Holstein den roten Teppich bereits ausgelegt hatten.

(Beifall bei der SPD)

In dieses Werk sind jetzt grüne Elemente eingewebt worden, neue Muster, neue Farbkombinationen, fest miteinander verknüpft, damit eine solide Regierung darauf stehen kann. Daß die Farbe Lila dabei kräftig leuchtet, dürfte niemanden überraschen. Eines ist ersichtlich: Die Farben beißen sich jedenfalls nicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es sind aber große Maschen darin! -

Eines ist uns wichtig: Unser Werk muß für alle - für jeden Mann und jede Frau - zugänglich sein, und es soll möglichst langlebig sein.

In Zeiten der Verunsicherung und Unsicherheit ist Skepsis gegenüber allem Neuen nur zu verständlich. Skepsis überwinden heißt, Vertrauen schaffen, und Vertrauen schaffen heißt, die Lebenslage der Menschen konkret und praktisch, pragmatisch zu verbessern. Nicht Händel also, sondern handeln! Dabei sollte auch für dieses Parlament gelten -

jedenfalls soweit es uns angeht -: so viel Gemeinsamkeit wie möglich, so viel Auseinandersetzung wie nötig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Für die SPD-Landtagsfraktion erkläre ich: Wenn es die Interessen unseres Landes, wenn es die Interessen der Arbeitenden und der Arbeitslosen, der Lehrenden wie der Lernenden, der jungen wie der alten Menschen erfordern, dann stehen wir zur Kooperation bereit, dann werden wir uns vernünftigen Kompromissen nicht verschließen, und dann werden wir für einen breiten Konsens arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dafür sind wir sehr offen! - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Kleinkarierte Besserwisserei - das weiß ich - ödet an; aufgeplusterte Polemik allerdings stößt ab.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, sind heftige Auseinandersetzungen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

ernsthafte Auseinandersetzungen über Veränderungen, über Verteilungen, über Lasten, über Privilegien und Benachteiligungen, aber nicht die Verkürzung der Probleme auf platte Parolen und Worthülsen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere eine **neue Sachlichkeit** ein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten werden unseren Beitrag zu einer solchen neuen Atmosphäre leisten. Dieser neuen Sachlichkeit der parlamentarisch-politischen Debatte soll eine neue Offenheit im Dialog entsprechen, im Dialog mit den Menschen in Schleswig-Holstein, mit den Gewerkschaften wie

mit den Unternehmen, mit den Naturschutzverbänden wie mit dem Bauernverband, mit den Kulturschaffenden, den Lernenden und Lehrenden an Schulen und Universitäten, mit Jugendlichen und Senioren. Ortsgespräche wollen wir führen - nicht mit dem Handy zum Mondscheintarif, sondern Auge in Auge, um zuzuhören, um zu informieren, um zu lernen und zu stimulieren, daß es sich nämlich lohnt, bei der Gestaltung der Willensbildung in der Demokratie mitzumachen. Für die Gestaltung der Demokratie gilt für mich dasselbe wie für die Abwehr ihrer Feinde: Die Demokratie ist nur so stark wie jeder einzelne, der für sie eintritt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dabei geht es mir auch - das sage ich ganz offen - um die Mobilisierung von gesellschaftlichem Sachverständnis zur Gestaltung der Landespolitik. Kreativität darf eben keine Parteigrenzen kennen, und Innovation läßt sich nicht verordnen: „Top-down“ ist out, „bottom-up“ ist in.

Nicht nur die Fragen und die Ansprüche, auch die Antworten und Lösungen entstehen nämlich dort und können von uns dort entdeckt werden, wo die Probleme entstehen und bestehen. Lehrerinnen und Lehrer, die an ihrem Schulprofil arbeiten, Handwerker, die eine neue Dienstleistung entwickelt haben und anbieten wollen, Hochschulabsolventen, die eine Existenz als junge Unternehmer aufbauen wollen, Arbeitsloseninitiativen, die Qualifizierung und Beschäftigung organisieren, Bäuerinnen, die in die Direktvermarktung einsteigen wollen, Senioren, die ihr gesellschaftliches Leben selbst gestalten, Jugendliche, die in Sportvereinen Spaß haben und sich sozial engagieren - sie alle sind nämlich das, was sie bei der Ausgestaltung von Entscheidungsprozessen so außerordentlich wertvoll macht und was wir „Know how-Träger“ nennen.

Ich will dieses Know-how nicht einkaufen; ich will aber verhindern, daß es abwandert, abwandert in die Resignation und abwandert in die Isolation!

Die SPD-Landtagsfraktion will auf die Nachfrage reagieren können, die Nachfrage nämlich, welche politische Dienstleistung, welcher **Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern** von uns, die wir die

Regierungsverantwortung tragen, erwartet wird. In den Tagen, als noch die Mechanik das technische Leben geprägt hat, wurde zum Beispiel von Herbert Wehner diese Rolle einer Fraktion als Transmissionsriemen umschrieben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Kommt noch irgend etwas zum Koalitionsvertrag, Frau Erdsiek-Rave?)

Nun bin ich nicht Onkel Herberts Großnichte, und ich habe als erste weibliche Fraktionsvorsitzende der SPD auch kein Problem damit zu sagen, daß mir weder Jochen Steffens noch Björn Engholms noch Gert Börnsens Schuhe passen. Nein, mir geht es darum, die **Rolle der Fraktion** in diesem offenen Dialog, in der Unterstützung der Landesregierung, die eine Koalitionsregierung ist, für die heutigen modernen Gegebenheiten neu zu bestimmen: nicht mechanischer Transmissionsriemen, sondern gleichermaßen internetfähig wie mit dem Ohr an den Graswurzeln.

Wenn wir in diesen offenen Dialog eintreten und über die Nachfrage reden, über die Erwartungen an die Landespolitik, dann tun wir dies selbstverständlich nicht mit leeren Händen. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die auf ihm beruhende Regierungserklärung von Heide Simonis sind ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger. Es ist Selbstverständnis und Aufgabe der Landtagsfraktion, das sozialdemokratische Profil dieses Angebots zu schärfen. Sozialdemokratisches Profil - das heißt, in sozialer Verantwortung das ökonomisch Richtige und ökologisch Wichtige zu tun:

erstens unsere aktive Arbeitsmarktpolitik zielgruppengerecht und bedarfsorientiert weiterentwickeln,

zweitens das wirtschaftspolitische Instrumentarium mit neuen innovativen Akzenten versehen,

drittens die Umweltpolitik zukunftsgerecht und auf die jeweiligen Umweltmedien bezogen stabilisieren,

viertens den sozialpolitischen Handlungsrahmen des Landes zugunsten der Schwächeren voll ausschöpfen,

(Beifall bei der, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

und fünftens in Bildung, in die Zukunft der Bildung investieren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kontinuität mit neuen Akzenten - ein Aufbrauch bis in das Jahr 2000 ohne Brüche mit der Vergangenheit sozialdemokratischer Regierungspraxis. Das ist der Arbeitsauftrag an uns, an die SPD-Fraktion, für die neue Legislaturperiode, ein Auftrag, dem wir nur dann gerecht werden können, wenn wir ihn auf der Grundlage einer soliden und vorausschauenden Finanzpolitik erfüllen.

Die Bundesregierung hat das magische Viereck des Stabilitätsgesetzes längst zu den Akten gelegt. Um so wichtiger ist es, daß wir uns in eigener Verantwortung - wir in Schleswig-Holstein -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist doch auch nichts!)

auf das Dreieck haushaltspolitischer Solidität besinnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch nur eine Sache des Wachstums!)

- Ja, aber zum Wachstum gehört im **Stabilitäts-Viereck** auch das andere: die niedrige Arbeitslosigkeit, die ausgeglichene Handelsbilanz und die niedrige Inflationssrate, wenn Sie sich erinnern, Herr Kubicki!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, das sind die Ziele!)

Dieses Dreieck haushaltspolitischer Solidität heißt Rückführung der Neuverschuldung, Erhaltung und Ausbau der Investitionsquote und Reduzierung des Personalkostenanteils.

Ich höre immer wieder das Wort von den „finanzpolitischen Spielräumen“, die es zu erhalten oder zu schaffen gelte - als ob es um eine Spielwiese ginge! Nein, hier steht sehr viel mehr auf dem Spiel; hier geht es darum, ob ein Wählerwille überhaupt noch in die Tat umgesetzt werden kann, ob es bei dramatisch zunehmender öffentlicher Armut und gleichzeitigem immensen privaten Reichtum überhaupt noch eine demokratische Prioritätensetzung geben kann. Demokratie unter Haushaltsvorbehalt ist keine Demokratie mehr, und ein Parlament ohne aktive Gestaltung seines Budgetrechts hat seine Abgeordneten nicht verdient.

Deshalb gilt: Nicht nur Leistung, sondern auch Aufgaben gehören auf den Prüfstand. Es gibt kein neues Geld, es gibt nur alte Schulden. Der Grundsatz „alternativ statt additiv“ bleibt also erhalten - dies nur als Antwort auf Ihre Frage aller Fragen, Herr Dr. Hennig. Das gilt auch für jede neue Stelle, für jede neue Fördermark, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Punkt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sparen - allerdings auch Stellensparen - ist für uns kein Selbstzweck. Diese Debatte ist Teil der **Modernisierung des öffentlichen Dienstes**, und diese wiederum ist Teil der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Staates. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung ist es schwierig genug, die Spardebatte und die Leitbilddebatte gleichzeitig zu führen. Ich bedanke mich ausdrücklich für das Engagement, für die Leistungsbereitschaft und für die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst des Landes,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

und ich sage eine konsequente Aufgabekritik zu. Was kann kommunal - bei Ausgleich - besser erledigt werden, weil dezentral? Was können die öffentlich-rechtlichen Dienstleister des Landes sinnvollerweise tun - zum Beispiel die Landesentwicklungsgesellschaft oder die Investitionsbank -, der Landtag, die Fraktionen? Wir wollen in der Politik den Kurs bestimmen. Die Regierung soll steuern, mit Unterstützung der Landesverwaltung. Aber unter Deck rudern und den

nötigen Druck auf den Kessel erhöhen, das müssen und können in Zukunft nicht mehr nur Regierungsinspektoren,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

sondern das müssen und können auch andere.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden das finanzpolitische Dreieck sehr genau im Visier behalten und durch die Modernisierung zur Konsolidierung der Staatsfinanzen gelangen. Auf einer zukunftsfähigen Finanzpolitik bauen wir auf und auf sie setzen wir unsere Schwerpunkte.

Arbeitsmarktpolitik, „Arbeit für Schleswig-Holstein“ und „Arbeit plus“, das sind spürbare Beschäftigungsimpulse, die wir durch die Verknüpfung von Instrumenten und Maßnahmen ausgestalten werden. Beschäftigungspolitische Hilfen zur Sicherung von Unternehmen und zum Erhalt von Arbeitsplätzen, Schwerpunktsetzung bei den Hilfen für Jugendliche, umwelt- und sozialpolitische Ansätze im zweiten Arbeitsmarkt, Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf - so flexibilisieren wir unsere Instrumente und bauen sie bedarfsgerechter aus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden für eine **Vernetzung** - ja, in der Tat: Vernetzung - der **Beschäftigungsinitiativen** sorgen. Warum eigentlich nicht auch für eine Kooperation solcher Initiativen, etwa mit den Technik- und Gewerbezentränen?

Jugend und Arbeit - dafür wollen wir eine konzertierte Aktion starten. Wir können nicht alles bereinigen, auch wir nicht, was aus Bonn an falschen Signalen in der Arbeitsmarktpolitik ausgesendet wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften ein kräftiges Signal dagegen setzen.

Das gilt auch in ganz besonderem Maße für die **Sozialpolitik**. Hier geht es an die Substanz. Wer seine falsche Steuerpolitik mit einer noch falscheren Sozialpolitik zu kompensieren versucht, wie die derzeitige Bundesregierung in Bonn, der spielt mit dem Feuer und der gefährdet den sozialen Frieden.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seine soziale Stabilität war der Garant für den wirtschaftlichen Erfolg.

Unsere Sozialpolitik, das war und bleibt auch eine aktive Wohnungsbaupolitik, das war und bleibt unsere Kraftanstrengung zur Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Unsere Sozialpolitik, das war und bleibt auch eine Politik der inneren Sicherheit, die durch eine moderne Polizei den Menschen das lebensnotwendige Gefühl der individuellen Sicherheit gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wem wollen Sie das erzählen?)

Für die Erfüllung dieses schweren Auftrages sage ich den Polizistinnen und Polizisten meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dieser Gelegenheit sage ich meinen herzlichen Glückwunsch auch zur erfolgreichen Fahndung nach dem uns alle so erschreckenden Autobahnschützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, daß wir den Polizistinnen und Polizisten einiges zumuten. Ich weiß das sehr wohl. Aber ich sage ihnen zu, daß wir die Laufbahn modernisieren, die einem fortschrittlichen Berufsbild entspricht, und die technische Ausstattung, die modernen Arbeitsmethoden gerecht wird, nicht vergessen, sondern vorantreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschäftigung und soziale Sicherheit brauchen wirtschaftliche Erfolge. Schleswig-Holstein hat mächtig aufgeholt. Das Nörgeln über die nördliche **Randlage** ist durch ein **neues Selbstbewußtsein** abgelöst worden. Dem Wohl unseres Landes, Herr Dr. Hennig, würde es wirklich dienen, wenn auch die Opposition nicht immer nur nörgeln, herunterreden und kleinreden würde, sondern dieses Selbstbewußtsein auch beförderte.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere führende Rolle bei der Gestaltung der regionalen Identität des Ostseeraumes ist dabei von entscheidender Bedeutung. **Ostseepolitik** ist Infrastrukturpolitik. Wer hier aktiv mitgestaltet, ist ökonomisch eine gute Adresse. Unsere Untermieter im Hanse-Office in Brüssel aus dem Ostseeraum sind uns herzlich willkommen.

Ich bin zurückhaltend bei der Benennung von historischen Dimensionen. Aber eines steht für mich fest: Die aktive Rolle bei der Gestaltung des Integrationsprozesses im Ostseeraum, die Björn Engholm gespielt hat, wird ihren Platz in der Landesgeschichte finden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir die Rolle als Motor, als Koordinator, als Gastgeber, als Interessenvertreter in Brüssel engagiert weiterspielen.

Weil diese neue Identität uns weggeführt hat von der Randlagennörgelei, weil dieses neue Selbstbewußtsein geschaffen wurde - wir wissen, daß vieles in der Wirtschaft Psychologie ist -, deshalb können wir selbstbewußt an die zukünftigen Aufgaben herangehen.

Daß wir aufgeholt haben, das hat uns kürzlich das Kieler Weltwirtschaftsinstitut noch einmal bestätigt - wahrlich kein sozialdemokratischer Think tank. Aber stehenbleiben heißt weiter zurückfallen. So stolz wir sind auf unseren Spitzenplatz bei Technologiezentren, so sehr wir für den Klimaschutz sind, so sehr wollen wir doch einen „Treibhauseffekt“ für junge Unternehmen im Land bewirken. Intelligente Instrumente für **Existenzgründungen**, die mittelständische Beteiligungsgesellschaft, die Bürgschaftsbank, der Risikokapitalfonds und die Investitionsbank haben

wir schon. Ein Stück bessere Beratung, ein Stück mehr Vernetzung, ein wenig mehr an Darlehen, Risikokapital auch für kleinere Unternehmen, eine Offensive auch an Schulen und Hochschulen - so wollen wir den Mut zur Selbständigkeit befördern und so erreichen wir eine Kultur des Unternehmens im Lande, auch und gerade für Frauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil unser **Export** in Schleswig-Holstein unter dem Bundesdurchschnitt liegt, werden wir die konzentrierten Aktionen von Kammern und Landesregierung in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holsteins bündeln und weiterbefördern.

Übrigens braucht jedes Land im internationen Geschäft und Wettbewerb ein Profil, um sich zu halten. Wir können stolz darauf sein, daß unsere Natur, unsere Kultur, das Musikfestival, und unsere Spezialprodukte etwa im medizinisch-technischen Bereich, im Umwelttechnikbereich oder im Schiffbau ein klares Wind- und Wasserprofil ergeben, ökonomisch wie ökologisch.

Unsere konsequente Umweltpolitik ist ein positiver Standortfaktor.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn nur moderne Standards und Normen setzen die Kreativität für Ingenieure, Techniker und Erfinder frei. Sie schaffen die Nachfrage nach zukunftweisender Umwelttechnik, schaffen Arbeitsplätze und sichern uns und unseren Kindern die Luft, das Wasser und den Boden, den wir zum Leben und zum Überleben brauchen.

Umweltpolitik ist keine Zeitgeistangelegenheit. Wer die üblichen ökonomischen Konjunkturzyklen zum Maßstab seines umweltpolitischen Handelns macht, der geht pleite.

(Beifall bei der SPD - Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All denjenigen, die jetzt auf die USA schauen und auf die vielen Arbeitsplätze, die dort entstanden sind, die sogenannten McJobs, denen sei auch ein

anderes in Erinnerung gerufen: daß nämlich von allen großen Industrieunternehmen sich diejenigen am überlebensfähigsten gezeigt haben, die konsequent innerbetrieblichen Umweltschutz, Umweltmanagement betrieben haben, die Energie-, Wasser-, Abfallbeseitigungskosten gespart haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Deshalb werden wir Öko-Audits weiter fördern, um die Unternehmen in Schleswig-Holstein umweltverträglich fit zu machen für den internationalen Wettbewerb.

(Wolfgang Kubicki F.D.P.: Na ja!)

Auch unser Kläranlagenprogramm läuft weiter - um nur einen Bereich aus dem lebensnotwendigen Wasserschutz zu nennen. **Wasserschutz** ist überlebensnotwendig; denn Wasser wie auch Meere sind ein einziges verbundenes Ökosystem, das wir gleichzeitig zum Trinken, zum Baden, zur Nahrungsgewinnung und als Kloake benutzen - wenig vernünftig, würde da ein außerirdischer Besucher sagen.

Der **Bodenschutz** wird ein wichtiger Schwerpunkt der kommenden Umweltarbeit werden, denn was die Böden für uns Abfallmonster waschen, das hat sich wahrlich gewaschen. Deshalb werden wir diese ökologische Waschanlage, diese Grundlage übrigens auch für unsere Ernährungswirtschaft, mit besonderem Schutz versehen. Wir tun dies auch im Interesse einer zukunftsweisenden Landwirtschaft, für die ein verdreckter Boden, ein überdüngter Boden und gar ein chemisch verseuchter Boden das Ende ihrer Existenz bedeuten würde. Und eine Landwirtschaft mit der Chance zum Überleben braucht Ökosiegel mehr denn je.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf jeden Fall braucht sie mehr als die dümmlichen Vermarktungskampagnen der CMA, auf die doch wirklich keine Verbraucherin mehr scharf ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Umweltmedium Luft** zu schützen, ist eine gigantische Aufgabe, der sich die ganze Menschheit

stellen muß. Global denken und lokal handeln, dieses Prinzip muß man immer wieder nennen, wenn man einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe begründen will. Die Verkehrspolitik gehört dazu. So schwer dies für ein Transitland wie Schleswig-Holstein ist: Bahnelektrifizierung, Vernetzung und Vertaktung von Bus und Bahn - warum nicht auch Taxi? - gehören dazu.

Wer sich im übrigen über das Nahverkehrsmittel Fahrrad immer noch lustig macht, der hat sich weder in der Jugendszene noch im Einzelhandel umgesehen und ist schlicht nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die größten Anstrengungen sind im Bereich der **Energiepolitik** erforderlich. Vieles ist da schon auf den Weg gebracht worden. Es war und ist keine Selbstverständlichkeit, daß Schleswig-Holstein binnen acht Jahren, und zwar nahezu aus dem Stand - wenn ich GROWIAN einmal außen vor lasse - weltweiter Spitzenreiter bei der Nutzung regenerativer Energien - vor allem bei der Windenergie - geworden ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch das schärft unser ökologisches Profil.

Wir werden konsequent weitere Schritte auf das Solarzeitalter zugehen mit Energiesparen, mit rationeller Energienutzung, verstärkter Nutzung erneuerbarer Energien, auch der Solarenergie und der Biomasse, und wir werden so viel an Kooperation mit den energiewirtschaftlichen Akteuren suchen wie nur irgend möglich.

Ohne unsere zweite mit dem Thema Umweltschutz eng verbundene energiepolitische Aufgabe aus den Augen zu verlieren - den Ausstieg aus der Atomenergie -: Die CO₂-Freiheit der Atomenergie, wie sie Herr Rüttgers heute noch einmal beschworen hat, ist ein Mythos;

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

denn diese Atomenergie zementiert ein energiewirtschaftliches System, das auf Verschwendug aus ist, Verschwendug durch große Einheiten -

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein System, das durch seine immense und immens langfristige Kapitalbindung die Modernisierung konsequent massiv behindert.

Atomenergie - so haben es übrigens auch die Börsianer in England bewiesen - ist unwirtschaftlich, ist innovationsfeindlich; vor allem ist sie demokratie- und menschenfeindlich. Der Atomstaat, wie ihn Robert Jungk schon auf Kundgebungen der SPD vor zwanzig Jahren beschworen hat, dieser Atomstaat zeigt sein häßliches Gesicht und wird es immer wieder bei jedem Atomtransport nach Gorleben zeigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich behaupte, die Mehrheit der Menschen will den Ausstieg, und ein Energiekonsens ohne Ausstieg wird keine gesellschaftliche Akzeptanz in diesem Land finden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen voraus: Ohne einen definierten Ausstieg werden sich die Menschen in dieser Republik nirgends mit der Lagerung von Atommüll abfinden - nirgends.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Endlager werden wir brauchen. Wie formulierte es der Häuptling der Shoshonen, Zabarte, in dessen Reservat ein Endlager geplant wird? - „Wenn mein Abfluß überflutet, stelle ich doch zuerst das Wasser ab, bevor ich den Mist aufräume.“ Ein Knopf zum Abstellen haben wir nicht, aber wir haben die Verantwortung dafür, daß alles versucht wird, um die Nutzung der Atomenergie so schnell wie möglich zu beenden.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortung für die Zukunft zu tragen heißt, auch in die Zukunft unserer Kinder, in **Bildung** zu investieren. Dabei stehen wir unter dem dreifachen Druck der steigenden Schülerzahlen, der Pensionierungswelle und der knappen Finanzen. Kein Bundesland kann diese Zuwächse allein durch neue Stellen ausgleichen. Kein Bundesland kann es und tut es. Der doppelte Druck erfordert also auch einen doppelten Weg. Wir werden den Lehrerinnen und Lehrern einiges abverlangen müssen. Aber wir hoffen, daß sie mit uns gemeinsam diesen Weg gehen. Wir zeigen ihnen auch zugleich, daß das Land mit neuen Stellen und mit der Wiederbesetzung jeder freiwerdenden Stelle bis an die Grenze des Möglichen geht.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Also: Die Lehrerkollegien werden jünger werden, die Schulen autonomer, die Lehrpläne offener und zukunftsfähiger.

Es ist schade, daß Frau Volquartz nicht hier ist. Ich würde es ihr gern sagen, und ich werde es ihr noch einmal persönlich sagen: Wenn es uns dann noch gelingen könnte, die ideologischen Bildungsgrabenkämpfe der letzten Jahre und Jahrzehnte in Schleswig-Holstein endlich einmal hinter uns zu lassen und uns über Inhalte und Ziele und über Wege der Bildung, über Werte engagiert und zum Wohl der Kinder und jungen Menschen produktiv auseinanderzusetzen, dann könnte man sich auf bildungspolitische Debatten im Landtag und im Land sogar wieder freuen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur - daß dies Standortfaktoren sind, harte ökonomische Standortfaktoren, hat uns das Weltwirtschaftsinstitut auch noch einmal ins Stammbuch geschrieben. Aber Kultur, Kulturpolitik, ist ungleich mehr. Sie macht das menschliche Antlitz unseres Landes aus, sie gestaltet, macht unverwechselbar zugleich. Zu diesem Unverwechselbaren gehört für mich, für uns Sozialdemokraten auch die **Minderheitenpolitik**. Wir wollen sie fortsetzen und fortentwickeln - traditionsbewußt und zukunftsgewandt und mutig

zugleich. Wir wissen uns dabei mit dem SSW aus langer Zusammenarbeit eng verbunden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Die Frauenpolitik, kein Wort zur **Frauenpolitik** - so werden manche von Ihnen jetzt vielleicht sagen -, nein, so selbstverständlich ist sie in ihrer Umsetzung und in ihrer Konkretheit noch nicht geworden,

(Holger Astrup [SPD]: Das haben wir gerade gemerkt!)

als daß es keinerlei Maßnahmen bedürfte, um sie voranzubringen. Ich rede dabei jedenfalls nicht wie die Blinde von der Farbe, wenn ich das Wort „Feminismus“ wie Sie, Herr Dr. Hennig, in den Mund nehme.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Nein, meinen ganz persönlichen lila Faden habe ich in meiner ersten Haushaltsrede von dieser Stelle aus zu spinnen begonnen. Deshalb freue ich mich um so mehr, daß er kräftig erkennbar in den Koalitionsteppich eingeweht wurde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe diesen Teppich jetzt ein Stück vor Ihnen ausgebreitet. Prüfen Sie ihn selbst auf seine Reißfestigkeit und Tragfähigkeit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Teppichhändlerin?)

Zum Fliegen - das sei zugestanden - ist er nicht geeignet.

(Holger Astrup [SPD]: Noch nicht!)

Ich bedanke mich für Zustimmung und kritische Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß sich alle Abgeordneten einig sind, daß wir die Runde der Fraktionsvorsitzenden zur Regierungserklärung auf jeden Fall noch am Vormittag abhandeln. Ich glaube, das ist einfach ein Gebot der Fairneß. Wir werden heute vormittag also vermutlich etwas länger als bis 13.30 Uhr tagen.

Das Wort hat jetzt die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Alles neu macht der Mai, alles neu macht er für die grüne Partei und für dieses Parlament, weil BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach 18 Jahren außerparlamentarischer Opposition endlich in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingezogen sind; alles neu macht er aber auch für die Regierung dieses Landes, denn nach 25 Jahren wird Schleswig-Holstein zum ersten Mal wieder von einer Koalition regiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist das einzige Positive!)

Sehr neu fand ich die Einwürfe von Herrn Dr. Hennig allerdings nicht. Das muß ich sagen. Wenn ich das hier ernst nehmen würde, diese Angstmacherei vor Rot-Grün und das Chaos - das hatten wir ja alles schon vor zig Jahren -, dann müßte ich darauf ausführlich eingehen. So beschränke ich mich aber darauf zu sagen: Hessen hat nach fünf Jahren rot-grüner Regierungskoalition die ehrenvolle Aufgabe, bei den Nettozahldaten in den Finanzausgleich die Nummer 1 zu sein. Das mag an dieser Stelle dazu vorläufig reichen.

Und dann vielleicht zur Richtigstellung Ihrer Irrtümer, Herr Hennig, noch eine einzige Bemerkung: 500 Millionen DM wollen wir umschichten, nicht neu dazutun.

(Klaus Schlie [CDU]: Die müssen Sie erst einmal haben!)

Soviel zu diesem Punkt. Der Einzug von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieses Parlament bedeutet daher für Schleswig-Holstein in vielerlei Hinsicht einen Neuanfang. Hier spiegelt sich nun endlich ein

gesellschaftliches Meinungsspektrum wider, das in den letzten Jahren hier nicht gehört wurde und das die Politik dieses Landes bisher kaum beeinflußt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sogar das Gegenteil!)

Die Arbeit dieses Parlaments und der Regierung muß sich ändern, und sie beginnt bereits, sich zu verändern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum die Arbeit des Parlaments?)

„Schleswig-Holstein steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, die nur mit einer engagierten Reformpolitik erfolgreich gemeistert werden können.“ So steht es in unserem Koalitionsvertrag, und so entspricht es unserer politischen Grundüberzeugung.

Für eine engagierte Reformpolitik streiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit es uns gibt auf allen demokratischen Ebenen - parlamentarisch wie außerparlamentarisch. Durch die Zusammenarbeit mit der SPD sehen wir jetzt die beste Möglichkeit, diese Politik in unserem Lande zu verankern.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wenn wir regierten, würde sie das auch bei uns sagen!)

Beide Parteien setzen aus ihren unterschiedlichen Erfahrungen auf eine ökonomische und ökologische Erneuerung dieses Landes. Wie gesagt: Alles neu macht der Mai.

Wir wollen den Umbau durch ehrgeizige und zugleich realistische Reformvorhaben voranbringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Zukünftig werden ökologische, soziale und emanzipatorische Belange sowie der gesellschaftliche Wandel in Richtung auf mehr **Bürgernähe** und größere Transparenz eine entschiedene Stimme in der Regierung haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gab es bisher nicht?)

Herr Hennig, mehr Bürgernähe und größere Transparenz, das war für den Ausbau der **A 20** vorgeschlagen und steht so im Vertrag, - nicht nur eine Verlangsamung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber auch eine Verlangsamung!)

Das ist ein großer Unterschied, und das bitte ich zu bedenken.

Den Aussitzern und Reformverweigerern in Bonn werden wir entschlossenen Widerstand entgegensetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Aber, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., mit Ihrer Politik der Nadelstiche und der Verweigerung werden Sie auch hier in Kiel an unserer Entschlossenheit nichts ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU: - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen wir auch gar nicht!)

Diese Koalition ist zweifellos in einem schwierigen Prozeß entstanden. Ausgangsbedingungen und Erfahrungen, wie sie unterschiedlicher kaum sein können, prägten die Verhandlungen. Beide Partner mußten dabei viel lernen. Die SPD mußte den schmerzhaften Verlust der Alleinherrschaft hinnehmen; sie mußte lernen, Macht zu teilen und inhaltlich neue Ideen zu akzeptieren. Wir mußten lernen, mit einem weitaus stärkeren Partner zu verhandeln und Zugeständnisse zu machen. Gemeinsam haben wir uns die Zeit genommen, uns auf diesen Prozeß einzulassen und tragfähige Ergebnisse zu erarbeiten - tragfähig für die Zukunft der Menschen in Schleswig-Holstein, aber auch tragfähig für uns Grüne.

In die gemeinsame Regierungsverantwortung bringen wir Grüne Essentials ein. Das bedeutet, unsere politische Identität zu wahren und zugleich einen veränderten Blick auf dieses Land zu gewinnen.

Der gemeinsam erarbeitete Vertrag sichert die Umsetzung einer sozialen, ökologischen und

emanzipatorischen Politik, wird also durch den grünen und den lila Faden entscheidend bestimmt. Wesentliche Neuerungen in der **Frauen-** und der **Umweltpolitik**, das entschiedene Eintreten für die **Energie- und die Verkehrswende** oder die auch finanziell deutliche Prioritätssetzung zugunsten der **Bildungspolitik** und damit der wichtigsten Zukunftsressource zeugen von diesem Politikansatz.

Im Bereich der Umweltpolitik ist die deutliche Erhöhung der Flächen für den Naturschutz als ein wichtiger Schritt hin zu einer konsequenten Umsetzung des Landesnaturschutzgesetzes zu verzeichnen. Die Förderung einer umweltschonenden Landbewirtschaftung nach den Kriterien des **ökologischen Landbaues** und eine schrittweise Ökologisierung der Flächen gibt uns die Chance, Schleswig-Holstein als eine gesunde und ökologische Region zu erhalten, in der die Menschen gern leben und auch gern Urlaub machen.

(Ursula Röper [CDU]: Die sollen hier auch arbeiten können!)

Für die Entwicklung eines zukunftsfähigen **Fremdenverkehrs** in Schleswig-Holstein ist gerade dies ein wichtiges Kriterium.

(Ursula Röper [CDU]: Und wo bleiben die Arbeitsplätze?)

Nur ein Land, das seinen Bewohnerinnen und Bewohnern Lebensqualität sichert, ist langfristig auch attraktiv für Menschen, die hier Erholung suchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ein deutlicher Fortschritt ist auch in der Abfallpolitik zu verzeichnen. Wir haben es geschafft, wesentliche Schritte in Richtung Ausstieg aus der Müllverbrennung und Einstieg in eine **ökologische Stoff- und Kreislaufwirtschaft** zu gehen. Die klare Priorität für die mechanisch-biologische Abfallbehandlung ist ein wesentlicher Baustein dazu und ein ganzes Maß an zusätzlicher Entsorgungssicherung für die Kommunen. Auch das ist ein wichtiger Aspekt in diesem Bereich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Koalitionsvereinbarungen ermöglichen es - das liegt mir als Nordfriesin besonders am Herzen -, den dauerhaften Schutz eines weltweit einzigartigen Naturraumes mit existentieller Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt, den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, voranzubringen. Die dauerhafte Sicherung unseres **Naturerbes** im Wattenmeer wird auch eine Signalwirkung für unsere Nachbarländer haben.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht für die Menschen!)

Wir hoffen, daß der Nationalpark seinen Namen bald zu Recht tragen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für viele Menschen ist der Gedanke beängstigend, mehr Fläche für den Naturschutz hergeben zu müssen. Sie haben das Gefühl, ihnen würde weggenommen, was ihnen gehört. Wir Grünen möchten uns dafür einsetzen, daß sich dieses Gefühl mit dem Wissen verbindet, daß wir Teil der uns umgebenden Natur sind. Eine Trennung zwischen unserer Umwelt und uns Menschen geht letztlich zu Lasten unserer Gesundheit, unserer Lebensgrundlagen und auf Kosten der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder. Darum glauben wir auch, daß eine Landesregierung, die sich für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein stark macht, gegenüber der Natur und den natürlichen Grundlagen unmißverständlich eine Haltung der Selbstbeschränkung an den Tag legen muß. Nur wenn auf diese Weise Partei für die Natur ergriffen wird, kann sich aus dem Gefühl und dem Wissen ein Handeln entwickeln, das dem Schutz unserer Umwelt grundsätzlich den Vorrang einräumt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Global denken, lokal handeln, dieser Gedanke prägt unsere Vorstellungen von einer Politik der **Ressourcenschonung** und der zukunftsfähigen Entwicklung. Wir tragen die Verantwortung dafür, dieses Denken in die politischen Konzepte

einzbauen. Zum Beispiel: Die nördlichen Industrienationen stellen nur ein Fünftel der Weltbevölkerung, verbrauchen jedoch drei Viertel der Energie und setzen vier Fünftel des Kohlendioxids frei - weltweit! Gerade auch in Schleswig-Holstein ist diesbezüglich die Welt leider nicht mehr in Ordnung. Die Belastung mit Kohlendioxid aus dem Verkehrsaufkommen und leider auch aus der Landwirtschaft - das muß hier gesagt werden - liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Durch ständige Wiederholung wird das auch nicht wahrer!)

Wenn wir also dem Einsparungsziel des Klimaschutzabkommens von Rio de Janeiro aus dem Jahre 1992 nachkommen wollen, dem auch die Bundesregierung zugestimmt hat, müssen wir mutig und zügig vorangehen. Das müßte eigentlich Ihren Beifall finden.

Wir wollen alle in unserem Koalitionsvertrag enthaltenen Schritte in diese Richtung konsequent gehen. Es heißt dazu: „Ein weiterer Ausbau des Hauptstraßennetzes löst nicht die Verkehrsprobleme der Zukunft. Notwendig ist ein integriertes Verkehrskonzept, das einer bloßen Fortschreibung der Verkehrsspirale, insbesondere auf der Straße entgegenwirkt.“

Den Befürchtungen der Opposition möchte ich an dieser Stelle entgegenhalten, daß genau diese Entwicklung zu einer langfristigen Verbesserung der Lebensverhältnisse führt. Wenn in diesem Land tatsächlich Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsmittel, Verkehrsberuhigung insbesondere durch niedrige Geschwindigkeiten und durch Verkehrsmitteloptimierung umgesetzt werden, dann werden immer mehr Menschen die Möglichkeit haben, mit öffentlichen Verkehrsmitteln an ihre Arbeitsplätze zu kommen, dann werden die Menschen wieder die Möglichkeit haben, ohne Auto einkaufen zu gehen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zu Fuß?)

und sich an kulturellen Aktivitäten zu beteiligen.

(Klaus Schlie [CDU]: Und Sie bezahlen das alles?)

Dann sind Ortschaften und Straßen wieder Orte der Begegnung und des Austausches, Orte, an denen sich alte Menschen und Kinder wieder sicher bewegen können,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann schließlich ist mit einer deutlichen Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes zu rechnen, weil der Ausbau des **öffentlichen Personennahverkehrs** mehr Arbeitsplätze bereitstellt als der Straßenbau und die Automobilindustrie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet auch, daß unsere **Verkehrspolitik** angewandte Sozialpolitik ist.

Aber auch in den Bereichen, in denen wir noch nicht zu einer umfassenden Wende kommen können - wie beim Bundesfernstraßenbau -, werden uns die knapp werdenden Gelder in Bonn und der hoffentlich endlich sparsame Umgang damit eine Hilfe sein, um die Planer zur Vernunft zu bringen, jawohl.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch in der Energiepolitik geht es zuerst um Einsparung, dann um den Ausbau umweltverträglicher Energieträger und die Verbesserung der Energieausnutzung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es wurde Zeit, daß das den Sozialdemokraten einmal gesagt wird!)

Wie in der Verkehrspolitik gilt: Innovative, mittelständische, handwerklich orientierte und existenzbegründende Arbeit findet sich im Bereich der alternativen Energien reichlich.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und bei der SPD)

Die **Atomtechnologie** hingegen widerspricht allen Überlegungen zu einer zukunftsträchtigen und regional verträglichen Wirtschaftspolitik. Diese Energieform ist teuer, hoch subventioniert, gefährlich, lebens- und demokratiefeindlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Ausstieg aus dieser Katastrophentechnik ist überfällig. Wir wollen ihn nach Kräften entschlossen und mutig vorantreiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und nach Recht und Gesetz!)

- Nach Recht und Gesetz, selbstverständlich.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Danke für Ihren Beifall, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einer muß es ja tun!)

Aus unserer Sicht ist das Ziel nur mit Hilfe einer starken Verzahnung mit der außerparlamentarischen Opposition zu erreichen. Wir werden auch in dieser Hinsicht unsere Herkunft nicht verleugnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den **Frauen** in der Gesellschaft gilt in besonderer Weise unsere Aufmerksamkeit, weil sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten diejenigen sind, die einerseits von Ausgrenzung bedroht sind und andererseits in Familien und Betrieben häufig auch die stabilisierenden Kräfte darstellen. Uns ist nicht nur gelungen, einen lila Faden einzuziehen, sondern aus vielen lila Fäden haben wir einen breiten Streifen gewoben. Im Wirtschaftsteil findet er sich als Existenzgründerinnenprogramm oder als Beteiligung von Frauen an allen beschäftigungswirksamen Programmen des Landes. Im Sozialteil werden Frauen auch in ihrer Rolle als pflegende und mitarbeitende Angehörige wahrgenommen. Im Landwirtschaftsteil werden sie

als Verantwortliche in bäuerlichen Betrieben gesehen. Ihre Interessen werden durch die inzwischen klassischen Instrumente der Gleichstellungspolitik besser zur Geltung gebracht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vernetzungsstelle für die **Gleichstellungsbeauftragten**, die haushaltsjahrrübergreifende Sicherung von Projekten, die Verbesserung der Gesundheitsberatung für Frauen, die Sicherung der Beratungsstellen „Frau und Beruf“ und nicht zuletzt die wesentliche Aufstockung der Mittel für dieses Politikfeld sind Beispiele für das Interesse dieser Koalition, der besonderen Situation der Frauen gerecht zu werden. Wir gehen damit bundesweit mit gutem Beispiel voran.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich berichten, daß sich die Verhandlungspartnerinnen und -partner einig waren, daß der Teil des Vertrages, der sich mit der Verwaltungsreform beschäftigt, aus der Unterkommission „Frauen“ heraus gestaltet und entwickelt werden sollte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ein echter Fortschritt!)

Dieser Umstand trägt der Erkenntnis Rechnung, daß Frauen von der Reform in besonderer Weise betroffen sind

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und davon mehr verstehen!)

und deshalb diesen Bereich in besonderer Weise verantwortlich mitgestalten sollten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es gelang, Gleichstellungspolitik, weitgehende Mitbestimmung und Fortbildung als grundlegende Zielvorgaben in diesem Bereich zu verankern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Besonderes Augenmerk wird auf unseren Vertrag wegen seiner Aussagen zur **Schulpolitik** gerichtet. Zwar ist unter dem Diktat leerer Kassen der Erfolg relativ und nur unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer zu erreichen. Aber dennoch ist die Schaffung von 450 Lehrerinnen- und Lehrerstellen ein großer Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Schulbereich braucht zusätzliche Mittel, die wir - wenn auch notgedrungen - in bescheidenem Maße zur Verfügung stellen. Auch das ist bundesweit einmalig. Wir haben im Wahlkampf gesagt, daß wir das tun wollten. Wir haben dafür im Wahlkampf Prügel riskiert und Kritik herausgefordert. Das ist der CDU leider nicht gelungen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Wir haben ganz klare Aussagen gemacht!)

Wir werden diese Mittel zum Beispiel einsetzen, um die flächendeckende Einführung der **betreuten Grundschule** zu beginnen, die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen voranzutreiben und die berufliche Bildung durch zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer und zusätzlichen Berufsschulunterricht zu verbessern.

Der Stellenwert der beruflichen Bildung soll durch mehr Fremdsprachenunterricht und durch Initiativen zur Gleichstellung von beruflicher und allgemeiner Bildung gestärkt werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir haben die Umsetzung des Konzepts der eigenständigen Einzelschule nach Abschluß des laufenden Diskussionsprozesses festgeschrieben. Gesamtschulen sollen leichter eingerichtet werden können. Die Integration von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft soll verstärkt werden. Dazu ist es notwendig, weitere Muttersprachen als erste Fremdsprache mit Prüfungsrelevanz anzuerkennen.

Verstärkte Akzente in der **Forschungspolitik** werden wir in der Frauen- und

Geschlechterforschung, der Ökosystemforschung und der Friedensforschung setzen.

Für die Einrichtung eines **Lehrstuhls für Allgemeinmedizin** werden wir uns im Rahmen der Hochschulautonomien einsetzen.

Als weiterer wichtiger Faktor, der über den Standort Schleswig-Holstein entscheidet, sind die Weiterbildungsmöglichkeiten anzusehen. Sie stellen ein Instrument dar, das der wachsenden Verunsicherung angesichts des rasanten Strukturwandels begegnen kann.

Mit Hilfe eines **Weiterbildungsgesetzes** wird ein Qualitätsrahmen gesetzt werden, der unter Wahrung der Pluralität der Träger die Anerkennung von Zertifizierungen und Abschlüssen regelt. Den Volkshochschulen kommt in der Weiterbildung eine tragende Rolle zu. Hier richten wir uns durchaus gern nach dem Vorbild Dänemark. Das sei an dieser Stelle erwähnt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ein originäres Politikfeld jeder Landesregierung ist der Kulturbereich. Dieser Gesellschaftsbereich spiegelt die Fülle und den Reichtum dieses Landes wider. Grüne verstehen Kultur als eine grundlegende Ausdrucksmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger und damit auch als einen wichtigen Faktor der Demokratie in diesem Land. Wir werden die kulturellen Aktivitäten von Jugendlichen, von Frauen und von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verstärkt berücksichtigen, zum Beispiel durch die Förderung der schon angesprochenen **Soziokulturellen Zentren**. Diese sind eine besondere Visitenkarte dieses Landes in den Kommunen. Hier begegnen sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, Einheimische und Urlauber. Was, bitte schön, ist daran vielleicht nicht Heimatkultur, Herr Dr. Hennig? Was, bitte schön, ist an den Soziokulturellen Zentren nicht Heimatkultur?

(Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er kennt nur Don Giovanni!)

- Ich denke wohl!

Grundlage einer gesunden lebenswerten Umwelt ist eine Gesellschaft, die Chancen für ein selbstbestimmtes und gesichertes Leben aller ihrer Mitglieder bietet. Deshalb werden wir uns als Teil der Landesregierung für eine **multikulturelle Gesellschaft** einsetzen, in der **Minderheiten** nicht ausgesgrenzt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Erstes Zeichen hierfür ist zum Beispiel die Forderung nach konsequent barrierefreiem Bauen oder die neu einzurichtende Stelle der oder des Flüchtlings- und Ausländerinnen- und Ausländerbeauftragten. Die schon angesprochenen Beauftragtenstellen sind selbstverständlich festgeschriebene Institute des gesellschaftlichen Dialogs und insofern absolut notwendig und nicht überflüssiger Ballast.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche Kompetenzen haben die? Welche rechtlichen Kompetenzen haben die?)

- Das sehen wir dann, wenn wir sie entwickeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Innenminister, erklären Sie einmal, daß das Bundeszuständigkeit ist!)

Die Sozialpolitik dieser Koalition ist von der Überzeugung geprägt, daß das wertvollste Element zur Stärkung gesellschaftlicher Gruppen, die von Ausgrenzung bedroht sind, deren Kraft zur Selbsthilfe ist. Darum ist Sozialpolitik angesichts des Strukturwandels der Wirtschaft notwendig Beschäftigungspolitik. Wir werden in diesem Bereich Akzente setzen, die kommunale und freie Träger gleichermaßen berücksichtigen und die Langzeitarbeitslosen umfänglich zugänglich sind.

Der unverantwortlichen Kahlschlagpolitik aus Bonn muß, so gut es eben geht, gegengesteuert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Trotz aller Beschwörungen wird sie zur Sanierung der Staatsfinanzen keinen Beitrag leisten, sondern die Krise verschärfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Das bedeutet einen weiteren Verlust an Kaufkraft, Arbeitsplätzen, Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung. Das ist unverantwortlich, was hier betrieben wird. Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird zementiert. Zur Versachlichung der Diskussion um die Situation von Sozialhilfeberechtigten in diesem Land wird die Landesregierung eine Armutserstattung initiieren.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Unsere Vorstellungen zur **Gesundheitspolitik** sind von der Sorge um Menschen bestimmt, die in besonderer Weise der Hilfe bedürfen, aber bislang durch das Netz unserer hochtechnisierten Medizin gefallen sind. Folter- und Gewaltopfer benötigen spezielle Behandlung, die wir fördern werden. Sterbende benötigen in vielen Fällen eher eine liebende und betreuende Hand als intensiv-medizinische Versorgung. Deshalb wird die von den Grünen mitgetragene Landesregierung Hospizinitiativen unterstützen.

Für den Wohnungsbau wurde die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens durchgesetzt sowie die vorrangige Förderung neuer Wohnprojekte. Die soziale und organisatorische Beratung bei alternativen Bauprojekten als Baukosten wurde vereinbart und die Einrichtung einer Fachkommission für frauenspezifische Belange in der Baopolitik ausgehandelt. Bei allen durch die Landesregierung geförderten Gebäuden wurde ein PVC-Verbot festgeschrieben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Kinder und Jugendliche sind unserer besonderen Aufmerksamkeit sicher. Wir wollen dafür sorgen, daß Entscheidungen der Politik für Kinder und Jugendliche verständlich und nachvollziehbar werden. Wir werden ihnen mehr Gehör im politischen Leben verschaffen. Ein Schritt dazu ist die Herabsetzung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen die gar nicht!)

Die verschiedenen Formen der **Jugendarbeit** haben wegen ihrer emanzipatorischen und präventiven Funktion eine besondere Bedeutung für gefährdete Jugendliche und Kinder. Die **Integration** ausländischer Kinder und Jugendlicher, die Mädchenarbeit und der Schutz vor Gewalt- und Mißbrauchserfahrungen liegen uns dabei vor allem am Herzen. Der Ausbau von Kindertagesstätten wird intensiv weitergeführt. Nach Erreichen des Rechtsanspruchs, zirka Ende 1998, werden wir uns der verstärkten Förderung der Betreuung gerade geborener bis dreijähriger und über sechsjähriger Kinder zuwenden. Um die Betreuung im Ganztagsbereich zu verbessern, werden wir die Träger bei Vorhaben unterstützen, zusätzliches Personal durch die Möglichkeiten von ASH und Arbeitsförderungsgesetz zu gewinnen.

Der Möglichkeit, an Schulen flexible Regelungen für Horte unterzubringen, soll durch eine Änderung des **Kindertagesstättengesetzes** Rechnung getragen werden. Die Personalausstattung der Kindertagesstätten wird vereinheitlicht und die Tagespflege gefördert, wenn sie auf sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen beruht. An den Kosten für Personal und Qualifizierung wird sich das Land beteiligen.

Eng mit sozialen Problemen ist die Sorge um Arbeitsplätze verbunden. Wir wollen daher die Wirtschaftskraft des Landes stärken und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zwar sind unsere finanziellen Spielräume eng, aber wir setzen auf regionale Konzepte, Vernetzung von innovativen Impulsen und **Beschäftigungsförderung**. Gezielte **Mittelstandsförderung** und eine **Existenzgründungsoffensive** werden unter anderem die Instrumente sein, die dazu beitragen, die Entwicklung des Landes zu stärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Wie zu Beginn der rot-grünen Koalitionen in Hessen und Nordrhein-Westfalen auch haben in letzten Wochen Opposition und

Wirtschaftsverbände immer wieder behauptet, Rot-Grün werde dem Land schaden. Das Gegenteil ist der Fall. Weil grüne Wirtschaftspolitik von einer großen Innovationsfreudigkeit geprägt ist, können der Einsatz neuer und alternativer Technologien,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn?)

die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe, die Aktivierung des schöpferischen Potentials in den Menschen, die **Frauenförderung** und eine verstärkte und gezielte Ausbildung das Wirtschaftsleben stimulieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Durch die komplette Umstrukturierung des **Beschaffungswesens** und der **Auftragsvergabe** des Landes nach ökologischen, sozialen und frauenfördernden Gesichtspunkten werden wir eine wesentliche neue Schwerpunktsetzung erreichen. Dadurch wird eine Nachfragebündelung erreicht, die in erheblichem Umfang zukunftsfähiges Wirtschaften ermöglicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Statistische Landesamt erstellt zukünftig eine ökologische Gesamtrechnung, deren Ergebnisse in den Jahreswirtschaftsbericht einfließen werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wissen die schon, wie die das machen sollen?)

Aus dem Bereich der Demokratiepolitik möchte ich zwei Beispiele nennen, die exemplarisch für die neue Regierungspolitik mit grüner Beteiligung stehen. Zum einen ist das die Einführung der **Zweitstimme**, zum anderen sind das die klaren Aussagen zur Gleichberechtigung von **Schwulen** und **Lesben**. Die Zweitstimme sichert den Bürgern und Bürgerinnen im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie größere Entscheidungsmöglichkeiten bei der Stimmabgabe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Politik der konsequenten Gleichberechtigung schwuler und lesbischer Lebensformen in allen Lebensbereichen war längst überfällig. Offenheit und Liberalität müssen hier den Rechtsstaat auszeichnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich wundere mich, daß Ihr Beifall ausbleibt, Herr Kubicki.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo bleiben die Liberalen? - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aus der landespolitisch gesehen außerparlamentarischen Opposition, aber ausgestattet mit solidem kommunalpolitischen Know-how bringen wir Erfahrungen in das Parlament von Schleswig-Holstein ein, die in dieser Kombination einmalig sind.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Auf die können wir gut verzichten!)

- Sie werden noch sehen, daß Sie das nicht können.
 - Die Herkunft aus der außerparlamentarischen Arbeit werden wir Grünen auch hier im Landtag und in der Landesregierung nicht verleugnen. Wir empfinden unsere besondere Verpflichtung gegenüber den sozialen und ökologischen Bewegungen, aus denen heraus wir entstanden sind. Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ersetzt die Bewegungen selbstverständlich nicht und ist - im Gegenteil - weiter konkret auf sie angewiesen. Als Partei - und seit gestern als Regierungspartei in Schleswig-Holstein - haben wir uns entschlossen, unsere Ziele im Parlament pragmatisch umzusetzen - selbstverständlich nach Recht und Gesetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Bündnisgrünen haben dadurch in gewisser Weise unsere Unschuld verloren - nicht, weil Regierungsarbeit schmutzig wäre, sondern weil Regierungsarbeit in einer Koalition notwendig ein Kompromiß ist, manchmal ein harter Kompromiß, aber es ist ein Kompromiß, um das Machbare

tatsächlich zu erreichen und nicht beim Wünschbaren stehenzubleiben. Unser Regierungsprojekt selbst kann sich sehen lassen. Denn in der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern wird zutreffend beschrieben:

(Zurufe von der CDU: Das war die einzige Zeitung!)

„Zum erstenmal hat eine Regierung in Deutschland der Umweltpolitik eindeutig Priorität eingeräumt und eine ökologische Offensive versprochen.“ - Ich sagte ja schon: Alles neu macht der Mai.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn das Heydemann hört!)

- Heydemann hat uns zu dem Programm beglückwünscht.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Auch wenn uns klar ist, daß wir die langfristigen Ziele des alternativen Reformprojekts in nur einer Legislaturperiode nicht werden verwirklichen können - von Grün geht der Reformwille in Schleswig-Holstein aus. In Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und vom Willen zur Erneuerung getragen werden wir in Schleswig-Holstein vier Jahre engagierte Reformpolitik gestalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Engagiert, ökologisch und sozial - das ist das Markenzeichen grüner Reformpolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine bemerkenswert sanfte Regierungserklärung der Ministerpräsidentin und eine sanfe und bedenkenswerte Rede der Fraktionsvorsitzenden der SPD gehört.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das war eine Andacht!)

Der Kollege Hennig und ich sind uns einig, daß wir die Regierungserklärung bis auf wenige Ausnahmen hätten genauso halten können, wenn uns die Regierungsverantwortung in diesem Land übertragen worden wäre,

(Widerspruch bei der SPD)

was der 24. März bedauerlicherweise noch verhindert hat.

(Ingrid Franzen [SPD]: Gott sei Dank!)

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Erklärungen von Heide Simonis, Ute Erdsiek-Rave und Irene Fröhlich, die ich zu ihrer Jungfernrede beglückwünschen möchte, bei mir ein gewisses Maß an Ratlosigkeit hinterlassen haben.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist ja mal gut! - Weitere Zurufe)

Wird die Politik der Sozialdemokraten nun einfach fortgesetzt nach dem Motto „weiter so“, oder gibt es einen reformpolitischen Neuanfang, auf den dieses Land offensichtlich jahrelang - „18 Jahre“ haben wir gehört - hat warten müssen, in dem leise, aber seriös - wie es die „Süddeutsche Zeitung“ kommentiert hat - erstmals in Deutschland der Umweltpolitik eindeutig Priorität eingeräumt, eine ökologische Offensive versprochen und endlich Frauenpolitik am lila Faden quer durch die Landespolitik wie Perlen an der Kette aufgereiht werden?

„Weiter so!“ kann es doch wohl nicht sein, liebe Ute Erdsiek-Rave, nachdem die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein die Sozialdemokraten auf eine Größenordnung zusammengewählt haben, für die sich Jochen Steffen und Klaus Matthiesen Anfang/Mitte der siebziger Jahre noch geschämt hätten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Innerhalb von acht Jahren 16 % der Wählerstimmen zu verlieren und dann noch von erfolgreicher Politik zu sprechen, grenzt schon an Orwellsche Sprachverwirrung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist kein Beleg für eine vorurteilsfreie Wahrnehmung der Wirklichkeit.

Wenn also die Opposition sagen würde „Weiter so!“, hätte ich dafür noch Verständnis, da sich die Sozialdemokraten in vier Jahren dann bei 33 % der Wählerstimmen wiederfinden würden, ein Ergebnis im übrigen, Ute Erdsiek-Rave, von dem die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg geradezu träumen.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Aber daß Heide Simonis zusammen mit Willi Piecyk die Parole „Weiter so!“ ausgibt und damit die SPD auf die verdiente Opposition vorbereitet, ist schon erstaunlich.

(Heiterkeit bei der CDU)

Willi Piecyk hat ja erklärt, daß die Koalitionsvereinbarung auch eine solide Grundlage für eine SPD-Regierungspolitik gewesen wäre, wenn die Sozialdemokraten allein hätten regieren dürfen. Er und Heide Simonis haben ihrer Partei ins Stammbuch geschrieben, daß sich die SPD in Schleswig-Holstein bei den Themen Kernenergieausstieg, Umweltschutz, Friedenspolitik, Bildungsgerechtigkeit und Gleichstellung nicht von den Grünen vorführen lassen müsse. „Uns mußte und muß keiner antreiben. Wir wissen selbst, wo es langgeht“, rief die Ministerpräsidentin dieses Landes auf dem Parteitag der SPD in Neumünster aus. Und sie fügte hinzu: „Wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein sind nicht nur links und ökologisch, sondern auch besser als die Grünen - gedacht haben.“

(Heiterkeit bei der CDU)

Es ist also kein neuer, reformpolitischer Aufbruch. Willi Piecyk, der von Fußball sicherlich mehr versteht als von Politik,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ist das gesichert?)

hat der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit ein wunderbares Bild vermittelt, indem er erklärte, es

laufe nun eine Mannschaft mit unterschiedlichen Spielern, möglicherweise mit unterschiedlichen Trikots, aufs Spielfeld, die auf diesem einen Spielfeld möglicherweise auch auf dasselbe Tor spielen, aber jedenfalls nur eine Trainerin habe: Heide Simonis.

Auch Willi Piecyk muß wissen, daß Trainer in aller Regel auf der Bank sitzen und in das aktive Geschehen nicht eingreifen können,

(Heiterkeit bei der CDU)

daß sie in der Regel zu alt sind, um bei einem schnellen Spiel noch mithalten zu können, und daß sie vor allen Dingen als erste gehen müssen, wenn die Leistungen der eigenen Mannschaft nachlassen. Trainerwechsel während der laufenden Saison ist ja in Mode gekommen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir an der Koalitionsvereinbarung, die die Politik für vier Jahre beschreiben soll, kritisieren, ist weniger der Inhalt. Hier können wir denjenigen von den Grünen zustimmen, die von inhaltsleerem Geschwafel gesprochen haben. Angesichts der Finanzierungsvorbehalte und angesichts der Feststellung, daß die meisten der im **Koalitionspläne** enthaltenen Wünsche gegen geltendes **Bundes- und Europarecht** verstößen, wäre es sicherlich angemessen, das Papier auf die drei Seiten zu reduzieren, auf die es in Schleswig-Holstein in den nächsten vier Jahren wirklich ankommt und auf die wir als Landespolitiker auch wirklich Einfluß haben. Was uns außerordentlich betrübt, ist die Tatsache, daß Schleswig-Holstein mit der Veröffentlichung dieses Koalitionsplänes wieder zum Gespött der Leute gemacht wird.

(Holger Astrup [SPD]: Dafür sorgst du doch schon!)

Daß schleswig-holsteinische Landespolitik, Kollege Astrup, bundesweit - ob in der „Zeit“, in der „Frankfurter Allgemeinen“ oder auch in der „Frankfurter Rundschau“ - nur noch unter der Rubrik „Satire“ läuft, ist auch nicht dadurch zu entschuldigen, daß man in der Eile der Verhandlungen eben einige Stilblüten übersehen habe. Die Koalitionsvereinbarung sollte doch Drehbuch fürs Kabinett und nicht fürs Kabarett

sein. Die Menschen dieses Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen erwarten, daß diejenigen, von denen sie regiert werden sollen, ihre Hausaufgaben jedenfalls gründlich und solide erledigen und nicht in einem Maß, bei dem jeder Schüler mit der Note „mangelhaft“ belegt würde.

Angesichts der **konjunkturellen Situation unserer Volkswirtschaft**, des dramatischen strukturellen Wandels der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abläufe, der Globalisierung der Märkte, des weltweiten Standortwettbewerbs, auf den weder die Sozialdemokraten noch die Grünen eine Antwort haben noch konzeptionell darauf reagieren können, flüchten sich beide, wie heute in der Erklärung von Ute Erdsiek-Rave und von Heide Simonis, in langatmigen Erörterungen über Weltpolitik und die Größe der abzufischenden Miesmuscheln oder in Angriffe

(Konrad Nabel [SPD]: Weit besser als die Rede von Kubicki! Vor allen Dingen besser vorgelesen!)

- Kollege Nabel, Sie sind in den Reihen doch auch nur etwas nach vorne gerückt, weil die Sozialdemokraten bei der letzten Wahl zwölf Abgeordnete verloren haben -

(Konrad Nabel [SPD]: Ich habe auch hinten gut zugehört!)

auf die Bundesregierung und deren Politik, die zu verhindern oberste Priorität genieße.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verhindern, prüfen, erörtern, untersuchen und diskutieren ist das herausragende Markenzeichen der rot-grünen Koalition, nicht das Entscheiden, auf das es in der gegenwärtigen Phase gerade ankommt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wer die Frage, ob ein Zug besser mit Elektro- oder Diesellok fahren sollte, so lange diskutiert, bis der Zug weg ist, hat die Entscheidungsfreiheit verloren mitzufahren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Kollege Nabel, wie dumm und hohl in dieser ganzen Auseinandersetzung Angriffe auf die F.D.P. sind, belegen die letzten beiden Tage sehr

nachdrücklich. Während Heide Simonis der F.D.P. vorwirft, sie wolle eine Ellenbogengesellschaft, sie kümmere sich nur um die Reichen und Besserverdienenden,

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

während sich Willi Piecyk sogar zu der Aussage versteigt, man hätte ja mit den Liberalen politisch etwas anfangen können, wenn es denn noch Liberale gäbe,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

behauptet der sozialdemokratische Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, in Mainz zu just derselben Zeit das genaue Gegenteil. Ich glaube nicht, daß Genosse Beck ein schlechterer Genosse als die Genossin Heide Simonis oder der Genosse Willi Piecyk ist, und ich glaube auch nicht, daß die rheinland-pfälzischen Liberalen von sich sagen würden, sie seien die bessere F.D.P. oder auch nur anders als die schleswig-holsteinische.

(Konrad Nabel [SPD]: Nein, sie sagen das nicht, aber sie sind es! Das ist der Unterschied! Das sind nämlich auch keine Kubickis!)

- In der rheinland-pfälzischen SPD sind dankenswerterweise auch keine Nabels.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was wir alle Ihnen immer wieder begreiflich machen wollen, ist, daß erst erwirtschaftet werden muß, was verteilt werden soll, daß auch der Staat und seine Bediensteten von der Wertschöpfung leben, die in anderen Sektoren der Volkswirtschaft erbracht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daß der geneigte Leser der Koalitionsvereinbarung nach 86 Seiten Lektüre zum Abschluß auf Seite 87 mit dem überraschenden Satz konfrontiert wird: „Effizienz und Effektivität treten in den Vordergrund“, ist vorbildlich. Wir sagen Ihnen uneingeschränkt volle die Unterstützung bei der konkreten Umsetzung dieses zentralen programmatischen Satzes zu.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.
und der CDU)

Daß die **Neuzuschneidung der Ministerien** diesem hohen Anspruch genügt, können wir nur insoweit bestätigen, als die Forderung der F.D.P. nach Zusammenlegung von Justiz-, Europa- und Bundesratsministerium sowie des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur erfüllt wurde. Gleiches gilt für die Abschaffung der parlamentarischen Ministervertreter, bis auf eine Ausnahme, Kollege Zahn; ich gehe davon aus, daß das Bestand haben wird. Warum aber das Land dafür in den letzten drei Jahren insgesamt mehr als 10 Millionen DM aus dem Fenster geworfen hat, wird ein ewiges Geheimnis der angeblichen Sparkommissarin Heide Simonis bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ministerpräsidentin hat erklärt, die Landesregierung wolle ein verlässlicher Ansprechpartner sein, bleiben oder werden; es ist nicht so ganz klar geworden. Was heißt dies denn für die Menschen unseres Landes konkret? Was heißt dies denn beispielsweise für unsere Wirtschaft, die der neuen Landesregierung zwar 100 Tage Einarbeitungszeit geben will, die aber Verzögerungen, Verschleppungen und Sticheleien zuhauf befürchtet, die das Arbeiten so unendlich erschweren und das Klima verschlechtern können? So kommt „Wachstum“ zum Beispiel nicht nur als Begriff nicht mehr vor, sondern es gibt auch keinerlei Anzeichen für eine auf **Wachstum** ausgerichtete **Wirtschaftspolitik**.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch richtig so!)

Zu einer auf Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ausgerichteten Politik sagen Sie ja - das ist in Ordnung -, die nach unserer Auffassung allein mehr und zukunftssichere Arbeitplätze schafft und die sozialen Sicherungssysteme wenigstens einigermaßen stabilisieren kann. Vollmundig wird im Koalitionsvertrag die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angekündigt - eine Ankündigungspolitik, an die wir uns in den vergangenen acht Jahren bereits gewöhnt haben, Kollege Rossmann.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Was hat Rexrodt denn alles mit
seinem Wachstum angekündigt? Und
wo ist er gelandet, der kleine Zwerg?)

Ich bin ganz dankbar dafür, daß mir die Sozialdemokraten bestätigen, daß sie in diesem Land Wachstum nicht mehr wollen. Ich bin ganz dankbar dafür, daß ich das jetzt hören kann; dann müssen sie es den Leuten draußen auch sagen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Wohin ist Rexrodt denn gewachsen? -
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Wachstum
schafft keine Arbeit!)

- Ich höre gerade und nehme mit Interesse zur Kenntnis, daß Wachstum keine neuen Arbeitsplätze schafft. Ich höre es gern und gebe es gern an diejenigen weiter, die sich bemühen mit mehr Wachstum mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Statt die Voraussetzungen für mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, um Beschäftigung zu sichern, bekommen wir in diesem Lande einen Fahrradbeauftragten, Interaktions- und Kooperationsreferate, Verbindungsansprechpartner und vor allen Dingen Appelle an den Gemeinsinn. Statt die Rahmenbedingungen für ein innovationsfreundliches Klima zu verbessern, damit in Schleswig-Holstein neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, werden potentielle Investoren abgeschreckt, abgeschreckt durch: eine Verschlechterung der Bildungs- und Ausbildungssituation, durch die Aufforderung, betriebliche Abläufe öffentlich zu machen und staatlicher Kontrolle zu unterziehen, durch Gewerbegebietsausweisungen, bei denen Fahrradwege zukünftig eine dominierende Rolle spielen sollen, durch ein angestrebtes Nachtfahrverbot für Lkw, durch neue betriebliche Sonderabgaben und durch vieles andere mehr. Statt konsequenter Deregulierung drohen neue Verordnungen und Vorschriften zur freien Entfaltung von Frauen, Lesben und Schwulen, Fahrradfahrern, Tümpeln und Teichen, Stechmücken und Waldwiesen.

(Demonstrativer Beifall bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt Schleswig-Holstein auf den immer härter werdenden Standortwettbewerb vorzubereiten, wird Kleinkrämerei in einem immer größeren Verordnungsdickicht herrschen. Es ist so fleißig vernetzt worden, Ute Erdsiek-Rave, daß die Landesregierung bei der zukünftigen Finanzplanung über einen selbstgeknüpften Fallstrick nach dem anderen stolpern wird, auch wenn die Ministerpräsidentin dies strategische Finanzpolitik nennt.

Wo bleiben sie, die sozialdemokratischen Zukunftsvisionen für Schleswig-Holstein angesichts einer Investitionsquote, die dieses Jahr ein Rekordtief erreicht hat und die noch weiter abgesenkt werden soll? Wo sind sie, die Visionen einer offenen Bürgergesellschaft, einer Kulturgesellschaft? Man sehnt sich fast nach der Ära Björn Engholm zurück.

(Zuruf von der CDU: Soweit sind wir schon! - Holger Astrup [SPD]: Sind Sie nicht doch bei der CDU?)

- Soweit sind wir schon gekommen.

Die Sparkommissarin Heide Simonis gibt 1996 mehr Geld für Zinsen aus als für Investitionen, verwaltet das am zweithöchsten verschuldete Flächenland der Republik - gleich nach dem bankroten Saarland - und läßt es zu, daß in dem Koalitionsvertrag Erwartungen geweckt werden, die jeder finanzwirtschaftlichen Realität widersprechen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das spricht für eine Kanzlerkanidatur!)

Die Grünen sind auf ihrem Parteitag herumgelaufen und haben erklärt, ihnen seien 125 Millionen DM pro Jahr zusätzliche Mittel zugestanden worden, nicht um den Standortnachteil Schleswig-Holsteins auszugleichen, sondern um die eigene Klientel zu bedienen - „schamlos“, wie es die „Frankfurter Allgemeine“ ausdrückte.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gelogen!)

Das Land wird jetzt die vielen neuen **Beauftragten**, Diskussionsgremien, Beiräte und anderes

bekommen, die Heide Simonis im Wahlkampf noch ein Greuel waren.

Was die Sozialdemokraten aber nicht haben, ist ein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - nicht nur kein überzeugendes, sondern überhaupt keines.

Wir wollen, daß Arbeitslose lieber arbeiten als in vernetzten Gesprächszirkeln über das integrierte Miteinander von Umwelt, Leben und Arbeit philosophieren zu müssen.

(Lachen des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wie ist es zu erklären, daß die Landesregierung nicht nur über eine Verschlechterung der Standortbedingungen zum Arbeitsabbau beiträgt, sondern unmittelbar zum Abbau von Arbeitsplätzen aufruft? Wie ist das zu erklären, Herr Minister Steinbrück? Ich spreche Sie als Volkswirt direkt an, der noch den Mut besessen hat, auf einem Kreisparteitag der SPD zu erklären, daß die **Abschaffung der versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse** nicht einen zusätzlichen Arbeitsplatz mehr erbringe, aber für Hunderttausende von Menschen in dieser Republik eine Quelle von Erwerbseinkommen schließen werde.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Vielleicht sollten Sie einmal mit den Menschen reden, die damit auch ein Einkommen haben. Natürlich ist es Erwerbseinkommen, Frau Franzen. Mir ist schon klar, daß etwas, was sich Ihrer Verteilungspolitik entzieht, von Ihnen nicht als Erwerbseinkommen verstanden wird.

Wo waren Sie, Herr Minister Steinbrück, als vereinbart wurde, eine rot-grüne Landesregierung werde sich für die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse stark machen - ja, daß die Auftragsvergabe aus Landesmitteln an Firmen an die Bedingung geknüpft werde, daß versicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse nicht unterhalten werden?

Erklären Sie das einmal den schleswig-holsteinischen Firmen angesichts der Arbeitsplätze, die dort gefährdet sind, wenn die Auftragsvergabe

nicht mehr erfolgt! Dann wollen Sie sich hier hinstellen und behaupten, Sie wären ein verantwortungsbewußter Wirtschaftsminister.

Wo waren Sie, als die Aussagen zur Bio- und Gentechnologie formuliert wurden? Im Kampf gegen AIDS gelang es erstmals, bei aidsinfizierten Patienten körpereigene T-Killerzellen zu entnehmen und außerhalb des Körpers genetisch zu verändern. Ziel ist es, die T-Zellen für das HIV-Virus unangreifbar zu machen. Damit ist man der Entwicklung eines Impfstoffes gegen AIDS ein gewaltiges Stück nähergekommen.

Nur mit ideologischer Verblendung ist zu erklären, daß Rot-Grün dieser Schlüsseltechnologie der kommenden Jahrzehnte in diesem Land eine Abfuhr erteilt.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Das stimmt ja gar nicht!)

- Das stimmt gar nicht? Vereinbart ist, daß das nur für diagnostische Zwecke eingesetzt werden darf.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Wovon wir reden, ist Therapie und keine Diagnostik. Sie wissen wahrscheinlich gar nicht, was Sie unterschrieben haben!

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Das wissen wir sehr wohl!)

Doch die Menschen können beruhigt sein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Fortschritte in der Krebs-, AIDS- und Diabetestherapie wird es mit der **Gentechnik** in den kommenden Jahren weltweit geben, auch ohne den Segen einer rot-grünen schleswig-holsteinischen Landesregierung, auch wenn die Arbeitsplätze in diesen Wachstumsmärkten und Wertschöpfungen woanders entstehen.

Herzpatienten, die sich operieren lassen wollen und dabei die Abstoßung fremden Gewebes unterdrücken müssen, werden künftig nach Hannover fahren, wo Professor Haverich weiter operiert, der Schleswig-Holstein auch verlassen hat, weil die massive Ablehnung der Gentechnologie durch die schleswig-holsteinische Landesregierung für ihn wissenschaftlich nie akzeptabel war,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist schlichter Quatsch!)

nachzulesen in einer Erklärung, die er abgegeben hat.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Herr Kollege Astrup, es ist mir klar, daß Sie auf Menschen nicht hören können und wollen, die ein ausgesprochen gutes Renommee, eine weltweite Anerkennung haben und dieses Land verlassen, weil sie sich mit Ihrer kleinkarierten dogmatischen Politik nicht mehr auseinandersetzen wollen.

(Lebhafte Beifall bei der SPD und der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das ist etwas differenzierter!)

Arbeit wird es in Schleswig-Holstein vorwiegend in neuen Beschäftigungsgesellschaften, in Gremien, in Beiräten und Diskussionsforen und beim Vermessen der korrekten Muschelgröße geben.

So wenig der Koalitionsvertrag Stellung zu den wachstumspolitischen Erfordernissen nimmt, so ausführlich widmet er sich den zukünftigen Muschelmonitorien.

Vertagen, Verzögern und Verhindern sind auch die zukunftsweisenden Synonyme rot-grüner Verkehrspolitik. Wir haben es gerade noch einmal gehört. Das Ganze findet unter der Überschrift „eine nachhaltige Infrastruktur schaffen“ statt.

Wo und vor allem wie soll die **nachhaltige Infrastruktur** denn entstehen? Mit einem Nein zur A 20, Nein zu Straßenneubauten und de facto Nein zu Ortsumgehungen? Die Feststellung, daß die Flughafenbindung Fuhlsbüttel per Bahn aus Schleswig-Holstein nicht finanziert werden kann, kann nur den fröhlich stimmen, der das Fliegen per se ohnehin für Umweltfrevel hält.

(Demonstrativer Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das zur Frage des Standorts, Frau Fröhlich! Wir können uns ja gerne damit beschäftigen.

Die Bürgermeisterin der Stadt Westerland beispielsweise bittet CDU- und F.D.P.-Abgeordnete in Bonn darum, daß sie sich dafür einsetzen, daß der Flughafen in Westerland als Verkehrsflughafen erhalten bleibt, daß Mittel fließen. Ich frage Sie, Herr Minister: Was sollen wir machen? Sollen wir sie unterstützen oder nicht?

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Würden wir der Auffassung der Landesregierung widersprechen, wenn wir das täten, oder befriedigten wir sie?

(Lachen und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir als Abgeordnete brauchen darauf eine Antwort.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir subventionieren doch nicht für den Jet-Set einen extra Privatflughafen!)

- Wunderbar, wunderbar! Ich bedanke mich dafür, Herr Hentschel. Ich höre, daß die Regierungsfraktionen dieses Hauses nicht wollen, daß sich F.D.P. und CDU in Bonn für die Erhaltung des Westerländer Flughafens einsetzen. Ich bedanke mich dafür herzlich. Ich werde der Bürgermeisterin, die der SPD angehört, ein entsprechendes Schreiben zuleiten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Bemerkenswert sind auch die Aussagen zum Hafenausbau.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Herr Kollege Rossmann, Sie werden noch vier Jahre Gelegenheit haben, sich wirklich aufzuregen, weil wir Ihnen den Spiegel vorhalten werden, was Ihre eigenen Erklärungen angeht.

Bemerkenswert sind auch die Aussagen zum **Hafenausbau**. Wer hat denn in der Vergangenheit den Ausbau des Lübecker Hafens massiv behindert? Wem ist denn das Zipfelchen „Kilian“ so wichtig, das der Erweiterung des Kieler Ostufer-Hafens heute noch im Wege steht?

(Zurufe von der SPD)

Wer hat denn die Verkehrsanbindung des Ostufers in Kiel über Jahre verschleppt, um heute festzustellen, daß sich auf Radwegen die umgeschlagenen Gütertonnen schwerlich transportieren lassen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Es sind doch Ihre Genossen in Kiel, Herr Astrup, die feststellen, daß die Verkehrspolitik der letzten acht Jahre in Kiel, was das Ostufer angeht, falsch gewesen sei.

(Konrad Nabel [SPD]: Mehr als Attitüden kriegen Sie auch nicht zustande!)

- Mehr verstehen Sie doch auch gar nicht, Herr Nabel. Deshalb muß das auch reichen.

(Lachen und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir haben Verständnis dafür, daß Betriebsratsvorsitzende, die der SPD nahestehen, Angst um ihre und um die Arbeitsplätze ihrer Kollegen haben. Ich sage Ihnen, Herr Nabel, als dem hervorragenden sozialpolitischen Obersprecher der Genossen: Gehen Sie doch einmal zu HDW, gehen Sie zur MaK und erklären Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dort, was es für ihre Arbeitsplätze ganz konkret heißt, daß Sie ein Exportverbot für Rüstungsgüter außerhalb der NATO-Länder herbeiführen wollen!

(Konrad Nabel [SPD]: Eine vernünftige Politik!)

- Ja, sehr vernünftig. Ich finde auch, daß die Leute das erfahren sollten, was Sie für vernünftig halten.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist gut so!)

Frau Ministerpräsidentin, können sich die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Schleswig-Holstein, die **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeiter der Justiz**, die Richterinnen und Richter auf diese Landesregierung verlassen? Sie waren Ihnen ganze zwei Seiten Ihrer 44seitigen

Regierungserklärung wert. Was heißt es denn, wenn Sie in der „einen Welt“ nur noch einen Richter haben wollen, wenn Sie den Präsidialrat abschaffen wollen, wenn Sie auf die Arbeitsbelastung der Justiz mit keinem Wort eingehen?

Was heißt es denn für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten, bei der Bewährungs- und Gerichtshilfe, wenn Sie intime Begegnungsräume in Haftanstalten fordern, wo doch angesichts der gegebenen Personalsituation bei Überbelegung der Anstalten schon heute nur noch Verschlußvollzug möglich ist und die Ziele des Strafvollzugsgesetzes auch nicht ansatzweise erreicht werden können?

Was heißt das eigentlich für die **Polizeibeamtinnen** und **Polizeibeamten**, die seit Jahren auf die ihnen zustehende Beförderung warten, die eine gerechte Entlohnung für ihren Dienst erwarten können, denen bei immer weniger Personal immer mehr Aufgaben aufgebürdet werden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, statt einen Flüchtlingsbeauftragten einzusetzen und eine Härtefallkommission einzurichten, sollte sich die Landesregierung lieber um die Ausstattung und Unterbringung der Polizeibeamten kümmern,

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

die ihrerseits einen Beauftragten verdient hätten, der wirklich ihre Interessen wahrnimmt, Kollege Zahn.

Es ist beschämend - das sage ich allen Ernstes auch in Richtung Ute Erdsiek-Rave -, daß Flüchtlinge und Asylbewerber besser untergebracht sind, als die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die notfalls mit ihrem Leben die Gesundheit - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte! - Zurufe von der SPD)

Es ist beschämend - -

(Zurufe von der SPD - Konrad Nabel [SPD]: Sie sind ein Verhetzer! - Zurufe von der CDU und der F.D.P. - Zuruf von der CDU: Herr Präsident!)

- Ich komme gleich dazu; es ist in Ordnung. - Es ist beschämend, daß sie besser untergebracht sind als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die notfalls mit ihrem Leben die Gesundheit und das Leben der Asylbewerber und Flüchtlinge gegen Angriffe von Rechtsradikalen schützen sollen.

Es ist beschämend, daß zum Beispiel den Mitarbeitern des Polizeibeziirksreviers am Eichhof in Kiel mitgeteilt wird, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, daß die seit 20 Jahren versprochene Grundinstandsetzung ihres Reviers nicht mehr stattfindet, daß sie mit Schimmel an den Wänden und gesperrten Toiletten weiterleben müssen - ohne Aussicht auf Überstundenabbau, angemessene Bezahlung oder Beförderung -, daß sie gleichzeitig aber lesen müssen, daß für 800 000 DM ein Schwulen- und Lesbenreferat eingerichtet wird, daß acht zusätzliche Beauftragte mit Millionenaufwand eingestellt werden sollen oder daß es einen Eine-Welt-Beirat mit einer Dotierung von 100 000 DM und mehr geben soll.

(Widerspruch bei der SPD - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist unter deinem Niveau, wirklich! - Holger Astrup [SPD]: Da bin ich im Moment nicht so sicher!)

Ich denke, daß die unangemessene Unterbringung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten jedermann trifft, egal, welche Lebensform er gewählt hat, und daß es unsere Aufgabe wäre, diese menschenunwürdige Unterbringung zu verbessern, statt sie zu erhalten, wie Sie es tun.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Ute Erdsiek-Rave: [SPD]: Dann solltest du gerechterweise auch darstellen, daß es das eine oder andere neue Polizeigebäude gibt - auch in Kiel!)

- Ich habe heute nur die Aussage des Sekretärs der Gewerkschaft der Polizei in der Zeitung gelesen, daß es nicht mehr hinnehmbar ist, daß Polizeibeamte in ländlichen Polizeirevieren ihre Diensträume selbst renovieren müssen, weil dafür kein anderes Geld vorhanden ist.

Es ist diese Ungleichgewichtung, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, dieses mangelnde Maß, diese Verletzung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, die allenthalben verbittert und

deren Ergebnisse Sie noch landesweit zu spüren bekommen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Was heißt denn dieses wunderschöne Kapitel mit der Überschrift „Eine-Welt-Politik ist Querschnittsaufgabe der Landespolitik“? Ich freue mich schon darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß künftig der Genosse Müller - Hinterbänkler der SPD-Fraktion - mit seinem Fahrrad von Strand nach Kiel fährt, weil er in Ausübung seiner Vorbildfunktion für diese Koalition seinen Mercedes 600 bosnischen Kriegsflüchtlingen zur Verfügung gestellt hat,

(Heiterkeit bei der F.D.P. und der CDU)

damit diese angemessen in ihre Heimat zurückkehren können. Kollege Müller, ich bin auch sehr dankbar dafür, daß Sie in Wiedergutmachung der jahrhundertelangen Ausbeutung des Südens durch den Norden Ihren Wagen einfach verschenken werden.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben viele Menschen enttäuscht.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie sollten sich schämen, Herr Kubicki; Ihr Niveau ist wirklich nicht mehr richtig für diesen Landtag!)

- Das mag ja sein, aber ich habe für meine Beiträge eine Zustimmung der Wählerinnen und Wähler dieses Landes bekommen - im Gegensatz zu Ihnen; Sie haben nämlich sechseinhalb Prozent der Stimmen verloren.

(Beifall bei der F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben viele Menschen enttäuscht, die sich auf die SPD verlassen haben und jetzt von ihr verlassen wurden. Können sich die **Fachhochschulen und Universitäten** auf diese Landesregierung verlassen, die Studierenden, die schon jetzt in überfüllten Hörsälen und unzureichend ausgestatteten Bibliotheken ihr Dasein fristen müssen? Wird es mehr Hochschullehrer geben, bessere und größere Räumlichkeiten, bessere Bibliotheken, einen

optimalen Zugang zu den modernen Kommunikationstechniken und computergestützten Arbeitsweisen - und das nicht nur auf dem Papier?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Es ist doch nicht die Frage des BAföGs als Darlehen allein, die über die Zukunftschancen unserer jungen Menschen entscheidet; es ist die Qualität der Ausbildung und damit die Qualität der Ausbildungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Können sich unsere Schülerinnen und Schüler, unsere Eltern auf Sie verlassen?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Vermehrter Unterrichtsausfall, höhere Klassenfrequenzen, längere Lehrerarbeitszeiten, die ja durchaus stimulierend sein können - sind dies Ihre Antworten auf die Bildungsprobleme der kommenden Jahre bei 35 000 zusätzlichen Schülern? Ist das die **Bildungsoffensive**, auf die wir alle vertrauen sollen?

Wenn Sie in diesem Zusammenhang am Schluß Ihrer Regierungserklärung erklären, Sie seien perfekt gewesen, dann will ich Ihnen entgegenhalten: Auch Nobody ist perfekt.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Unsere **Landwirte** und die **Ernährungswirtschaft**, Jägerinnen und Jäger, Hundehalter, Sportler - können sie dieser Landesregierung trauen? Wird das „Weiter so!“ nicht zu weiteren Einschränkungen ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihrer Freizeitgestaltung führen?

Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß die Eigentümer von Bootsstegen bereits jetzt eine entschädigungslose Teilenteignung ihrer Grundstücke hinnehmen sollen, weil ein falsch verstandener Naturschutz die Begehung des Seeufers nur noch über Gemeinschaftsstege, nicht jedoch über Einzelanlagen rechtfertigt.

(Beifall des Abgeordneten Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle „Beifall bei der Fraktion der Bündnisgrünen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung hat bereits vor und bei Amtsantritt mangelnde Professionalität unter Beweis gestellt. Wir sind sicher, daß sich diese mangelnde Professionalität auch in der täglichen Regierungsarbeit fortsetzen wird. Schleswig-Holstein wird in die Provinzialität zurückfallen und seine Chancen verspielen. Wir werden es erleben, daß in dem ständigen rot-grünen Dauerkonflikt der Gesichtswahrung viele unserer Chancen untergehen.

(Beifall bei der CDU)

Es wird beklagt, daß in diesem Lande keine Gründeratmosphäre wie in den USA herrsche. Ich frage Sie, Frau Ministerpräsidentin: Warum stellen Sie sie dann nicht her?

Diese Regierung selbst vermittelt keine Aufbruchstimmung, wie wir heute morgen ja haben erkennen können; diese Landesregierung ist bereits jetzt ein Abbruchunternehmen, wie es die ehemalige Kultusministerin Marianne Tidick in unnachahmlicher Weise formuliert hat, als sie vor einigen Tagen erklärte: Ich habe so viel aufgebaut, daß ich mich nicht unbedingt am Abbau beteiligen muß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in uns, auch in die Union und die F.D.P. dieses Landes, haben die Menschen ein - wie wir feststellen dürfen - wachsendes Vertrauen gesetzt. Wir werden die politische Alternative nicht nur in Form eines großen Entwurfs, sondern auch in jedem Einzelpunkt deutlich machen. Wir werden dafür sorgen, daß rot-grün eine Episode bleibt und schnellstmöglich durch eine bürgerliche Koalition abgelöst wird.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deshalb sage ich dem Oppositionsführer von dieser Stelle aus: Er braucht nicht mehr nachts in meinem Garten umherzuschleichen; das Fenster ist zu.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Fraktion will keine Frontalopposition oder Blockadepolitik betreiben, und wir nehmen das Angebot der Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ute Erdsiek-Rave, nicht nur zur Kenntnis, sondern gern im konkreten Einzelfall auf, denn wir wollen auch in dieser Legislaturperiode versuchen, über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg Mehrheiten zu erlangen, wenn es dem Interesse des Landes Schleswig-Holstein und seinen Menschen dienlich ist. Wir hoffen, daß dies nicht an der wechselseitigen Blockadepolitik der rot-grünen Koalitionäre scheitern wird.

Wir alle sind für diese Legislaturperiode gewählt und haben ein Mandat auf Zeit. Wir sind dem Gemeinwohl in gleicher Weise verpflichtet, und bei aller politischen Konkurrenz, bei allem Wettbewerb und bei aller Härte der Auseinandersetzung, von der ich glaube, daß sie zunehmen wird, sollten wir nach den Erfahrungen der letzten Jahre im menschlichen Umgang miteinander das Maß an Fairneß üben, das wir auch vom jeweils anderen erwarten.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Es fällt mir nur schwer, das zu glauben!)

- Schauen wir mal!

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wir haben es eben schon erfahren!)

- Herr Kollege Rossmann, ich glaube, niemand in diesem Saal mußte von Mitgliedern anderer Parteien mehr an Häme und Beschimpfungen ertragen als ich

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ja, wie man in den Wald hineinschreit, Herr Kubicki!)

seit Jahren !

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Holger Astrup [SPD]: Hör doch auf! Mach ihn nicht zum Märtyrer! - Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Laß ihn mal zum Ende kommen!)

Ich finde es ganz nett, wenn die Kolleginnen und Kollegen, die austeiln, dann nicht in der Lage sind, Entsprechendes auch einzustecken.

Koalitionsvertrag und Regierungserklärung sind zwar keine vernünftige Grundlage für eine ordentliche Politik in Schleswig-Holstein, aber seien Sie versichert: F.D.P. und CDU werden sich alle Mühe geben, trotzdem ein ordentliches Ergebnis für die Menschen unseres Landes herauszuholen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auch wenn er im Augenblick nicht im Saal ist, erteile ich dem Herrn Abgeordneten Nabel einen Ordnungsruf wegen seines Zwischenrufes.

(Beifall bei der CDU)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Während des letzten Redebeitrags war ich am Überlegen, ob es nun eigentlich ein Fluch oder ein Geschenk ist, nach Herrn Kubicki reden zu dürfen. Ein Fluch ist es vielleicht, weil ich Lust hätte, auf vieles einzugehen. Aber ich nehme an, das wollen Sie gern, und deshalb lasse ich das.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Geschenk ist es vielleicht, weil ich jetzt wieder ein Stück dänische Gelassenheit in die Debatte hineinbringen werde. Ich könnte auf das zurückgreifen, was Ute Erdsiek vorhin sagte, als sie Herrn Kubicki entgegenhielt: „Bleib auf dem Teppich!“ Ich könnte das auch auf Dänisch sagen: „Spis brød til.“

Noch eine Bemerkung vorweg: Im Laufe der Debatte - auch jetzt zuletzt - hatte ich mehrfach den Eindruck, daß es hier eigentlich nicht um die Regierungserklärung geht, sondern vielmehr um die Koalitionsvereinbarung.

-Ja, aber wenn ich es richtig sehe, dann ist die Situation so, daß zwei Parteien beschlossen haben, eine Koalition zu bilden. Das steht ihnen zu. Das ist gang und gäbe in unserer parlamentarischen Demokratie.

(Zuruf von der CDU: Oberlehrer!)

- Das sage ich jetzt einmal so. - Die hätten nach diesem Beschuß 14 Tage lang Mensch ärgere dich nicht spielen oder sich über Gott und die Welt unterhalten können.

Was für uns entscheidend ist, ist das, was in der Regierungserklärung gesagt wurde.

(Unruhe bei der CDU)

Für das Parlament kommt es darauf an, welche Initiativen aus einer solchen **Koalitionsvereinbarung** hervorgehen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das werden Sie erleben!)

Das ist doch das Thema. Deshalb werde ich mich auf einige Punkten beschränken, die aus der Regierungserklärung hervorgehen und die uns vom SSW besonders am Herzen liegen.

Der SSW kann sich weitgehend den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erklärungen der neuen Landesregierung anschließen. Wir begrüßen das Bekenntnis der Landesregierung zum **Ausbau der Teilzeitarbeit**. Sicherlich aber ist Teilzeitarbeit keine Patentlösung. Wir dürfen also nicht dadurch auf das Wunder der Vollbeschäftigung hoffen.

Auf dem Weg zu mehr Arbeitsplätzen müssen wir alle gangbaren Wege beschreiten. Dazu gehört auch die Willenserklärung, keine Aufträge an Firmen vergeben zu wollen, die mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ohne soziale Absicherung arbeiten. Wir hoffen, daß ein Ergebnis der Flexibilisierung der Arbeitszeit ein Mehr an Arbeitsplätzen sein wird.

Der Presse war zu entnehmen, daß für den **nördlichen Landesteil** - das muß etwas Positives auch für die CDU-Abgeordneten aus dem nördlichen Landesteil sein - im Landwirtschaftsministerium ein eigenes Referat eingerichtet werden soll.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen das natürlich ausdrücklich und hoffen, daß die Regierung damit unserer Forderung nach einem **Beauftragten für den Landesteil Schleswig** entsprochen hat. Die Firmenschließungen der letzten Woche beispielsweise in Flensburg und Niebüll unterstreichen die alarmierende Entwicklung in unserem Landesteil. Wir versprechen uns von einem Landesbeauftragten langfristig eine merkbare Strukturverbesserung in unserer Wirtschaft. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß ein solcher Beauftragter unserer Meinung nach im gesamten wirtschaftlichen Bereich tätig werden muß.

Wir halten es für ein positives Zeichen, daß die Regierung in den nächsten Jahren beabsichtigt, an der Höhe der **Finanzmittel des Regionalprogramms** festzuhalten. Aber für uns ist dieses Programm immer nur die zweitbeste Lösung. Wir waren gegen eine Abschaffung der alten Regionalprogramme für den Landesteil Schleswig und für die Westküste.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Wir sind weiterhin der Auffassung, daß das neue Programm mit seiner Forderung nach regionalen Leitprojekten die verschiedenen strukturschwachen Regionen dazu zwingt, miteinander zu konkurrieren. Das kann doch nicht Sinn der Sache sein.

Wenn man aber in der Regierungserklärung liest, daß die Landesregierung mit dem jetzigen Regionalprogramm besonders Projekte fördern will, die eine Beschäftigungswirkung haben, dann fragen wir uns, warum man dann die **einzelbetriebliche Förderung** nicht wieder eingeführt hat.

(Beifall bei der CDU)

Eine Wiedereinführung der einzelbetrieblichen Förderung würde neue Arbeitsplätze schaffen, besonders bei den vielen kleinen Handwerksbetrieben im ländlichen Raum.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Der SSW sieht in der angestrebten **Ostseopolitik** der Landesregierung und hier insbesondere in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark eine Zukunftschance für unsere Region. Wir hoffen, daß diese Zielstellung besser verwirklicht werden wird, als das zum Beispiel bei der Zusammenarbeit der Wetterämter der Fall war. Dabei hört das Wetter anscheinend an der Grenze auf. Da war grenzüberschreitende Zusammenarbeit überhaupt nicht möglich.

Ein Zeichen für die verstärkte Zusammenarbeit über die Grenze hinweg könnte auch die Wiedereröffnung der Zugstrecke **Niebüll - Tondern** werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Regierungserklärung wird die Wiedereröffnung von anderen Teilstrecken erwähnt. Ich vermisste, ehrlich gesagt, die Zugstrecke Niebüll - Tondern in dieser Übersicht.

(Lothar Hay [SPD]: Flensburg - Niebüll!)

- Genau.

Wir hoffen, daß zumindest in der SPD jetzt die Forderung nach dem sogenannten **Nordstaat** aufhört. In der Regierungserklärung sind dazu deutliche Worte gesagt worden. Das begrüßen wir.

Bürgernähe und gelebte Demokratie setzen unserer Meinung nach voraus, daß die Wege zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Bürgern so kurz wie möglich sind. Eine verstärkte Zentralisierung der bundesstaatlichen Ordnung würde dem entgegenwirken.

Hinsichtlich der angestrebten **modernen Verwaltung** befürworten wir das Ziel, mehr **Bürgernähe** zu schaffen. Die Zielsetzung, sachbezogene, transparente und kostenorientierte Entscheidungen treffen zu wollen, bedeutet hoffentlich nicht, daß im Zweifelsfall nach dem **Kostendeckungsprinzip** gearbeitet werden soll. Ich denke dabei vor allem an den geplanten Zugang zu Umweltinformationen.

In seinem Gesetzentwurf für ein **Landesumweltinformationsgesetz**, das von der

Mehrheit in der letzten Legislaturperiode abgelehnt wurde, hat sich der SSW vehement gegen das Kostendekkungsprinzip ausgesprochen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht aus Angst vor eventuellen Kosten auf Umweltinformationen verzichten müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Landesregierung möchte die **Informations- und Kommunikationstechnologien** stärken. Das muß in enger Zusammenarbeit mit dem Landesdatenschutzbeauftragten geschehen. Der 18. Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten wird noch Gegenstand unserer Erörterung sein. Ich möchte aber schon an dieser Stelle betonen, daß der SSW die Warnungen des Datenschutzbeauftragten sehr ernst nimmt.

Die Kommunikationstechnologie verbreitet sich immer weiter. Dadurch entstehen Gefahren für den **Datenschutz**. Der SSW tritt dafür ein, daß der Grundrechtsschutz für die Bürger in Schleswig-Holstein absoluten Vorrang behält.

In der Regierungserklärung sprechen Sie, Frau Ministerpräsidentin, davon, den **Umweltdialog** fortzusetzen. „Vereinbaren statt verordnen“, heißt es. Das findet unsere Unterstützung. An diesem Anspruch wird der SSW die Regierung in der kommenden Legislaturperiode messen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir, daß sich die Koalition die inhaltlichen Ziele, die Karl Otto Meyer in der letzten Legislaturperiode mit seinem Entwurf für ein Landesumweltinformationsgesetz verfolgte, nämlich ein Höchstmaß an Zugang zu Umweltinformationen, zu eigen gemacht hat. Das muß ich noch einmal loswerden.

Wir unterstützen insgesamt viele der umweltpolitischen Zielsetzungen, die hierin angesprochen werden. Für uns hat aber die Verbesserung der Lebensqualität und der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muß es noch einmal deutlich sagen: Auch in der **Umweltpolitik** geht es unserer Meinung nach um Menschen, und es geht darum, daß Menschen ihre Existenz bedrohen, aufs Spiel setzen, wenn sie die Natur immer weiter ausbeuten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Punkt. Die Koalition will den Anteil der **Naturschutzflächen** bis zum Jahre 2000 erhöhen, steht in der Regierungserklärung. Es liegt dem SSW besonders am Herzen, daß die Regionen ihr Mitspracherecht behalten. Wir warnen also die Landesregierung davor, die Naturschutzgebiete über die Köpfe der Menschen hinweg zu erweitern. Langfristig hilft man dem Umwelt- und Naturschutz auf diese Weise nicht.

Der **Ausstieg aus der Atomenergie** wird seit Jahren auch vom SSW gefordert. Wir hoffen, daß wir in dieser Legislaturperiode endlich einen Schritt weiter in diese Richtung kommen werden. Auf unsere Unterstützung kann die Landesregierung hierbei zählen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße dabei auch, daß von der Landesregierung über den Bundesrat ein **Kernenergieabwicklungsgesetz** eingebracht werden soll. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß es im Jahr 1984 - viele wissen das sicherlich nicht mehr - in diesem Haus eine Initiative der SPD und des SSW gab, die über den Bundesrat bewirken wollte, daß das heute noch geltende Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahr 1935 abgeschafft wird. Da die neue Landesregierung verstärkt das Instrument des Bundesrates nutzen will, fordern wir Sie auf, in Ihren Archiven nachzugucken, um zu sehen, ob Sie diesen Antrag noch irgendwo haben. Vielleicht könnte man damit einen Schritt weitermachen, so ein Gesetz wieder einzubringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finden wir auch!)

Damit könnte man die Energiemonopole der Energieversorgungsunternehmen aufbrechen und die dezentrale Energieversorgung nachhaltig fördern.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir vom SSW unterstützen, daß die Regierung den kollektiven Verkehr - das heißt den **ÖPNV** und den **Schienenverkehr** - ausbauen will. Der wirtschaftlich und verkehrspolitisch notwendige Ausbau der Infrastruktur darf auf keinen Fall nur dem Straßenverkehr zugute kommen. Auch den verstärkten Ausbau der **Fahrradwege** im Land halten wir für positiv. In vielen Dörfern und Gemeinden ist hier tatsächlich Nachholbedarf.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Zukünftige **Wohnungsbauprogramme** sollen den Einsatz von Maßnahmen des Energiesparens und alternativer Energien fortsetzen, heißt es in der Regierungserklärung. Wir sind dafür, daß **Kraft-Wärme-Kopplung** nicht nur in Neubaugebieten, sondern auch bei Altbauten zur Anwendung gelangt. Wir brauchen das, was man Fernwärmeinseln nennen könnte. Überhaupt brauchen wir eine Bündelung aller neuen Energieformen, wenn wir ernsthaft dem Atomstrom Lebewohl sagen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört die Nutzung von Biogas, eine gezielte Energiesparpolitik und eine zügige Umsetzung der Kraft-Wärme-Kopplung. Allein mit Sonnen- oder Windenergie werden wir das nicht verwirklichen können.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist wohl wahr!)

Die sich aus dem Koalitionsvertrag - jetzt komme ich doch noch einmal auf den Koalitionsvertrag zu sprechen - ergebende Vereinbarung einer **Fachkommission „Frauen planen Wohnen“** ist sicherlich eine schöne Sache. Mir liegt auch nichts ferner, als Frauen diskriminieren zu wollen. Ich möchte aber an dieser Stelle ausdrücklich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß nicht nur junge, sondern vor allem auch ältere Frauen in diese

Kommission eingebunden werden. Gerade im Hinblick auf familien-, behinderten- und altengerechtes Wohnen hat das letzte Landesaltenparlament viele kreative Vorschläge eingebracht. Die wiederholt aufgestellte Forderung nach barrierefreiem Bauen, um nur ein Beispiel zu nennen, hat offensichtlich Früchte getragen. Bei der nächsten anstehenden Änderung der Landesbauordnung soll das barrierefreie Bauen nun als Grundsatz festgeschrieben werden. Das finde ich gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Die Landesregierung will **Kindergartenplätze** schaffen mit dem Ziel, den Rechtsanspruch sobald wie möglich zu verwirklichen. Aus dem Koalitionsvertrag ergibt sich, daß dieser Zeitpunkt aller Voraussicht nach 1998 erreicht sein wird. Das dauert also noch eine ganze Zeit. Es ist bedauerlich - das muß ich noch hinzufügen -, daß die Forderung des SSW nach der bevorzugten Vergabe von Kindergartenplätzen an Kinder alleinstehender Eltern bis zur Durchsetzung des Rechtsanspruchs keine Berücksichtigung gefunden hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies wäre unserer Auffassung nach eine Lösung gewesen, die vielen Alleinstehenden das Arbeiten und damit einen Ausweg aus der Sozialhilfe hätte ermöglichen können.

Der SSW ist sich nicht darüber im klaren, ob er die Entfernung der **Jugend** aus dem zuständigen Sozialministerium begrüßen soll oder ob er sich darüber freuen soll, daß jetzt ein kleines Ministerium vielleicht wesentlich intensiver für die Jugend wird arbeiten können.

Für einen schlechten Anfang halten wir es aber, daß die Jugendhilfeplanung des Landes Schleswig-Holstein jetzt auf der Basis des Berichts der Landesregierung zur **Landesjugendhilfeplanung** fortgeschrieben werden soll. Der SSW - das wissen einige von Ihnen - hat bereits im Februar deutlich gemacht, daß der Bericht der Landesregierung zur Landesjugendhilfeplanung gravierende Mängel aufweist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt!)

Die Besonderheiten in der Lebenssituation junger Menschen in Schleswig-Holstein sind nicht ausreichend berücksichtigt. Die Rolle der kreisfreien Städte und der Kreise wird nicht hinreichend beachtet. Wir möchten die Landesregierung erneut auffordern, bei der Erstellung des Landesjugendhilfeplans Wege der Beteiligung freier Träger an der Jugendhilfeplanung aufzuzeigen. Hierbei sollte dringend die **Beteiligung freier Träger** auf Kreisebene berücksichtigt werden. Die Arbeit der Jugendverbände ist das wichtigste Glied der Jugendarbeit in Schleswig-Holstein. Die freien Träger müssen an der Erstellung des Landesjugendhilfeplans unbedingt beteiligt werden.

Die Anforderungen an die Jugendhilfe werden ständig größer. Das dürfen wir auch nicht ignorieren. Die Ursachen hierfür sind Ihnen hinreichend bekannt. Unsere Gesellschaft verändert sich. Die bürgerliche Kernfamilie hat kein Monopol mehr; wir haben Probleme mit zunehmender **Gewalt unter Kindern und Jugendlichen**. In diesen Zeiten können wir es uns nicht erlauben, bei den Jugendlichen zu sparen, nur weil das Geld knapp ist. Wir müssen in den nächsten Jahren die Zuschüsse für die Jugendarbeit ganz wesentlich erhöhen.

Der SSW fordert eine grundlegende **Reform des Jugendhilferechts**. Wir wollen ein Gesetz, in dem ein Rechtsanspruch auf Förderung festgeschrieben ist. Das würde bedeuten, daß unsere Jugendlichen einen Anspruch auf Einrichtungen für sich haben.

Und jetzt zur **Unterrichtsversorgung**. Die neue Landesregierung will die Unterrichtsversorgung sichern. Es ist jedoch bedenklich, daß Schüler und Lehrer in Zukunft in größeren Klassen arbeiten sollen. Das ist bedenklich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gehört zur Stundentafel!)

Das steht mit unseren bildungspolitischen Zielsetzungen überhaupt nicht im Einklang.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gehört zur Stundentafel!)

Wir halten möglichst **kleine Klassen** für unverzichtbar, und dies insbesondere, weil sich der SSW wiederholt auch gegen die Trennung der Kinder nach dem 4 Schuljahr, also gegen die vierjährige Grundschule, ausgesprochen hat. Wir sind der Auffassung, daß ein solches Ausleseverfahren zu sozialer Ungerechtigkeit führt und sich negativ auf die Psyche der Kinder auswirkt, weil sie dadurch viel zu schnell unter Leistungsdruck geraten.

Deshalb vertreten wir die Auffassung, daß es sowohl im Hinblick auf das Erlernen sozialen Verhaltens bei Hochbegabten - es gab ja in der letzten Legislaturperiode diese Diskussion in bezug auf die Förderung der Hochbegabten - -

(Ursula Röper [CDU]: Die ist aber abgelehnt worden!)

- Ja, wir wollen sie ja auch nicht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir sagen: Gerade im Hinblick auf das Erlernen sozialen Verhaltens bei Hochbegabten, aber auch im Hinblick auf das „Mitziehen“ schwächer begabter Kinder ist es sinnvoll, daß Kinder so lange wie möglich gemeinsam lernen können.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine solche Zielsetzung läßt sich aber nur umsetzen, wenn man die Entscheidung für kleine Klassen trifft. Auch für die fruchtbare Integration behinderter und nicht behinderter Kinder sind kleine und überschaubare Klassen ein Muß.

Der SSW tritt für **Chancengleichheit** in der Schule ein. Das sagte ich vorhin schon mit anderen Worten. Chancengleichheit wollen wir auch im Bereich der **Hochschulpolitik**. Wir begrüßen die Aussage der Landesregierung, bei den BAföG-Beziehern nicht abkassieren zu wollen. Deshalb lehnen wir Studiengebühren grundsätzlich ab. Wir wollen nicht, daß die Klassengesellschaft praktisch durch die Hintertür wieder eingeführt wird.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hochschulen müssen eine eigene Identität und ein eigenes Profil entwickeln können. Damit meine ich, daß die **Bildungswissenschaftliche Universität in Flensburg** nicht irgendeine Universität ist, sondern sie ist ein Teil unserer Region. Deshalb ist die Friesisch-Professur für uns von herausragender Bedeutung.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Also: Die **Friesisch-Professur** ist für uns von herausragender Bedeutung. Wir hoffen sehr, daß die neue Landesregierung sich für diese Professur stark machen wird. Es hat ja lange Schwierigkeiten gegeben.

Der Landtagspräsident hat anlässlich seines Besuches in Flensburg betont, daß auch die BU in Flensburg in der Pflicht steht, den Willen des Gesetzgebers, der in der Gleichstellung der Minderheiten liegt, zu respektieren.

Andererseits macht die **Erwachsenenbildung** das Profil der BU aus. Berufsschullehrerausbildung, Erwachsenenbildung insgesamt - das will man dort. Zur Zeit gibt es dort auch noch das Wahlpflichtfach Geragogik. Das ist eine der wenigen Studiengänge, der den Absolventen einen sicheren Arbeitsplatz garantiert. Der SSW hat das im Wahlkampf mehrfach angesprochen,

(Ursula Röper [CDU]: Die CDU auch!)

und ich hoffe, daß sich die Landesregierung dann auch dafür einsetzen wird, daß dieser Studiengang an der BU aufrecht erhalten bleibt.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU] und Ursula Röper [CDU])

Die **Weiterbildung** - so steht es in der Regierungserklärung - soll schrittweise zur vierten Säule des Bildungswesens ausgebaut werden. Das ist im Grunde genommen keine neue Idee.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt!)

Deshalb freue ich mich darüber, daß die Koalition die Schaffung eines Weiterbildungsgesetzes plant. Darauf habe ich in der jüngsten Vergangenheit mehrfach gedrängt, und wir werden - das kann ich hier nur sagen - das ganz aufmerksam weiter verfolgen.

Schon mehrfach ist in der Debatte Schleswig-Holstein als „Kulturland“ angesprochen worden. Wie es in der Regierungserklärung genannt wird, müßte eigentlich auch in der Zuschneidung der Ministerien zum Ausdruck kommen, daß Schleswig-Holstein ein **Kulturland** ist. Ich möchte betonen, daß wir uns bei der Unterbringung des Kulturressorts natürlich gefreut haben, daß es nicht dem Innen- oder Wirtschaftsministerium quasi als Wurmfortsatz angehängt worden ist. Wir hoffen aber, daß die Kultur durch die Unterbringung in einem „Monsterministerium“ - ich sage das einmal in Anführungszeichen - nicht untergehen und Schiffbruch erleiden wird.

(Angelika Volquartz [CDU]: Es gab früher eine ausgezeichnete Kulturförderung in Schleswig-Holstein!)

- Das werden wir noch später bereden können, aber ich möchte doch immerhin eine Bemerkung dazu loswerden. Ich hatte im letzten halben Jahr mehrfach Gelegenheit, hier bei Sitzungen dabei zu sein. Wenn ich bedenke, daß man sich wenn es um Kultur ging, hauptsächlich mit dem **Schleswig-Holstein Musik Festival** beschäftigt hat, dann, finde ich, gibt es da noch Nachholbedarf.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Inhalt der Regierungserklärung hält der SSW im Hinblick auf die **Minderheitenpolitik** für enttäuschend. Und darum will ich noch einmal hinzufügen: Ich begrüße ausdrücklich, was die Fraktionsvorsitzende der SPD vorhin in ihrer Rede gesagt hat.

In der Regierungserklärung begnügt man sich damit, festzustellen, daß die Minderheitenpolitik des Landes erfolgreich ist und der Aufbau des Europäischen Zentrums für Minderheitsfragen gestärkt werden soll.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist aber wahr!)

Auch der Koalitionsvertrag geht in diese Richtung. Danach sollen die Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen werden. Das ist natürlich begrüßenswert, aber es ist keine neue Forderung. Karl Otto Meyer hat die Aufnahme der Sinti und Roma in Artikel 5 der Landesverfassung letztmals anlässlich der Erörterung des Minderheitenberichts Anfang dieses Jahres gefordert.

Hinsichtlich der Umsetzung des Artikels 5 der Landesverfassung auf kommunaler Ebene enthält die Regierungserklärung leider nichts Konkretes. Es ist schön, eine **Staatszielbestimmung** zu haben, es ist aber traurig, wenn eine Regierung sich nicht auch für deren praktische Umsetzung einsetzt. Das gilt auch, wenn jetzt weitere Staatsziele benannt werden. Wie sollen diese Staatsziele umgesetzt werden? Das ist die entscheidende Frage.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ja!)

Eine solche Absichtserklärung wäre wünschenswert gewesen. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß wir uns besonders über die Aussage des Landtagspräsidenten anlässlich seines Besuchs von Institutionen der dänischen Minderheit wirklich gefreut haben, daß er sich da für die Umsetzung des Artikels 5 auf kommunaler Ebene einsetzen will. Das ist für uns ein wichtiges und erfreuliches Zeichen.

Wir wissen alle - das ist schon mehrfach angesprochen worden -, daß die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes in den nächsten Jahren sehr begrenzt sein wird. Deshalb wird der politische Gestaltungsräum für Erneuerungen und Veränderungen, die notwendig sind, sehr eng sein. Der SSW bekennt sich zu seiner Mitverantwortung, die Schulden des Landes langfristig in den Griff zu bekommen. Aber wir sagen jetzt auch schon: In wichtigen Kerngebieten wie Bildung und Jugend darf nicht gespart werden. Hier investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Sparen kann niemals ein politisches Konzept ersetzen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. Die parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, daß die Sitzung um 15.30 Uhr fortgesetzt werden soll. Ich wünsche guten Appetit.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13.54 bis 15.32 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Sitzung ist wiedereröffnet. Ich begrüße als Gäste auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Hermann-Tast-Gymnasiums Husum sowie des Gymnasiums am Mühlenberg, Bad Schwartau. Herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der F.D.P.

Drucksache 14/8

Zur Begründung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Geißler.

(Beifall bei der CDU)

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im Jahre 1989 hatte die damals von diesem Landtag eingesetzte Enquetekommission zur Verfassungs- und Parlamentsreform die **Abschaffung der Parlamentarischen Vertreter** empfohlen. Die damalige Mehrheit der SPD erklärte zu einem entsprechenden Antrag meiner Fraktion, man wolle zunächst einmal Erfahrungen mit den Parlamentarischen Vertretern sammeln, und lehnte dementsprechend diesen Vorstoß der Opposition zur Änderung des Landesministergesetzes ab.

Heute können wir feststellen: Regierung und Mehrheitsfraktion haben diese Erfahrung offenbar gesammelt und das Ergebnis erzielt, das wir immer vorhergesagt haben: Die Parlamentarischen Vertreter sind überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wie anders wäre denn folgender Sachverhalt zu erklären? - 1982 hatten sechs Landesminister einen Parlamentarischen Vertreter, übriggeblieben ist davon allein der Kollege Zahn.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum?)

Das kann man doch nur so interpretieren: Alle anderen fünf Landesminister sind zu der Erkenntnis gekommen, daß ein Parlamentarischer Vertreter vollkommen überflüssig ist.

Auch wenn sich diese Regierung jetzt offenbar bescheiden gibt, kann uns das noch nicht zufriedenstellen. Wir können ja nicht sicher sein, daß es bei diesem Beitrag zum „Artenschutzabkommen“ bleibt. Die Regierung kann nämlich jederzeit neue Parlamentarische Vertreter ernennen.

Deshalb unternehmen CDU und F.D.P. heute erneut einen Vorstoß, das Landesministergesetz zu ändern, die **Parlamentarischen Vertreter** abzuschaffen. Diese Parlamentarischen Vertreter sind nicht nur unter finanzpolitischen Gesichtspunkten ein Ärgernis - deren Hauptaufgabe bestand in den vergangenen Jahren darin, ihren Ministern lästige Grußworte abzunehmen -, sondern sie sind auch verfassungspolitisch bedenklich. Die Parlamentarischen Vertreter sind nichts anderes als der verlängerte Arm der Regierung in die sie tragenden Fraktionen. Damit schwächen sie die Kontrollfunktion der Mehrheitsfraktionen gegenüber der Regierung.

Wir haben es in der vergangenen Wahlperiode mehrfach erlebt, daß in einer Parlamentsdebatte auf den Minister dessen Parlamentarischer Vertreter erwiderte. Ich kann nur sagen: Das offenbart ein Parlamentsverständnis, das mit parlamentarischer Kontrolle der Regierung nichts mehr gemein hat.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich all denjenigen in den Fraktionen von SPD und Grünen - vom SSW weiß ich aus den Beiträgen des Kollegen Karl Otto Meyer, daß wir auf dessen Unterstützung rechnen können; ich danke Ihnen, Frau Spoerrendonk -: Alle diejenigen, die ernst nehmen, daß das Parlament die Regierung kontrollieren soll, können dem Vorstoß von CDU und F.D.P. eigentlich nur ihre Zustimmung erteilen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, gut!)

Ich bitte Sie alle sehr herzlich: Leisten Sie Ihren Beitrag zu einem schlanken Staat -

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

das ist überhaupt kein Seitenheib auf den Kollegen Zahn -

(Heiterkeit)

und stimmen Sie nach der Ausschußberatung, die ich beantrage, für den Gesetzentwurf von CDU und F.D.P. Sie leisten dadurch einen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen und zu einer Wiederherstellung verfassungspolitisch gebotener Ziele.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eine große Rede! - Beifall bei CDU und F.D.P. - Reinhard Sager [CDU]: Besser als die ganze Regierungserklärung!)

Präsident Heinz Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann sich immer nur wundern, wie in regelmäßigen Abständen das gleiche als partout neu verkauft

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was bleibt uns anderes übrig?)

und im übrigen versucht wird, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Was übriggeblieben ist, haben wir heute morgen gehört, Herr Kollege Kubicki. Begeistert hat es uns nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das will ich hoffen!)

Die Frage, was mit den Parlamentarischen Vertretern geschieht, ist im Landesministergesetz beantwortet. Im übrigen - das sage ich, damit hier keine falschen Erinnerungen wach werden -: Es gibt diesen Passus über die Parlamentarischen Vertreter beziehungsweise Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre seit der 7. Wahlperiode; das war 1971.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt hier so zu tun, als habe diese Landesregierung die Parlamentarischen Vertreter eingeführt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen sie abschaffen!)

ist schlicht Volksverdummung - wie so oft an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Geißler, Sie haben auf die Dotierung abgehoben. Da wird es ausgesprochen peinlich, insbesondere für die Vertreter von CDU und F.D.P. Ein Blick nach Bonn - wie so oft - genügt, um schlichtweg festzustellen, daß es in Bonn derzeit - wenn ich richtig recherchiert habe - um die 30 Parlamentarischen Staatssekretäre gibt, und zwar mit einem monatlichen Gehalt in der Größenordnung von 16 000 DM, was beispielsweise im Außenministerium dazu führt, daß die Parlamentarischen Staatssekretäre, die gleichzeitig Abgeordnete sind, mehr Geld verdienen als der Außenminister selbst. Lassen Sie uns also zufrieden mit dieser dummerhaftigen Argumentationslinie,

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Uf!)

die da heißt, wir sparten mit der Abschaffung der Parlamentarischen Vertreter gewaltig Geld ein.

Nein, in Wirklichkeit geht es schlicht darum, das, was wir gemeinschaftlich für wichtig erachteten - bisher jedenfalls war das so -, nämlich all den Verbänden, Vereinen quer durch das Land - das war bei der CDU so, und es ist bei uns so

geblieben - die gebührende Aufmerksamkeit auch dann schenken zu können, wenn es Ministern oder Staatssekretären selbst nicht möglich ist, Termine selbst wahrzunehmen, aufrecht zu erhalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wäre es mit Abgeordneten?)

Das mit der Verlesung von Grußworten abzuqualifizieren, die irgendwann einmal über das Land gestreut werden, ist weder den Verbänden in der Formulierung und Argumentation noch den beteiligten Parlamentarischen Vertretern selbst zuzumuten.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum gibt es dann keine weiteren mehr?)

- Herr Kollege Kubicki, Sie sind ja gleich dran; dann höre ich mir das gern an.

Wir können den Vergleich mit Bonn ohne weiteres deshalb wagen, weil der Kollege Hennig, der gerade nicht im Saal ist, seine Erfahrungen als Parlamentarischer Staatssekretär in zwei Ministerien hat. Er hat sich - nach dem, was man mir erzählt hat - redlich bemüht, den Ansprüchen, die dort gestellt worden sind, zu genügen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn hier von Ihnen gesagt wird, Herr Geißler, Parlamentarische Vertreter seien „überflüssig wie ein Kropf“, dann fällt das möglicherweise auch auf Leute zurück, die Sie nicht gemeint haben können. Deshalb wäre ich mit solchen Formulierungen etwas vorsichtig.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Astrup, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Holger Astrup [SPD]:

Von Herrn Kubicki immer!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vielen Dank! - Herr Kollege Astrup, können Sie mir angesichts der von Ihnen beschriebenen doch so wichtigen Funktion der parlamentarischen

Minister- oder Ministerinnenvertreter eine Erklärung dafür geben, daß wir nur noch einen haben? Soll das bedeuten, daß es keine weiteren wichtigen Termine anderer Ministerien gibt?

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

- Die Erklärung hätten Sie sich möglicherweise selbst geben können, Herr Kollege Kubicki, da wir ja gehört haben, daß durch die Neuschneidung der Ministerien beispielsweise der nicht zu unterschätzende und landesweit sehr wichtige Bereich des Sport - von Ihnen auch immer unbestritten - neuerdings beim Innenminister ressortiert. Und die Vielzahl von Freiwilligen Feuerwehren, Polizeistationen - auch von Ihnen unbestritten -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist alles Herr Zahn!)

wird ja immer dann gern im Munde geführt, wenn es Ihnen gerade paßt; wenn es denn aber dazu kommt, daß diese - in diesem Falle Vereine auf der Seite des Sports - oder die wichtigen Freiwilligen Feuerwehren ihre entsprechende Aufmerksamkeit bekommen können, dann wird das hier wieder in Abrede gestellt.

Ich will - und die SPD-Fraktion will -,

(Wortmeldung des Abgeordneten Hans Wiesen [SPD] - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

dass die Verbände und Vereine auch in Zukunft die ihnen gebührende Aufmerksamkeit erhalten können. Wir werden - das nehme ich doch an - nach der Ausschußüberweisung gemeinschaftlich feststellen, daß das, was wir in § 13 a des Landesministergesetzes niedergeschrieben haben, auch in Zukunft Bestand haben wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiesen?

Holger Astrup [SPD]:

Aber selbstverständlich!

Hans Wiesen [SPD]: Herr Kollege Astrup, können Sie mir angesichts der Tatsache, daß es nur noch einen Parlamentarischen Vertreter gibt - mit Kosten, wenn ich es richtig sehe, von 7200 DM pro Jahr -, die Bedeutung der Initiative der Opposition erklären, die heute bis hin zur Erörterung von Verfassungsgrundsätzen diskutiert werden soll?

- Herr Kollege Wiesen, wie so oft in diesem Hohen Hause steht die Länge der Rede der Opposition im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, wir haben nur fünf Minuten angemeldet! - Heiterkeit)

Deshalb sollten wir es so lassen, wie es ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lieber Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will gar nicht verhehlen, daß ich dem vorliegenden Antrag nicht gänzlich ohne Sympathie gegenüberstehe,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

insbesondere nachdem er so engagiert vorgetragen wurde.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das entscheidende Problem besteht aus der Sicht meiner Fraktion darin, daß ein Parlamentsmitglied, das zum Parlamentarischen Vertreter oder zur Parlamentarischen Vertreterin eines Ministers ernannt wird, damit quasi Regierungsaufgaben wahrnimmt.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Dies wirft für unsere Fraktion in der Tat ein grundsätzliches Problem auf, nämlich das der **Trennung von Exekutive und Legislative**.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Thorsten Geißler [CDU]: Richtig!)

Bekanntlich soll getreu dem Prinzip der Gewaltenteilung unseres Demokratielehrmeisters Montesquieu die Legislative - sprich: das Parlament - die Gesetze machen, und die Exekutive - sprich: die Regierung - soll auf der Grundlage der Gesetze regieren, also die Gesetze ausführen.

Was mich bei diesem Antrag allerdings sehr wundert, ist die Tatsache, daß Sie bei diesem läblichen Ansinnen als erstes an die Parlamentarischen Vertreter denken, die ja bekanntlich gar keine exekutiven Aufgaben haben, sondern lediglich repräsentative Aufgaben wahrnehmen. Sie begründen Ihren Antrag damit, daß Abgeordnete im allgemeinen nicht geneigt sind, gleichzeitig die parlamentarische Funktion der Regierungskontrolle wirksam wahrzunehmen.

Richtig, aber wenn Sie das Prinzip ernst nehmen würden, hätten Sie hier den Antrag stellen müssen, daß die Minister der Landesregierung nicht zugleich Abgeordnete sein dürfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir auch, wenn es sein muß!)

Das Prinzip der Trennung von Amt und Mandat halten wir für richtig.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn die Grünen das beantragen, unterstützen wir das! Da stimmen wir zu!)

Wir halten es nicht nur für richtig, sondern wir praktizieren es auch. Nicht umsonst hat gestern unsere neue Ministerin Angelika Birk vor Übernahme des Ministeramtes ihr Abgeordnetenmandat niedergelegt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finde ich auch sehr vernünftig!)

Das tun wir auch deshalb, weil wir es im Sinne der Glaubwürdigkeit der Politik für wichtig halten, ein Prinzip, das wir für richtig halten, zunächst auch selbst zu praktizieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bekanntermaßen haben dagegen fast alle Minister Ihrer beiden Parteien in Bonn neben ihrem Amt auch noch ein Abgeordnetenmandat, und keiner Ihrer Minister hat mit der Übernahme seines Amtes sein Abgeordnetenmandat niedergelegt, auch nicht der F.D.P.-Minister Schmidt-Jortzig, der zugleich Abgeordneter aus Schleswig-Holstein ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finden wir auch sehr merkwürdig!)

Es hätte uns daher sehr gefreut, wenn Sie - bevor Sie hier einen solchen Antrag stellen - einen Parteitagsbeschuß in Ihren Parteien herbeigeführt hätten, mit dem Sie Ihre Minister zur Niederlegung ihres Mandates verpflichteten. Daß Sie nichts dergleichen getan und nie auch nur eine entsprechende Äußerung getan haben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht, Herr Hentschel!)

wirft für uns allerdings einen beträchtlichen Zweifel an der Ernsthaftigkeit Ihres Antrags auf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluß führen Sie dann noch aus, daß durch die Abschaffung der Parlamentarischen Vertreter und Vertreterinnen erhebliche Kosten gespart würden. Tatsächlich kostet ein Parlamentarischer Vertreter maximal 1900 DM im Monat. Im Vergleich dazu kosten die Parlamentarischen Staatssekretäre in Bonn pro Exemplar mehr als das Zehnfache.

(Widerspruch bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon sind aber auch 80 Millionen Deutsche betroffen!)

Zum Schluß will ich ehrlicherweise nicht verhehlen, daß die Ablehnung Ihres Antrags durch uns auch etwas mit dem Koalitionsvertrag zu tun hat,

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Aha!
Ach so!)

insbesondere deshalb, weil uns die SPD mitgeteilt hat, daß es voraussichtlich bei der Bestellung nur eines Parlamentarischen Vertreters bleibt. Damit können wir gut leben und hoffen, daß der betreffende Minister dadurch von Repräsentationspflichten etwas entlastet wird und deshalb mehr Zeit zum Regieren hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Ich möchte Ihnen für das Zuhören und auch für die vielen Zwischenbemerkungen danken. Ich verbinde damit die Hoffnung, daß wir in Zukunft von Anträgen mit so überzeugender Begründungsqualität verschont bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, was uns die neue Regierungskoalition hier vorführt.

(Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut, nicht?)

- Ja, ich fand Ihre Jungfernrede - bis auf den letzten Satz -, Herr Kollege Hentschel, gelungen und hätte sie in fast allen Punkten unterstreichen können, auch was die Aufforderung angeht, Regierungsämter und Mandate in Bonn zu trennen. Das ist in unserer Partei nicht nur diskutiert, sondern auch auf mehreren Parteitagen - jedenfalls von Gremien unserer Partei - beschlossen worden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, und?)

Sehen Sie, Herr Hentschel, uns geht es dann wahrscheinlich so, wie Ihnen auch, daß eben Beschlüsse der Basis nicht ordentlich umgesetzt werden, wie Ihnen ja auch bestätigt worden ist.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Aber lassen Sie mich folgendes noch kurz sagen. Ich bin ganz begeistert darüber, daß Herr Hentschel sagt, ein parlamentarischer Ministervertreter koste 1900 DM pro Monat, und für Hans Wiesen werden daraus - mal zwölf - 7000 DM.

(Heiterkeit - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Neugebauer?

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Selbstverständlich!

Günter Neugebauer [SPD]: Herr Kollege Kubicki, wenn Sie eben auf die Diskussion in Ihrer Partei - vermutlich im Landesverband Schleswig-Holstein - über die Trennung von Amt und Mandat hingewiesen haben: Trifft meine Erinnerung zu, daß Sie sich selbst in Ihrer früheren Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter um ein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär beworben haben?

- Zunächst einmal trifft Ihre Erinnerung natürlich nicht zu, Kollege Neugebauer!

(Heiterkeit)

Das mag daran liegen, daß Sie zu der Zeit, als ich dort war, nicht im Deutschen Bundestag gesessen haben.

Zum anderen ist diese Frage schon dreimal in diesem Hohen Hause gestellt worden, und dreimal ist sie beantwortet worden. Offensichtlich hören Sie auch hier nicht zu. Dann kann ich Ihnen auch nicht weiterhelfen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit diese Landesregierung Positionen räumt, die sie vor noch nicht allzu langer Zeit vehement verteidigt hat.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Sie haben das nur vergessen!)

- Ich habe da gar nichts vergessen, Herr Kollege Rossmann.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben sich als Abgeordneter in der Fraktion beworben und haben verloren!)

- Das stimmt überhaupt nicht.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ich kann Ihnen das zeigen!)

- Ich lese die Fraktionsprotokolle von uns wahrscheinlich besser als Sie; es kann daran liegen, daß Sie sie nicht haben.

(Zuruf von der CDU: Im übrigen hätte er dann sein Mandat niedergelegt! - Lebhafte Heiterkeit)

- Ich sehe, daß die hohe Sachkompetenz auch bei der Union vorhanden ist, denn in Bonn ist die Rückgabe des Mandats für parlamentarische Ministervertreter gar nicht möglich; die würden dann gleichzeitig ihr Amt als Parlamentarische Vertreter verlieren.

(Anhaltende Heiterkeit)

Als die F.D.P. gemeinsam mit der Union den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes einbrachte, wußten wir nicht, daß wir von der Wirklichkeit so dramatisch schnell überholt werden. Nach dem uns von der Ministerpräsidentin bekanntgegebenen Personalschlüssel wird es künftig nur noch einen - ich wiederhole - einen Parlamentarischen Vertreter geben, und zwar den Kollegen Zahn beim Innenminister, über den ich auch in seiner Funktion als Mannschaftsführer des FC Landtages nur Gutes sagen kann, weshalb ich diese Funktion gegenwärtig auch nicht kritisieren möchte.

Alle anderen Parlamentarischen Vertreter haben sich entweder durch hervorragende Arbeit selbst überflüssig gemacht, oder sie waren zu keinem Zeitpunkt nötig. Oder, Kollege Wiesen, sollen wir jetzt lernen, daß die Verbände des Tourismus, des Gaststätten- und Hotelverbandes und andere Verbände künftig auf die Repräsentanz der Landesregierung verzichten müssen, weil es keine Parlamentarischen Vertreter mehr gibt? Das kann doch keine ernsthafte Begründung gewesen sein, Herr Astrup, die zur Einrichtung der Parlamentarischen Vertreter geführt hat.

Gleichwohl - Kollege Geißler hat darauf hingewiesen - ist unser Gesetzentwurf nicht überholt. Wenn das Rechtsverhältnis der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister nach § 13a des Gesetzes noch gilt, noch in Kraft ist, besteht jederzeit die Möglichkeit, daß mit dem Unsinn Parlamentarischer Vertreter weitergemacht werden kann, um die eigene Fraktion oder die Mitglieder der Regierungsfraktionen zu beruhigen und weitere kostenträchtige und vor allen Dingen titelträgliche Positionen zu schaffen.

Kollege Hentschel, wir haben mehr und längere Erfahrungen mit der SPD in diesem Lande als Sie. Unser Vertrauen in die Zusagen der Sozialdemokraten reichen nicht so weit wie Ihr Vertrauen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

weil wir in den letzten Jahren erlebt haben, wie schnell Positionen mit der Erklärung geräumt worden sind, es gebe andere äußere Rahmenbedingungen, die es zwingend erforderlich machten. Wir wollen jetzt in einem Gesetzgebungsverfahren dafür sorgen, daß die Ministervertreter abgeschafft werden.

Herr Präsident - ich will mich jetzt wegen der Kürze der Zeit nicht wiederholen, wir haben uns auf fünf Minuten verständigt -, in Anlehnung auch an die hervorragenden Beiträge des von mir sehr vermißten Kollegen Dr. Buchholz in der letzten Legislaturperiode zu diesem Thema beantragen wir die Überweisung dieses Antrages in den Innen- und Rechtsausschuß, wo der Gesetzentwurf debattiert werden kann.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Ja, aber es hat aber noch keiner einen Antrag gestellt, Frau Präsidentin a.D. Es muß doch jemand den Antrag stellen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Fraktion beantragt Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß. Ich denke, daß wir in der parlamentarischen Beratung noch soviel Zeit haben, daß es möglich wird, den Parlamentarischen Vertreter Zahn aus dem Amt zu entlassen und damit das Gesetz zu ändern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich glaube, die Petuhanten in Flensburg würden zu diesem Antrag sagen: Das ischa eigentlich Sünde und machen ein neues Gesetz allein für den Abgeordneten Zahn.

(Holger Astrup [SPD]: Anders herum! Das Gesetz ist ja da! Wir würden nur die Änderungen für Zahn machen! - Heiterkeit - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Als dieser Vorschlag kam, wußten wir auch nicht, wie die Wirklichkeit aussah. Das, was ich dazu sagen werde, ist etwas Grundsätzliches. Denn richtig ist natürlich, daß sich der SSW schon früher gegen parlamentarische Ministervertreter ausgesprochen hat. Dazu stehen wir auch noch.

In der Begründung zu diesem Gesetzentwurf heißt es, daß durch die Abschaffung der Parlamentarischen Vertreterinnen und Vertreter erhebliche Kosten erspart werden könnten. Dies ist in Zeiten, in denen wir fast täglich mit neuen Horrormeldungen aus Bonn konfrontiert werden, die die finanziellen Möglichkeiten unseres Landes immer weiter einschränken, sicherlich ein Argument, das man nicht außer acht lassen darf.

Es heißt außerdem, daß Abgeordnete, die als Parlamentarische Vertreter in die Regierung eingebunden sind, im allgemeinen nicht geneigt sind, gleichzeitig die parlamentarische Funktion der Regierungskontrolle wirksam wahrzunehmen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist das!)

Um den Interessenkonflikt zu beschreiben, der hier gemeint ist, halte ich die Formulierung „geneigt sein“ für unpassend. Dennoch ist das Argument der Interessenkollision für mich wesentlich. Die Interessen eines Abgeordneten, der gleichzeitig in die Regierung eingebunden ist, werden sich zwangsläufig überschneiden.

Der Sinn der **Gewaltenteilung** liegt in der Aufteilung der politischen Macht in verschiedene Bereiche, deren gegenseitige Kontrolle der Mäßigung der Staatsgewalt dienen soll. In vielen Fällen ist die Trennung zwischen gesetzgeberischer, vollziehender und rechtsprecherischer Gewalt für uns ganz selbstverständlich, in anderen scheint sie nicht ganz klar.

Aufgabe des Parlamentes ist es, die Regierung zu kontrollieren, was das Parlament im Rahmen seiner Wahlfunktion selbst begründet hat. Wir bestellen die Regierung zum Träger der vollziehenden Gewalt. Damit schulden die Regierung und die ihr unterstellte Verwaltung dem Parlament Rechenschaft.

Problematisch wird die Gewährleistung der Kontrolle der vollziehenden Gewalt für diejenigen von uns, die gleichzeitig Funktionen in der vollziehenden Gewalt ausüben. Hier können **Interessenkonflikte** entstehen. Es kann aber auch zu einer unerwünschten Identifikation mit der Verwaltung kommen, was der Aufgabe der Verwaltungskontrolle widerspricht.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Diese Verquickung halten wir für nicht unbedenklich. Wir stimmen der Ausschußüberweisung zu.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], bei CDU und der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst gern eine Bemerkung in meiner Eigenschaft als der für das Landesministergesetz zuständige Minister machen.

Die Forderungen nach Abschaffung dieses Paragraphen im Landesministergesetz ist - Sie haben es schon gehört - keineswegs neu. Alle Landesregierungen, sowohl die SPD- wie die CDU geführten Landesregierungen haben in der Vergangenheit von dieser Institution Gebrauch gemacht. Alle Landesregierungen haben damit offenbar gute Erfahrungen gemacht. Ich kann das auch aus meiner eigenen Kenntnis bestätigen. Die Einrichtung ist also keineswegs überflüssig, wie hier gesagt wird, sondern durchaus eine sinnvolle Einrichtung, die einmal zur **Entlastung der Regierungsarbeit** beitragen kann und zum anderen aber auch zusätzliche **Informationsmöglichkeiten für das Parlament** und seine Ausschüsse schaffen kann. Dies ist genau die Idee, die der Schaffung der Parlamentarischen Staatssekretäre zugrunde lag.

Hier wurden vorhin Zahlen genannt. Ich habe sie ganz genau: 17 Ministerien und das Bundeskanzleramt und 27 Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister.

(Holger Astrup [SPD]: Das sind ja noch mehr, als ich gesagt habe!)

Wenn nun gesagt wird, hier solle man sparen, ist das sicherlich ein Argument. Aber man muß die sage und schreibe 22 900 DM im Einzelplan 04 für die Aufwendungen des Parlamentarischen Vertreters und die Vorteile abwägen.

Ernst nehmen muß man das, was hier zur **Parlamentskontrolle** gesagt worden ist. Dazu eine kurze Bemerkung: Ich glaube, daß diejenigen, die die „Gouvernementalisierung“ des Parlamentes angesprochen haben, um so mehr recht haben, wenn sie sich die Bonner Diskussion angucken. Dort haben die Parlamentarischen Staatssekretäre Linienfunktion, das heißt, sie sind direkte Vorgesetzte auch in Fachabteilungen. Das halte ich

in der Tat unter institutionellen Gesichtspunkten für eine sehr problematische Sache.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir aber gerade bei uns nicht, sondern unsere Parlamentarischen Vertreter sind in ihrer Aufgabenstellung auf die **repräsentative Wahrnehmung von Regierungsaufgaben** beschränkt.

Herr Abgeordneter Geißler, wenn Sie das Parlament in Gefahr sehen, nur weil wir hier einen Parlamentarischen Vertreter haben, spricht das nicht gerade für die Arbeit, die Sie sich in dieser Legislaturperiode vorgenommen haben, oder es spricht vielmehr für den Parlamentarischen Vertreter, und eines von beiden ist sicherlich richtig.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

Lassen Sie mich pro domo noch sagen: Wir werden einen Parlamentarischen Vertreter beim Innenminister haben, der für Polizei, Feuerwehr, Katasterverwaltung und Sport zuständig sein wird. Er wird dort die Stimme der Landesregierung ebenso wie das Ohr des Parlamentes sein.

Letzte Bemerkung: Lassen Sie mich auch das bewerten, was in der letzten Legislaturperiode von den Parlamentarischen Vertretern getan worden ist, und es mit einem Wort der Anerkennung versehen. Die Parlamentarischen Vertreter und Vertreterinnen der letzten Legislaturperiode haben eine hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich persönlich freue mich sehr auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit Peter Zahn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf an den Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wer diesem Verfahren zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 und 28 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/30

Resolution der Fraktionen der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/55

b) Volksbegehren zur Erhaltung des Buß- und Bettages

Antrag der Volksinitiative zur Durchführung
eines Volksbegehrens zur Erhaltung des Buß-
und Bettages
Drucksache 14/24

Bericht und Beschußempfehlung des Innen-
und Rechtsausschusses
Drucksache 14/25

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Innen-
und Rechtsausschusses, dem Herrn Abgeordneten
Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch die Änderung der Landesverfassung sind die Initiativrechte der Bevölkerung gestärkt worden. Das wirkt sich auch auf den Landtag und seine Arbeit aus. So hat er sich in der 13. Wahlperiode mehrfach mit Volksinitiativen beschäftigt. Das ist heute das erstmal, daß dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ein Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens vorliegt, nämlich ein Antrag der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zur Erhaltung des Buß- und Bettages.

Ein Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens ist nach dem Volksabstimmungsgesetz von den

Vertrauenspersonen der Volksinitiative schriftlich an den Präsidenten des Landtages zu richten, und zwar innerhalb von vier Monaten nach Bekanntmachung des Beschlusses des Landtages, die Volksinitiative abzulehnen. Liegt ein Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens vor, hat der Landtag innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrages über dessen Zulässigkeit zu entscheiden.

Der Innen- und Rechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 8. Mai 1996 mit dem vorliegenden Antrag beschäftigt und festgestellt, daß die Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Antrages erfüllt sind. Im Namen des Innen- und Rechtsausschusses empfehle ich daher festzustellen, daß der Antrag der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche auf Durchführung eines Volksbegehrens zur Erhaltung des Buß- und Bettages zulässig ist.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Gibt es Wortmeldungen zur Begründung des Gesetzentwurfs? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion legt dem neuen Landtag einen Gesetzentwurf mit dem Ziel vor, den Buß- und Betttag wieder zu einem gesetzlichen Feiertag in Schleswig-Holstein zu machen. Damit verbinden wir zwei Anliegen.

Erstens kommt es so zu einer wirksamen Entlastung der Arbeitgeber von Lohnzusatzkosten. Wenn der Arbeitgeberanteil zur Pflegeversicherung nicht mehr völlig unzulänglich durch die Streichung eines Feiertages kompensiert wird, greift die vorgesehene Alternativregelung, das heißt, dann müssen ersatzweise die **Arbeitnehmer** die vollständigen Kosten der Pflegeversicherung übernehmen. Der Arbeitgeberanteil entfällt, und damit wird Arbeit wieder bezahlbarer. Die Sozialkostenspirale zu Lasten von Arbeit und Beschäftigung wird gestoppt.

Das zweite Ziel, das wir mit dem Gesetzentwurf erreichen wollen, besteht schlicht und ergreifend darin, daß derjenige, der den Buß- und Betttag als einen Tag der religiösen Besinnung begehen möchte, dazu in Zukunft wieder an einem gesetzlichen Feiertag die notwendige Zeit und Muße zur Verfügung hat.

Die F.D.P.-Fraktion bleibt mit diesem Gesetzentwurf ihrer Linie, die sie in der vergangenen Wahlperiode vertreten hat, treu. Andere haben im Wahlkampf so getan, als unterstützten sie das Anliegen der Nordelbischen Kirche. Die CDU, die sich nun eines anderen besonnen hat, mag dafür auf die ihr eigene Art und Weise Buße tun.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bei den Grünen erwarten wir so und so nicht, daß sie in irgendeiner Frage politisches Rückgrat beweisen und bei ihren öffentlich vertretenen Standpunkten bleiben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die F.D.P.! - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Der absolute Höhepunkt aller windigen Ausflüchte zum Thema Buß- und Betttag steckt allerdings in dem Entschließungsantrag, den SPD und Grüne zu diesem Tagesordnungspunkt gemeinsam vorgelegt haben. Am Anfang steht in diesem Falle nicht das Wort, sondern das rituelle Vergießen von Krokodilstränen. Zuerst das Wehklagen über den Verlust des Buß- und Bettages, dessen Bedeutung Herr Schroedter und Frau Fröhlich gleich mit einer ganzen Adjektivtroika bekräftigen, dann jedoch der abrupte Kurswechsel: Man sehe gleichwohl „derzeit keine Möglichkeit, ihn als arbeitsfreien Feiertag in Schleswig-Holstein wieder einzuführen“.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Doch siehe, im dritten Abschnitt nahet die Erlösung: Die Landesregierung soll eine gesetzliche Regelung zustande bringen, die den Buß- und Betttag wieder zum geschützten Feiertag macht, zugleich aber die Kostenteilung der Pflegeversicherung zwischen Arbeitnehmer- und

Arbeitgeberanteilen beibehält. Das Ganze ist zwar etwas verklausuliert, aber es ist offenkundig so gemeint. Dahinter steckt in der Tat die gute, alte Weihnachtsmann-SPD: soziale Wohltaten zum Nulltarif, das heißt Pflegeversicherung plus bezahlter Feiertag. Wer bezahlt das am Ende? - Die Menschen, die wegen einer solchen Politik des ständigen Draufsattelns sozialer Wohltaten ihre Arbeitsplätze verlieren werden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wenn SPD und Grüne jetzt den Bürgern glauben machen wollen, sie könnten die sozialen Leistungen weiter ausweiten, möchte ich dazu sagen, daß in dieser Zeit wirklich jeder weiß, daß es darum geht, den Kern des Sozialstaates neu zu definieren, seine Leistungen finanziertbar zu halten, anstatt immer neue soziale Leistungen zu beschließen.

Wer sich dieser Realität verschließt, wird von den Bürgern zu Recht als ein politisches Fossil ohne Fähigkeit zur Gestaltung der Zukunft angesehen. Dazu paßt, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vor einigen Tagen eine sehr bemerkenswerte Analyse zur Situation der SPD veröffentlicht hat, in der es heißt, vor gut 20 Jahren, nämlich 1975, hätten 66 % der Westdeutschen die SPD als eine fortschrittliche Partei eingeschätzt, heute seien es nur noch 33 %,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihrer Wähler!)

also glatt die Hälfte des Anteils, den die sogenannte fortschrittliche SPD 1975 einmal hatte. Bodenlose Traumtänzeranträge wie der Resolutionsentwurf der Sozialdemokraten und der Grünen machen deutlich, warum die Menschen Sie in diesem Lande mittlerweile weithin als rückwärtsgewandte Sozialnostalgiker betrachten.

Ich beantrage, unseren Gesetzentwurf federführend an den Innen- und Rechtsausschuß und mitberatend an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schroedter.

Rolf Schroedter [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vier Bemerkungen machen.

Erstens. Die SPD respektiert das inhaltliche Anliegen der Volksinitiative und weiß sich mit den Initiatoren in zentralen Punkten einig. Wir sind uns mit den Kirchen, den Gewerkschaften und darüber hinaus über die kulturelle und soziale Bedeutung des Buß- und Bettages als kirchlicher Feiertag und als Feiertag für die Familien einig. Wir sind uns über die Bedeutung der Pflegeversicherung für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen einig. Wir sind uns über die Bedeutung der paritätisch finanzierten Sozialversicherung in Deutschland einig.

(Beifall bei der SPD)

So gesehen haben wir das gleiche Ziel wie die Volksinitiative und die Initiatoren des Volksbegehrens.

Zweitens. Der Verzicht auf den Buß- und Betttag als einen arbeitsfreien Tag entsprach faktisch einer bundesgesetzlichen Vorgabe aufgrund eines Parteienkompromisses - wenn Sie so wollen, eines schlechten Kompromisses -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt doch gar nicht!)

der die Abschaffung des Bußtages als gesetzlichen Feiertag von jedem Land erzwungen hat, das nicht bereit war, das Prinzip der **paritätischen Finanzierung** in der Pflegeversicherung aufzugeben, und das nicht bereit war, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einseitig hundertprozentig die Kosten dafür aufzubürden.

Ein solches Land ist Schleswig-Holstein wie die meisten anderen Länder auch. Die Sozialdemokraten müßten diesen Weg mitgehen, um die Pflegeversicherung insgesamt nicht zu gefährden. Die Pflegeversicherung hat etwas mit Menschenwürde zu tun, sie hat aber auch etwas mit dem Ausbau der pflegerischen Infrastruktur im Land Schleswig-Holstein zu tun und ist für eine stetig steigende Anzahl von Menschen von erheblicher Bedeutung. Dieses wollten und durften wir nicht gefährden. Wer die letzten zwei, drei

Monate die Diskussion in Bonn über die Frage, ob man nicht die zweite Stufe der Pflegeversicherung verschieben könne, verfolgt hat, der weiß, daß hier in der Tat eine Gefährdung vorhanden war.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bußtag als gesetzlicher Feiertag oder das System der hälftigen Finanzierung in der Pflegeversicherung - was für eine skurrile Alternative!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir streben an sich beides an, aber wir müssen den Initiatoren der Volksinitiative sagen: Dieses Ziel kann nur der Bund mit einer Änderung des Pflege-Versicherungsgesetzes, nicht ein einzelnes Land allein erreichen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wie soll das aussehen?)

Drittens. Der Antrag der F.D.P. ist textgleich mit dem Volksbegehrten. Der Antrag der F.D.P. geht in Wahrheit aber in eine andere Richtung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Antrag der F.D.P. ist faktisch ein Antrag zur Erhöhung der Abgabenlast der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus strebt der Antrag der F.D.P. offenkundig den Einstieg in den Ausstieg aus dem System der hälftigen Sozialversicherung an.

(Beifall bei der SPD)

Das sauge ich mir nicht aus den Fingern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich werde mir das anschauen, was Sie uns in zwei Jahren sagen werden!)

Die sozialpolitische Sprecherin der F.D.P.-Bundestagsfraktion hat an dem Tag, an dem das Pflege-Versicherungsgesetz in den Bundestag eingebracht worden ist, erklärt, sie, die F.D.P., wisse, „daß mit der von ihr durchgesetzten Kompensationsregelung ein in der Sozialgesetzgebung bisher unbekannter Grundsatz aufgestellt und ein Umdenkungsprozeß eingeleitet“ worden sei. - Kompliment! Das ist ehrlich, das ist deutlich; da weiß man, in welche Richtung die Reise gehen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Am Ende dieses Umdenkungsprozesses soll offenbar jener unbekannte Grundsatz auch in der Arbeitslosenversicherung, in der Krankenversicherung oder in der Rentenversicherung Platz greifen, der da heißt: Die einen zahlen alles.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie bei der Kfz-Versicherung auch!)

Das findet mit der SPD nicht statt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie lange noch?)

Ich füge hinzu: Ein solcher Ansatz bewegt sich auch außerhalb der „Kieler Runde“, der „Kieler Runde“, die im Mai 1995 - wohlgemerkt: im Mai 1995 - Auge in Auge mit der Pflegeversicherung, als klar war, welche Kosten in welcher Höhe auf die Arbeitnehmer zukommen, erklärt hat, die paritätische Finanzierung der beitragsgestützten Sozialversicherungssäulen habe sich bewährt.

Viertens. Die SPD-Fraktion verfolgt gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kurzfristig das Ziel, den Bußtag angesichts dieser Lage als geschützten kirchlichen Feiertag quasi auszubauen. Wir sind uns bewußt, daß dies keineswegs ein **Ersatz** für den **gesetzlichen Feiertag** sein kann oder sein soll. Wir bitten die Landesregierung, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Und schließlich: Am Bußtag 1976 hat sich Heinrich Albertz mit der Rolle dieses Tages befaßt. Er hat als Leitidee das Stichwort „Veränderung“

genannt und hinzugefügt: „Vor allem auch als Veränderung der Maßstäbe, nach denen wir zu leben gewöhnt sind, in der Skala der Werte, die wir uns gesetzt haben, in den Träumen und Ängsten, die uns erfüllen“, Diese Weitgespanntheit, dieser weite Bogen mahnt uns, daß es letztlich um mehr geht als um diesen einen Tag.

Angesichts der Flexibilisierung der Arbeitszeit, angesichts veränderter Maschinenlaufzeiten, angesichts der Ausweitung der Arbeitswelt, letztlich der Hektik unseres Alltags, müssen wir alle gemeinsam das Interesse haben, Reserven an Zeit zu haben und Reserven an Zeit zu halten für religiöse Besinnung, für Regeneration, ja für Muße im weitesten Sinne

(Zuruf von der F.D.P.: Dann können Sie ja unserem Gesetzentwurf zustimmen!)

und nicht nur für wirtschaftliche Betrachtungsweisen. Im Süden Deutschlands gibt es wesentlich mehr Feiertage. Geht es den Menschen dort wirtschaftlich schlechter als im Norden?

Summa summarum gilt, bezogen auf den Buß- und Betttag: Der Schlüssel zur Wiedergewinnung des Bußtages als arbeitsfreien Tag liegt beim Bund durch eine Änderung des Pflege-Versicherungsgesetzes, nicht bei unserem Land. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu der Resolution von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dall'Asta.

Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Klug, zunächst einmal zu dem F.D.P.-Gesetzentwurf, der fast wortgetreu aus der letzten Legislaturperiode übernommen wurde. Nur das Datum des Inkrafttretens mußte „geändert“ werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die CDU wird sich genauso wie damals im Dezember, als dieser Gesetzentwurf in der zweiten Lesung abgelehnt wurde, verhalten. Sie wird ihm mehrheitlich nicht zustimmen können. Ich will Ihnen auch sehr deutlich sagen, daß das, was in diesem Gesetzentwurf steht, aus meiner Sicht objektiv nichts mit der Volksinitiative der Kirchen zu tun hat.

Lassen Sie mich das mit einigen Zitaten deutlich machen. Als die Bischöfe am 21. Dezember 1994 die Unterschriftenaktion auf den Weg brachten, haben sie gleichzeitig eine Presseerklärung abgegeben. Ich lese sie Ihnen vor. Die Bischöfe verlangten, daß die Finanzierung der Pflegeversicherung gesamtgesellschaftlich und sozialverträglich geregelt wird. Die Kirchen hätten sich in der Diskussion um den Buß- und Betttag immer dafür ausgesprochen, nach anderen Wegen zu suchen. Dabei sind unter anderem die Aufgabe eines Urlaubstages, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit und eine sozialversicherungsrechtliche Lösung mit Belastung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu gleichen Teilen genannt worden.

Das entspricht eindeutig nicht dem, was Sie beantragen; denn Sie beantragen, die **Arbeitnehmer** sollen beide Teile bezahlen.

Als dann die Volksinitiative - darauf steht „Vervielfältigung erwünscht“ - Empfehlungen gab, wie diese Unterschriftensammlung durchgeführt werden sollte, schrieben die Kirchen erneut. Die Kirchen strebten eine Änderung dieses Bundesgesetzes an, wie Sie, Kollege Schroedter, es gesagt haben. Sie lehnten eine Kostendeckung durch Feiertage ab. Es gebe andere sozialverträgliche Finanzierungsformen, die sie vorher erklärt hatten. Wörtlich heißt es dann: „Geben Sie uns Ihre Stimme durch Ihre Unterschrift.“

Das heißt, die Kirche hat eindeutig geworben, indem sie gesagt hat, diese Lösung schließen wir aus.

Als dann die 72 000 Unterschriften bei der früheren Landtagspräsidentin Erdsiek-Rave abgeliefert wurden, haben die Kirchen wiederum eine Stellungnahme abgegeben, unterschrieben von Herrn Kohlwage. Darin steht: „Die Kirchenkonferenz der EKD hat sich dafür ausgesprochen, in der Frage der Finanzierung der

Pflegeversicherung für die sozialversicherungsrechtliche Lösung mit hälftiger Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu plädieren.“

Kollege Klug, auch das kann eigentlich nicht mit dem identisch sein, was die F.D.P. hier beantragt hat. Insofern, glaube ich, hat dieser Antrag mit der Volksinitiative der Kirchen nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Er hat natürlich im Ergebnis, daß der Buß- und Betttag theoretisch wiederhergestellt werden kann, das gleiche Ziel. Das gestehe ich Ihnen zu. Da ist die F.D.P. insofern auch gegenüber der Vergangenheit konsequent geblieben.

Lassen Sie mich auf die Resolution der SPD kurz zu sprechen kommen. In dieser Resolution der SPD heißt es - ich glaube, Kollege Schroedter, Sie haben es sinngemäß auch gesagt -: „Dieser jetzt von der Bundesregierung erzwungene Kompromiß ...“

Man kann über alles reden. Dieser Kompromiß ist eben nicht nur von der Bundesregierung erzwungen worden. Ich hatte schon einmal - alle können es nachlesen - am 6. Dezember vorigen Jahres darauf hingewiesen, daß die Frau Ministerpräsidentin damals im „Focus“ ein Interview gegeben hatte. Das war drei Monate, bevor die Regierungskoalition den Gesetzentwurf auf den Weg brachte, und neun Monate vor dessen Verabschiedung. Ministerpräsidentin Simonis hatte dort erklärt, daß die Pflegeversicherung ein Herzensthema der Sozialdemokraten sei.

Wenn Sie wissen, daß das nicht mehr zu bezahlen ist, kann man doch nicht hingehen und mit vor Empörung bebender Stimme sagen: Waigel, du bist der größte Schuldenmacher aller Zeiten, und zwei Stunden später geht der nächste SPDler an das Podium und meint, für die Pflegeversicherung gibt es keine Kompensation, da lassen wir nicht mit uns verhandeln. - Das paßt nicht zusammen. Es heißt dort:

„Focus“: „Wie soll die Pflegeversicherung finanziert werden?“ - Simonis: „Eines ist klar, es darf keine Karenztage geben. - Das ist eine Schnapsidee erster Güte. Man muß über Kompensation reden, wenn man weiß, die Kassen sind leer.“

„Focus“: „Was schlagen Sie vor?“ - Simonis: „Ich kämpfe für die Feiertagslösung.“

„Focus“: „Welche Feiertage sollen daran glauben?“ - Simonis: „Zwei katholische und ein evangelischer. Dann müssen alle mehr arbeiten, auch Minister, Abgeordnete und Beamte.“

Kollege Schroedter, ich sage das in aller Vorsicht: Man kann angesichts dessen, Frau Simonis für diese Lösung kämpft, nicht sagen, daß das von Bonn allein erzwungen wurde, sondern dann ist es doch ganz ohne jeden Zweifel so, daß sich offenbar auch unsere Ministerpräsidentin an diesem Kampf ein bißchen beteiligt hat und dazu beigetragen hat, daß es letztlich die Feiertagslösung gegeben hat und keine andere.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens, eine Zwischenüberschrift in diesem Interview lautet: „Simonis: Die Bonner SPD-Fraktion muß jetzt in die Puschen kommen“. Da paßt manches nicht zusammen. Frau Simonis hat sich anschließend - Herr Kollege Schroedter, Sie waren in der letzten Wahlperiode ja noch nicht dabei - in einer Parlamentsrede gelobt, indem sie die „Bild“-Zeitung vom Tag darauf, also vom 21. Juni zitierte - jetzt wörtlich Frau Simonis -:

„In der ‚Bild‘-Zeitung vom 21. Juni 1993 sagte er“

- Herr Boenisch -

„zur Feiertagslösung wortwörtlich: „Der Vorschlag von Frau Simonis ist nicht nur richtig, sondern er ist auch gerecht. Selbst auf die Gefahr, daß meine Kirche mich exkommuniziert: Die SPD-Dame hat recht.“

Dann sagte Frau Simonis weiter:

„Nun, finde ich, soll er aufhören, mich zu loben, denn sonst bekomme ich Schwierigkeiten, meiner eigenen Partei zu erklären, wo denn der Unterschied zwischen mir und Herrn Bönisch ist. Aber hier hat er nun einmal wirklich recht.“

Ich füge hinzu: Wenn man in die Geschichte der Pflegeversicherung hineingeht, könnten wir noch ein Jahr weiter zurückgehen, Kollege Schroedter. Ein Jahr weiter zurückzugehen würde nämlich heißen, daß wir Herrn Jansen zitieren, der damals hier im Lande Sozialminister war und der vorgeschlagen hat: Kompensation ja, und dann anschließend gesagt hat, er könne sich vorstellen, daß wir zur 40-Stunden-Woche zurückgehen, er könne sich vorstellen, daß wir Urlaubstage aufgeben oder daß möglicherweise der Verzicht auf Feiertage denkbar sei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt! Das war auch ein guter Mann!)

Das war noch ein Jahr vorher, das heißt, sage und schreibe eineinviertel Jahr vor dem Zeitpunkt, zu dem die Koalition ihren Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich sage einmal mit aller Vorsicht: Wenn Sie, meine Damen und Herren von den Grünen und von der SPD, denn schon eine solche Resolution beschließen wollen, dann sollten Sie wenigstens so wahrhaftig sein und hinzufügen: „Nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von Teilen der SPD, insbesondere von Teilen der schleswig-holsteinischen SPD, ist dieser Kompromiß so gestaltet worden.“

Ich weiß, daß es genügend Schwierigkeiten gibt - Konsequenz sehen wir auch in unserer eigenen Fraktion -, so daß wir in dieser Sache eben nicht geschlossen abstimmen, weil es einige gibt, die sagen, daß sie sich sehr wohl vorstellen könnten, daß die Arbeitnehmer das allein bezahlen, während es andere gibt, die sagen, nein, sie seien im Prinzip nicht dieser Auffassung; sie wollten die sozialversicherungsrechtliche Lösung auf jeden Fall erhalten. Insofern glaube ich, daß wir als Christliche Demokraten jedenfalls geschlossen auftreten.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Sie verfügen hier über die Mehrheit. Daß das, was Sie hier verabschieden, deshalb nun gerade wahrhaftig ist, wage ich allerdings zu bezweifeln. Deshalb frage ich Sie unter diesen Gesichtspunkten noch einmal, ob es wirklich richtig ist, diesen Antrag in

dieser Form aufrechtzuerhalten. Ich würde es um der Wahrhaftigkeit willen gut finden, wenn Sie den Antrag entweder zurückziehen oder zumindest diesen einen Satz ändern würden, indem Sie etwa hinzufügten: „und Teile der SPD, zum Beispiel Simonis oder Jansen“.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, Sie lachen; Sie dürfen ja auch gern lachen, aber, Herr Kollege Voigt, jetzt sage ich das einmal in aller Deutlichkeit: So habe ich es mir eigentlich immer vorgestellt. Wenn die Grünen erst in einer Koalition sind, dann zählt nicht mehr das Argument, sondern dann zählt der Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der CDU)

Im stillen hat man immer gesagt: „Vielleicht sind sie ja doch anders“. Aber jetzt sind sie hier in diesem Parlament, und jetzt bewahrheitet sich offenbar, daß sie von dem Tag an, an dem sie in der Koalition sind, alles unterschreiben, was von den Sozialdemokraten vorgelegt wird. Das finde ich schade, aber immerhin ist es für die Bevölkerung ja auch wichtig, daß sie feststellt, daß die Grünen - jedenfalls in dieser Beziehung - nicht mehr an der Wahrhaftigkeit orientiert sind, sondern schlachtweg nur noch an der Koalition.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dall'Asta - bei allem Respekt, Herr Professor! -, Sie glauben doch nicht etwa, daß Sie uns gleich am ersten Tag „auseinanderdividieren“ können. So einfach geht es denn doch nicht; das habe ich auch früher schon gesagt.

(Lachen bei der CDU)

Es ist auch alles gar nicht so schwierig, denn Herr Professor Dr. Dall'Asta hat mir die Gelegenheit gegeben, weit in die Geschichte der

Pflegeversicherung zurückzudenken. Ich darf Sie vielleicht auch noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die Grünen von Anfang an ein völlig anderes Konzept hatten.

(Zuruf von der CDU: Wir auch! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir auch!)

Wenn wir das Konzept umgesetzt hätten, dann hätten wir heute diese Probleme nicht. Dann hätten wir einen Feiertag mehr und hätten diese Möglichkeiten zur Besinnung. Dann brauchten wir Arbeit in diesem Lande nicht weiter zu „verdichten“, und dann brauchten uns auch nicht die Krokodilstränen zu kommen, Herr Dr. Klug, wenn die Unternehmen wegen dieses einen Feiertages oder der hälftigen Bezahlung der Pflegeversicherung in diesem Bereich pleite gingen. Das alles halte ich für ein ziemliches Märchen. So, wie Sie es hier dargestellt haben, ist es auch kein Stolperstein für eine gerade begonnene Koalition.

Selbstverständlich sind die Grünen nicht dafür gewesen, diesen Feiertag zu streichen. Aber selbstverständlich können auch wir in Schleswig-Holstein die Gesetze nicht einfach nach Gutdünken verändern und die Bonner Gesetze nicht einfach kippen; so ist es nun einmal. Auch Sie legen großen Wert darauf, daß wir Politik an der Realität machen und keine Traumtänzer sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat mit Bonn aber nichts zu tun!)

Deshalb kann ich nur sagen: Wir stehen zu dieser Möglichkeit, das Volksbegehren einzureichen. Wir begrüßen, daß sich die Kirche jetzt endlich für eine Aktion entschieden hat. Natürlich wäre es uns lieb gewesen, sie hätten sich in den ganz frühen Tagen der ersten Diskussion um das Pflegeversicherungsgesetz eindeutig und energisch zu Wort gemeldet und zumindest an der solidarischen Finanzierung dieser Versicherung keinen Zweifel gelassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das haben sie aber leider nicht getan. Erst, als es an ihren eigenen Besitzstand ging, sind sie wach geworden. Das habe ich den Kirchenleuten damals auch schon selbst mitgeteilt. Ich habe einen

Briefwechsel mit den zuständigen Referentinnen und Referenten geführt. Erst da kam die Kirche wirklich in die Puschen. Es tut mir leid, daß ich das von hier aus so sagen muß, aber es geht ja auch um Wahrhaftigkeit. Das habe ich vor ein paar Monaten gesagt, und das kann ich auch ohne weitere Schwierigkeiten von diesem Pult aus sagen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt ja auch!)

Deswegen ist es sehr bedauerlich, wenn hier an dieser Stelle der Bußtag so hochstilisiert wird. Der Bußtag ist nun einmal staatlicherseits eingeführt worden. Das hat sich nämlich König Friedrich II. ausgedacht, um sein Volk zu mehr Gehorsam zu erziehen. Auch das muß man sich klarmachen, wenn man um den Buß- und Betttag herum ein Geranke und Gewölke von großartigen, christlichen und sonstwelchen Bekenntnissen rankt.

Tatsächlich vertreten wir folgende Meinung. Erstens. Das Volksbegehr der Kirche ist zu begrüßen. Wir freuen uns, daß die Kirche an dieser Stelle die Initiative ergreift.

Zweitens. Wir sehen zur Zeit keine Möglichkeit, diesen Feiertag wieder als gesetzlichen Feiertag einzuführen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was machen wir denn, wenn es ihnen gelingt?)

Drittens. Wir schlagen vor, aus dem Feiertag nach Thüringer Vorbild einen ganztägig geschützten Feiertag zu machen, so daß Menschen, die ihn in Anspruch nehmen möchten, dann wenigstens auch die Möglichkeit dazu erhalten.

Langfristig bitten wir Sie um Ihre Unterstützung, genau das zu befürworten, was wir vorgeschlagen haben, nämlich eine steuerfinanzierte Pflegeversicherung und eine von Ihrer Partei endlich ausgesessene und vollkommene Steuerreform in diesem Lande einzuleiten. Das ist überfällig, und nicht eine Polemik, wie Sie sie hier betreiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Herren! Meine Damen! Ich gehe davon aus, daß wir uns im Grunde alle darüber einig sind, daß wir den Buß- und Betttag gern wieder einführen würden. Das ging aus den verschiedenen Beiträgen auch hervor. Die Wiedereinführung dieses gesetzlichen Feiertages ist aber nicht zum Nulltarif möglich. Die Wiedereinführung dieses gesetzlichen Feiertages würde die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande teuer zu stehen kommen. Sie würden einseitig mit den Kosten der Pflegeversicherung belastet werden. Da sollten wir uns gar nichts vormachen. Wir können den Betttag jedenfalls nicht als Sonderangebot feilbieten; die Frage nach dem Preis dafür ist die Wurzel unserer unterschiedlichen Auffassungen. Von daher möchte ich das wiederholen, was Herr Dr. Klug von der F.D.P. gesagt hat: Die Wiedereinführung des Buß- und Bettages sollte auch als Entlastung der Arbeitgeber gesehen werden. - Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war die Begründung, Frau Spoerendonk!)

Meine Frage lautet: Ist das fortschrittliche Politik?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, das war die Begründung durch die Ministerpräsidentin!)

Die einseitige Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den Pflegeversicherungskosten ist der Preis, der für die Wiedereinführung des Buß- und Bettages zu zahlen wäre. Wir können diese Regelung von hier aus nicht ändern. Für Änderungen des Pflege-Versicherungsgesetzes ist der Bund zuständig. Diese Tatsache mag zugleich auch ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß die Delegierten der Nordelbischen Kirchen nur mit knapper Mehrheit beschlossen haben, den Weg über das Volksbegehr zum Volksentscheid einzuschlagen.

In Kirchenkreisen herrscht Uneinigkeit darüber, ob die Wiedereinführung eines Feiertages jedenfalls dann, wenn der Feiertag auf einen Werktag fiele,

diesen Preis wert ist. Für den SSW stellt sich da die Frage, wie wir es uns dann anmaßen können, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes diesen Tag mit dem Rattenschwanz an Folgekosten, den ein solches Handeln auslösen würde, zu verordnen.

Mein Vorgänger, Karl Otto Meyer, hat anlässlich der Volksinitiative zum Buß- und Betttag wiederholt betont, daß er nicht für die Abschaffung des Buß- und Bettages eingetreten sei und somit auch nicht gegen dessen Wiedereinführung sein könne. Diese Haltung möchte auch ich mir zu eigen machen. Da das Ergebnis der Wiedereinführung des Buß- und Bettages aber die einseitige **Kostenverteilung der Pflegeversicherung** auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist, sollten eben diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch ein Mitspracherecht haben.

Der SSW begrüßt die demokratischen Mitwirkungsrechte, die unsere Landesverfassung den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins einräumt. Bei uns gibt es gegen die Ablehnung einer **Volksinitiative** eine Art **Berufungsinstanz**. Es ist das gute Recht der Kirche, nun den Weg über das Volksbegehren zum Volksentscheid zu beschreiten. In diesem besonderen Fall muß der Weg des Volksbegehrens unserer Meinung nach beschritten werden. Eines steht fest: Sollte die Mehrheit der Bevölkerung Schleswig-Holsteins für die Wiedereinführung des Buß- und Bettages eintreten, so wird das für die überwiegende Mehrheit derselben Bevölkerung eine teure Angelegenheit werden. Eine derart folgenschwere Entscheidung sollte unserer Meinung nach dann auch unbedingt von einer Mehrheit in diesem Lande getragen werden.

Wenn der überwiegende Anteil dafür ist - in Ordnung -, dann machen wir das, wenn aber nicht, dann werden durch einen Gesetzentwurf wie dem der F.D.P. viele Menschen erhebliche finanzielle Einbußen erleiden. Das ist die Begründung dafür, daß der SSW nicht dem Gesetzentwurf der F.D.P. zustimmen kann. Wenn der Antrag zur Ausschußüberweisung führt, stimmen wir dem natürlich zu. Aber ich füge hinzu, daß wir ohne weiteres die Resolution der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mittragen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, ich schließe die - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir würden gern die Ministerin hören!)

- Bitte, Frau Ministerin. Frau Ministerin Moser hat das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Eindruck, daß eigentlich zum Thema Buß- und Betttag in diesem Hause in den letzten Monaten genug gesagt worden sei, hat sich bisher nicht verflüchtigt. Dennoch können wir ja auch von der Diskontinuität ausgehen und in der neuen Legislaturperiode dieses Themas noch einmal zu diskutieren anfangen. Ich will es einmal so formulieren: Nicht alle, die zum Thema bisher tief Luft geholt haben, haben hinsichtlich ihrer Position einen langen Atem bewiesen, sehr geehrter Herr Dall'Asta, auch wenn ich Ihnen bescheinige, daß Ihr Atem durchaus ausreichte, die Selbstzitierung und die langen Zitate, die Sie uns so oft hier vorgetragen haben, zu wiederholen. Allerdings nehme ich den Begriff - weil Sie ihn eingeführt haben - noch einmal auf. Der Wahrhaftigkeit Ihrer Argumentation dient das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die F.D.P.-Fraktion bleibt mit dem Einbringen des Gesetzentwurfes ihrer Linie immerhin treu, und zwar in doppeltem Sinne. Sie nutzt erstens die unglückselige Feiertagsdebatte, die uns ja bei der Erstellung des Gesetzes sehr belastet hat, weil die gesamte öffentliche Aufmerksamkeit nur auf die Kompensationsdebatte gerichtet war und viel weniger auf die entscheidenden wichtigen Inhalte des Gesetzes - die **Kompensation der Kosten der Pflegeversicherung über diesen Feiertag** -, um deutlich zu machen, wo ihrer Meinung nach die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme liegt, nämlich in einer Umwandlung in private Versicherungen bei Abschaffung unserer Systeme. Herr Klug hat dies ja noch einmal sehr deutlich gemacht. Zweitens bleiben Sie Ihrer Linie treu, indem Sie wieder einmal versuchen zu gucken: Stehen denn die Mehrheiten und haben andere das

Kreuz - ich sage es mal vorsichtig -, das die F.D.P. nicht in jeder politischen Lage beweist?

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Günter Neugebauer [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber Frau Moser!)

Wir haben für die Landesregierung und für die SPD-Seite immer wieder deutlich gemacht, daß die unerfreuliche Feiertagskompensation Folge eines politischen Kompromisses ist. Und ich wiederhole - weil ich es ja auch wiederholen muß -, daß es im Interesse der pflegebedürftigen Menschen ist und es dazu keine Alternative gab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich wiederhole nicht, was uns die Pflegeversicherung bedeutet. Das sollte uns allen langsam, seit es sie gibt, klar sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Geht es den Arbeitnehmern in Bayern und Sachsen schlechter als denen hier?)

- Natürlich geht es ihnen schlechter. Das können wir doch sehr leicht sehen, wenn wir in die Geldbeutel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gucken.

(Zurufe von der F.D.P.)

Wir haben keine Alternative gehabt, es sei denn, wir hätten die Pflegeversicherung für Jahre, um nicht zu sagen für Jahrzehnte, zu den Akten legen wollen, ergebnislos und zum Schaden der pflegebedürftigen Menschen. Deshalb ist es für mich eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, zu diesem Kompromiß zu stehen - nicht mit Begeisterung, natürlich nicht, denn dieser Kompromiß ist durchaus eher irrational als rational. Er ist nämlich aus der Sicht derer, die ihn im Sinne des berühmten Fußes in der Tür - in diesem Falle in der Tür, die von der **paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme** und dem sozialstaatlichen Solidaritätsprinzip wegführt - erzwungen haben, symbolhaft. Jeder, der zum heutigen Zeitpunkt diesen Kompromiß in der Pflegeversicherung zur Disposition stellt - ich sage ausdrücklich noch einmal: zum heutigen Zeitpunkt - oder die Umsetzung dieses Kompromisses

unmöglich macht, der leistet denen Vorschub, die diese Tür, die aus der hälftigen Finanzierung, aus der Solidarität der sozialen Sicherungssysteme wegführt, vollends aufdrücken wollen.

(Beifall bei der SPD, der Abgeordneten Detlef Mattiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoerendonk [SSW])

Meine Damen und Herren, ich muß leider anmerken, daß dies auch für Vorschläge gilt, die jetzt eine versicherungsrechtliche Lösung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung in Frage stellten, wie es neulich die sozialpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getan hat. Ich weiß, daß dies inzwischen vom Tisch ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Denkt man wenigstens darüber nach, ob es finanzierbar ist?)

Der Gesetzentwurf der F.D.P., der heute vorliegt, bedeutet, daß die **Arbeitnehmer** allein mit dem vollen **Beitrag** finanziell belastet werden. Nur als kleiner Hinweis für die Größenordnung, um die es dabei geht: Das sind gut 20 Millionen DM im Monat für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande. Es ist also keine Kleinigkeit. Herr Klug hat das ja dankenswerterweise und diesmal auch besonders ehrlich an den Beginn seiner Begründung gestellt, daß Sie genau das auch wollen, daß Sie ernsthaft glauben wollen, daß das unser Problem der teuren Arbeit in diesem Lande lösen würde. Sie wissen sehr genau, daß dies nicht so ist. Sie wollen hier nur den Einstieg in den Ausstieg aus unserem Sozialsystem.

Ich sage auch noch einmal in die andere Richtung: Den von der F.D.P. mitverursachten, von der CDU mitbeschlossenen und in der Tat schwierigen Kompromiß auszuhebeln und ihn zu instrumentalisieren, unter anderem auch für erhoffte Wahlstimmen, ist unerträglich, ist unehrlich.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn hier publikumswirksam der Eindruck erweckt werden soll, es bestehe Übereinstimmung mit den

kirchlichen Interessen, die in diesem Zusammenhang auch artikuliert worden sind, es bestehe hier die Sorge um eine Feiertagskultur oder es bestehe gar Solidarität mit den arbeitenden Menschen, so geht dies doch ziemlich an der Realität vorbei. Gestatten Sie mir ein Luther-Zitat. Luther hat einmal gesagt: „Heuchelei gibt Geld's genug, Wahrheit geht betteln.“ Lassen Sie es uns mit der Wahrheit und mit Luther halten und zu den von uns beschlossenen Kompromissen auch wirklich stehen, politische Glaubwürdigkeit beweisen und nicht weiter dazu beizutragen, die Pflegeversicherung zu demontieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoerendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Beratung.

Ehe wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich das 1. Führungsunterstützungsregiment Kiel und die Junge Union aus Lütjenburg auf der Tribüne.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich bitte um Ruhe und etwas mehr Konzentration. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 4, über den Gesetzentwurf Drucksache 14/30. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf federführend dem Innen- und Rechtsausschuß, mitberatend dem Sozialausschuß und - Herr Dr. Klug - dem Wirtschaftsausschuß - zu überweisen. Ist das so richtig?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ja!)

- Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist damit einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Antrag Drucksache 14/55. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 28. Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 14/25, abstimmen. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/39

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich warte gleich auf die Aussprache!)

- Damit eröffne ich gleich die Grundsatzdebatte. - Bitte sehr.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die F.D.P.-Fraktion bringt erneut einen Gesetzentwurf ein, der die in Artikel 10 Abs. 2 der Landesverfassung festgehaltene Formel „Der Landtag besteht aus 75 Abgeordneten“ in die Verfassungswirklichkeit übersetzen kann.

Manche mögen es einen glücklichen Umstand nennen, manche Gottes weise Fügung, daß wir trotz der Tatsache, daß viereinhalb Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag sitzen, die **Zahl von 75 Abgeordneten** punktgenau getroffen haben. Wenn die Union nicht in 19 Direktwahlkreisen das Abgeordnetenmandat errungen hätte,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hat sie aber!)

sähe die Situation heute vielleicht ganz anders aus. Insofern bedanken wir uns selbstverständlich bei der CDU dieses Hauses.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Aber niemand kann sicher sein, daß nicht bei der nächsten Landtagswahl die Union die Anzahl der direkt gewonnenen Mandate verdoppeln oder noch weiter erhöhen kann. Stellen wir uns nur einmal vor, die Grünen werden stärker, die Sozialdemokraten nehmen weiter ab, und wir haben eine ganz andere Situation! Um das zu verhindern - wie im F.D.P.-Vorschlag vorgesehen -, muß die **Anzahl der Direktwahlkreise gesenkt** und die Anzahl der **Listenmandate erhöht** werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Hierzu sind sehr ausführliche Ausführungen durch den ehemaligen Kollegen Dr. Buchholz für die F.D.P.-Fraktion gemacht worden. Ich empfehle insofern das Plenarprotokoll über die Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 30. Juni 1994 sowie vom 13. Oktober 1994 zur Lektüre, ohne daß ich die Argumentation wiederholen will.

Wie wir dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien und auch dem Beitrag der Kollegin Fröhlich von heute vormittag haben entnehmen können, ist jedenfalls Nummer 1 b) unseres Gesetzentwurfs mehrheitsfähig. Sollte sich die CDU nicht doch noch eines Besseren besinnen, wird es hier in diesem Parlament zu einer rot-gelb-grünen Mehrheit kommen.

Die Einführung der **Zweitstimme bei der Landtagswahl** sollten wir so schnell wie möglich beschließen, damit wir uns für den Rest der Legislaturperiode wichtigeren Aufgaben zuwenden können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Für meine Fraktion möchte ich den Mitgliedern der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Verhandlungskommission ausdrücklich danken, die jedenfalls bei diesem Punkt hart geblieben sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gern geschehen! - Lachen bei der CDU)

Entgegen der Behauptung aus vergangener Zeit, die Zweistimmenregelung begünstige die kleineren Parteien, stellen wir fest, daß das Zweistimmenwahlrecht eine von vielen Menschen in diesem Land gewünschte Differenzierung zwischen den persönlich bekannten und geschätzten Kandidaten einerseits und den Parteien andererseits ermöglicht,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

eine Differenzierung, Kollege Hennig, die in einer Zeit immer wichtiger wird, in der die traditionellen Bindungen an Großorganisationen abnehmen.

Frau Präsidentin, wir bitten insoweit um Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innen- und Rechtsausschuß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Eine so kurze Rede habe ich von ihm ja noch nie gehört!)

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki hätte es noch kürzer machen können; er hätte sich auf die Eingangssätze einer Presseerklärung seines Fraktionskollegen Ekkehard Klug vom 9. Mai 1996 beschränken können. Erster Satz Antragsinhalt: „F.D.P. wird sich erneut für eine Wahlrechtsänderung einsetzen.“ - Zweiter Satz Antragsbegründung: „Bei Mandatszuteilung nach Niemeyer hätte die F.D.P. einen Abgeordneten mehr, die SPD einen weniger.“

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn Politik zweckgerichtetes Handeln ist, wie man in Eingangssemestern der Politologie erfährt, dann ist Landespolitik zweckgerichtetes Handeln

zum Nutzen des Landes und nicht zum Nutzen der F.D.P. oder irgendeiner anderen Partei.

(Beifall bei der SPD)

Zweck der monatelangen Wahlrechtsdiskussion in der vergangenen Legislaturperiode war es doch - das hat Herr Kubicki angedeutet -, die **Zahl der Landtagsmandate** auf die verfassungsmäßig vorgesehene Zahl von 75 zu begrenzen. Das ist eine erforderliche und auch ausreichende Zahl zur **Wahrung der Funktionsfähigkeit** unseres Parlaments.

Tatsächlich haben wir hier 1992 bis 1996 aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmanaten 89 Abgeordnete gehabt. Die Befürchtung aufgrund einer Infas-Umfrage vom November 1993 war, die Abgeordnetenzahl könnte sich 1996 auf über 100 steigern. Tatsächlich ergab das Landtagswahlergebnis 1996 exakt die Zahl von 75 Abgeordneten, wie von der Verfassung vorgesehen, verbunden mit dem unstreitigen Vorteil, daß die Regierungsmehrheit etwas komfortabler geworden ist - drei Stimmen statt einer Stimme -, und verbunden mit dem Nebeneffekt, daß die F.D.P. es wider aller vernünftigen Erwartung noch einmal geschafft hat.

Die punktgenaue Landung auf der Mandatszahl von 75 bestätigt meine These aus der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses vom 28. September 1994. Ich habe damals gesagt:

„Wahlrechtsänderungen sind strukturelle Eingriffe in das parlamentarische System. Daraus folgt: a) Sie sollten möglichst auf Dauer angelegt sein und nicht von Zufallswahlumfragen oder Einzelwahlergebnissen abhängig gemacht werden; b) sie sollten möglichst im Einvernehmen aller demokratischen Fraktionen, das heißt mit einer möglichst breiten parlamentarischen Mehrheit beschlossen werden.“

Das haben wir damals nicht geschafft. Lassen Sie uns auf der Grundlage des neuen F.D.P.-Gesetzentwurfs die Möglichkeiten einer zweckmäßigen und sachgerechten Wahlrechtsreform mit der erforderlichen Sorgfalt

diskutieren und den Versuch unternehmen, dieses Mal rechtzeitig zur nächsten Landtagswahl zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schlie das Wort.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Klaus Schlie [CDU]:

Immer an der richtigen Stelle, Herr Abgeordneter Füllner!

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Beginn einer neuen Legislaturperiode bietet viele Risiken und Chancen. Über die Risiken für die Menschen in Schleswig-Holstein haben wir heute im Zusammenhang mit der Regierungserklärung gesprochen. Der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion, der das Ziel hat, das Wahlgesetz für Schleswig-Holstein zu ändern, könnte die Chance bieten, hier zu einer Gemeinsamkeit zu kommen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Die Voraussetzungen dafür sind auch deswegen besonders günstig, Herr Kollege Kubicki, weil der heute vorliegende F.D.P.-Gesetzentwurf der Gesetzentwurf ist, den CDU und F.D.P. in der 13. Wahlperiode gemeinsam zu diesem Themenkomplex vorgelegt haben.

Ausgehend von den Erkenntnissen der Enquetekommission „Verfassungs- und Parlamentsreform“ und des dazu eingesetzten Sonderausschusses in der 12. Wahlperiode ist es dann in der 13. Wahlperiode zu intensiven parlamentarischen Beratungen zu diesem Thema gekommen. Über die Erörterungen im Innen- und Rechtsausschuß hinaus ist auch in interfraktionellen Gesprächen der Versuch unternommen worden, gemeinsam eine **Wahlrechtsreform** zu erarbeiten.

Über das Scheitern des Versuchs und die Gründe, die zum Scheitern führten, möchte ich mich als neuer Abgeordneter in diesem Hohen Haus nicht äußern.

Für uns als CDU-Fraktion gilt nach wie vor der Grundsatz, daß mehr als 75 Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag die Effizienz des Parlaments nicht steigern.

Die Ausgangslage der **Diskussion in der 13. Wahlperiode** war ja dadurch gekennzeichnet, daß in diesem Hohen Haus 89 Abgeordnete eingezogen waren. Eine Verkleinerung des Parlaments war schon deshalb ein Gebot der Stunde.

Da ich die Debattenbeiträge zu diesem Thema aus der letzten Legislaturperiode mit großem Interesse gelesen habe, ist mir natürlich nicht entgangen, daß auch Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, grundsätzlich eine Verkleinerung des Parlaments befürwortet haben. Strittig war der Weg, der dahin führen sollte. Vor allem die Frage, wie eine Begrenzung der Zahl der Abgeordneten zu erreichen ist, war strittig.

CDU und F.D.P. waren aufgrund der umfangreichen Materialien des Landeswahlleiters und des Wissenschaftlichen Dienstes der Auffassung, daß dieses Ziel dadurch erreicht werden kann, daß die Zahl der Direktmandate auf 37 begrenzt wird. Sie von der SPD wollten anfangs eine Begrenzung oder gar Abschaffung der Überhang- und Ausgleichsmmandate. Später haben Sie diesen Vorschlag dann relativiert und wieder einkassiert, weil Sie eingesehen haben, daß Ihr Vorschlag zu Lasten der jeweiligen parlamentarischen Minderheit gehen muß, wenn der Wahlausgang Überhang- und Ausgleichsmmandate erforderlich macht, und manchmal ist man ja schneller in der parlamentarischen Minderheit, als man dieses denkt.

Glücklicherweise sind wir nun mit dem Wahlausgang vom 24. März dieses Jahres der politischen Normalität in Schleswig-Holstein ein Stück näher gekommen. Damit Sie mich nicht falsch verstehen, lassen Sie mich anmerken, daß ich hier damit nicht meine, daß eine rot-grüne Mehrheit für Schleswig-Holstein normal wäre, sondern ich meine, daß die 19 Direktmandate, die von der CDU gewonnen wurden, ein wichtiger Schritt sind, um

die politische Normalität in Schleswig-Holstein wieder zu erreichen.

(Beifall bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Na, na!)

Lassen Sie uns gemeinsam die eingangs angesprochene Chance nutzen, um eine Reform des Wahlrechts zu erarbeiten und zu beschließen. Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Gert Börnsen hat ja in der 71. Sitzung folgendes erklärt - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin :-

„Die SPD ist auf der Grundlage Ihres Antrages“

- gemeint ist der Antrag von CDU und F.D.P. -

„und unter Hinzuziehung der entsprechenden Berichte und Materialien des Landeswahlleiters wie auch der Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zu einer Wahlrechtsreform bereit, wenn von allen Seiten ein parteiübergreifender Konsens gesucht wird, und das kann sicherlich nur die Grundlage sein.“

Nun gehört Herr Börnsen aus bestimmten Gründen diesem Hohen Hause nicht mehr an. Dieses Angebot könnte allerdings ein Ansatz sein, tatsächlich in der 14. Wahlperiode in dieser Sache ein Stück weiterzukommen und einen Konsens zu finden.

Neben dem vor allem auch in der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgten Ziel, die Zahl der Abgeordneten auf 75 zu begrenzen, gab es zwei weitere markante Reformvorschläge, nämlich die **Einführung des Auszählverfahrens nach Hare-Niemeyer** statt des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens und die Einführung der Zweitstimme.

Und nun darf ich mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin, den Abgeordneten Puls aus der Sitzung vom Oktober 1994 zitieren, um die dringende Notwendigkeit von interfraktionellen Gesprächen deutlich machen zu können. Der Abgeordnete Puls hat damals gesagt:

„Es ist unstreitig, daß das vorgeschlagene

Zweitstimmenwahlrecht und das Hare-Niemeyer-Auszählverfahren

Elemente sind, die einzige und allein den Zweck haben können, die Wahlchancen der F.D.P. zu verbessern. Ich sage Ihnen, was ich im Ausschuß auch schon gesagt habe: Wahlrechtsreform als Überlebenshilfe für Kleinstfraktionen halten wir nicht für sachgerecht.“

Das war nun 1994. Diese Position der SPD von damals steht in sehr krassem Widerspruch zu der Vereinbarung, die SPD und Grüne im Koalitionsvertrag getroffen haben. Denn dort heißt es ja, wie unter Nummer 7.9 nachzulesen ist: „Bei Landtagswahlen wird eine Zweitstimme eingeführt.“

Die SPD hatte damals also das **Zweitstimmenwahlrecht** als Überlebenshilfe für Kleinstfraktionen abgelehnt, um jetzt dafür zu plädieren. Erkenntnis für uns alle: Die Quantität der politischen Borniertheit sinkt mit der verringerten Anzahl sozialdemokratischer Mandate.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Da aber die Einführung des Zweitstimmenwahlrechts die einzige Aussage zu diesem Thema im Koalitionsvertrag ist, scheint es uns geboten, die interfraktionellen Beratungen zur Reform des Wahlrechts insgesamt wieder aufzunehmen. Insofern verstehen wir den heutigen Vorstoß der F.D.P.-Fraktion als einen sinnvollen Anstoß für eine Reform des Wahlrechts, die den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande gerecht wird und die von einer breiten Mehrheit in diesem Hohen Hause getragen wird. Denn das ist die Grundvoraussetzung, um das Wahlrecht zu reformieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Voigt.

Wilfried Voigt [(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich an den schönsten Tiger im Saal wenden. Wo ist er denn?

(Zurufe: Rausgegangen!)

- Uns wurde ja der Vorwurf gemacht, die Grünen seien als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Und darauf wollte ich, weil es hier ja jetzt um das Wahlrecht geht, noch einmal Bezug nehmen und an eine Passage der Rede von Herrn Kubicki von heute morgen anknüpfen. Er hat folgendes hier zum besten gegeben:

„Innerhalb von acht Jahren 16% der Wählerstimmen zu verlieren und dann noch von erfolgreicher Politik zu sprechen, grenzt an schon an Orwellsche Sprachverwirrung. Es ist kein Beleg für eine vorurteilsfreie Wahrnehmung der Wirklichkeit.“

Nun nehmen wir diese Passage einmal auseinander. Zunächst einmal - ich habe mich beim Landeswahlleiter schlau gemacht - hat die SPD nicht 16%, sondern 15% verloren.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Sie ist von 54,8 % auf 39,8 % der Stimmen gesunken. Jeder, der die politische Wirklichkeit beobachtet, weiß, daß 39,8 % eher mit der Wirklichkeit zu tun haben, und daß 54,8 % der Stimmen natürlich auf Sondereffekte dramatischer Art zurückzuführen sind,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das hat die SPD aber ganz anders gesehen!)

Insofern hat es eher mit der Realität zu tun, zu sagen, daß aus diesem Ergebnis von 1996 eher die Wirklichkeit spricht als beim Ergebnis zuvor.

Dann ist die Rede von Orwellscher Sprachverwirrung. In seiner “brave new world“ hat Orwell von Verfälschung der Sprache gesprochen. Und der Begriff der Sprachverwirrung wird mit Babylon in Verbindung gebracht. Die Babylonische Sprachverwirrung, das ist etwas anderes als das, was Orwell gemeint hat, nämlich Täuschung und nicht einfach nur Verwirrung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wenn man das jetzt auf die Wirklichkeit abklopft, dann kommt man - ich will wieder das Bild vom Tiger und dem Bettvorleger aufgreifen - zu folgender Feststellung: Erstens sachlich nicht sauber, zweitens Sprüche und Inkompétenz. Und ich komme zu folgender Bewertung: Was diese Passage dieser Rede angeht, ist eher derjenige, der hier wochenlang sozusagen durchs Hohe Haus gewandert ist in der Erwartung, er könnte Rot-Grün heute vorführen, als Bettvorleger gelandet. Ich sage einmal: Qualitätsmarke Filzmatte.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nun zur Sache! Die ganze Angelegenheit wird im Ausschuß noch weiter behandelt werden. Und wir sind in gewisser Weise schon stolz darauf, eine der klarsten Regelungen des Koalitionsvertrages durchgesetzt zu haben, die da eindeutig heißt: Bei Landtagswahlen wird eine **Zweitstimmenwahl** eingeführt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fertig! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist übrigens nicht nur in bezug auf die kleinen Parteien von Bedeutung, und da ist es wahrscheinlich gar nicht mehr so von Bedeutung, sondern es ist insbesondere politisch wichtig, damit die Wählerinnen und Wähler eine Möglichkeit haben, den differenzierten politischen Vorstellungen, die sie im Kopf haben und die an Personen und Parteien gebunden sind, Ausdruck zu verleihen. Das ist der eigentliche Hintergrund.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Mann muß wohl bei der SPD in die Schule gegangen sein bei dieser Polemik!)

Und gerade weil die Wahlen zu Parlamenten eine der bedeutsamsten Entscheidungen sind, die das Wählervolk überhaupt innerhalb einer repräsentativen Demokratie zur Verfügung hat, ist es nur folgerichtig, wenn man versucht, gerade

Politikverdrossenheit durch **differenziertere Wahrnehmung von Wahlmöglichkeiten zu bekämpfen.**

Sie haben sicherlich in unserem Parteiprogramm gelesen, daß wir noch sehr viel weiterreichende Vorstellungen haben, von denen jetzt in diesem Entwurf nicht die Rede ist. Der Entwurf hat zwar in bezug auf die Zweitstimme dieses Moment, differenziertere Wahlmöglichkeiten zum Ausdruck zu bringen, aber ansonsten strotzt er davon, sich als kleine Partei abzusichern, und das finden wir in gewisser Weise etwas kleinlich.

Das wurde durch Ihren Wortbeitrag auch noch einmal bestätigt. Sie haben das ganze Thema gerade so eingeschätzt, daß Sie sagen, nun, dann wollen wir den Gesetzentwurf schnell vom Tisch kriegen, damit wir uns wichtigeren Aufgaben zuwenden können. Ich finde, die Frage des Wahlrechts - die Forderung nach verlässlichen, stabilen, möglichst einvernehmlichen Entscheidungen hier in diesem Hohen Haus ist mit die wichtigste strukturelle Aufgabe -, ist nicht etwas, was man so schnell einmal erledigt, um dann andere Sachthemen - so formuliere ich es einmal - abzuarbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, das ist eine Fehleinschätzung.

Und dann ist vom Kollegen Puls zu einem weiteren Punkt die Interpretation zitiert worden, beim Hare-Niemeyer-Zählverfahren hätte die SPD einen Sitz weniger gehabt und die F.D.P. einen mehr. Das ist auch reichlich kurz gedacht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo stand das?)

Wir werden von unserer Seite in diese Diskussion eine politische Diskussion einbringen, die sich mit der Frage des Wahlalters befaßt. Auch im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit erlebe ich es immer wieder, daß sehr viele junge Leute mit 16 Jahren die Verhältnisse dieser Gesellschaft sehr viel klüger einschätzen können als stark interessengebundene beispielsweise mit 40.

(Konrad Nabel [SPD]: Kubicki
meinetwegen! - Beifall bei der SPD)

Wir als Bündnisgrüne haben etwa die Erfahrung gemacht - auch in anderen Bundesländern -, daß auch weiterreichende Möglichkeiten der Ausschöpfung des Wahlrechts wie **Kumulieren** und **Panaschieren** mitdiskutiert werden sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Eines jedenfalls ist sicher: Wenn wir die Zweitstimmen hier im Land einvernehmlich im Wahlrecht verankern - das ist für dieses Land ein Fortschritt -, haben wir gemeinsam ein gutes Stück an Grundstruktur geschaffen. Es ist im Interesse des Landes Schleswig-Holstein wichtig, daß das im Ausschuß sorgfältig diskutiert, als Gesetzesvorlage hier eingebracht und nicht - wie so vieles andere - zerredet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das mit der Gemeinsamkeit haben wir von Herrn Börnsen auch gehört! Dann war es aber nichts mehr! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Also: Willi Voigt muß bleiben!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Herren! Meine Damen! Nachdem die Zeit vor der Landtagswahl für die F.D.P. eine echte Zitterpartie war, habe ich natürlich vollstes Verständnis dafür, daß sie mit der Einführung der Zweitstimme jetzt schnellstens Vorkehrungen treffen will, um dem Herzinfarkt nicht noch einmal nahezukommen.

(Beifall bei der SPD)

Für kleine Parteien ist die Zweitstimme in Verbindung mit dem Hare-Niemeyer-Auszählverfahren bekanntlich ein Vorteil. Das gilt natürlich auch für den SSW.

Auf unserem Parteitag vor 14 Tagen sagte ich dazu aber: „Wer jetzt die Zweitstimme einführen will, darf sich später nicht darüber beklagen, daß der SSW zu groß wird.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Befürchtung haben wir nicht!)

- Das wird kommen.

Als Vertreterin des SSW will ich dennoch nicht verschweigen, daß ich das dänische Wahlverfahren bevorzuge, obwohl und gerade weil die Wähler dort nur eine Stimme haben. Sie entscheiden, wie sie diese Stimme nutzen - entweder um einen Kandidaten oder um eine Partei zu wählen. Das ist natürlich nur durch größere Wahlkreise machbar. Dieses Wahlverfahren wäre für uns in Schleswig-Holstein eine Lösung, die wirklich etwas brächte. Ich spreche hier von grundsätzlichen demokratischen Vorteilen, von Vorteilen, die nicht nur einzelnen Parteien etwas bringen. Ich finde, es ist gut, von Zeit zu Zeit über den eigenen Tellerrand zu blicken und von seinen Nachbarn zu lernen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau! Dann sollten die Dänen von uns lernen!)

Das **dänische Wahlverfahren** hat drei Vorteile. Die möchte ich Ihnen hier aufzeigen.

Punkt 1. Der Landtag hätte endlich eine bestimmte Mitgliederzahl, an der nicht gerüttelt werden könnte. Wir kämen bei jeder Wahl auf eine verlässliche Anzahl von Mandaten.

Der Bund der Steuerzahler hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode verlangt, die Zahl der Landtagsabgeordneten zu reduzieren. Wir sind zwar nach der Landtagswahl wieder auf die vorgesehene Anzahl von 75 Mandaten gekommen - es hätte aber genausogut eine Situation eintreten können, die eine bestimmte Anzahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten erforderlich gemacht hätte.

Ich möchte nicht für das geradestehen, was der Bund der Steuerzahler gesagt hat. Aber dies war ein Argument, als man in der letzten Legislaturperiode über das Wahlgesetz diskutierte.

Punkt 2. Die Wähler würden der Verteilung der Sitze im Lande ihren ganz besonderen Stempel aufdrücken. Schließlich wählen sie bestimmte Personen und Persönlichkeiten innerhalb der von ihnen bevorzugten Partei. Sie können unmittelbar über die Zusammensetzung des Parlaments hinsichtlich der dort agierenden Politiker entscheiden.

Punkt 3. Die Parteien verlieren die entscheidende Macht, die ihnen die Listen einräumen. Das bedeutet natürlich auch, daß aufgestellte Listen, Parteilisten gesprengt werden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Durch Direktmandat ist das immer möglich!)

Dadurch kann jemand, der einen hinteren Listenplatz hat, nach vorn rücken. Das hat sich in Dänemark zum Beispiel besonders positiv auf die Frauenquote im Parlament ausgewirkt.

Wir vom SSW hoffen, daß die Ausschußüberweisung, der wir natürlich zustimmen, zu einer Anhörung führen wird, bei der auch ein Experte das dänische Wahlverfahren erläutern und Ihnen - wie wir hoffen - sympathisch machen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welchen Direktwahlkreis soll der SSW gewinnen?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, es ist eine bekannte Tatsache und daher auch nicht verwunderlich, daß die Diskussion um das Wahlrecht, - auch um das Wahlsystem - insbesondere nach einer Wahl wieder neu entfacht wird. In einem so sensiblen Bereich wie dem des Wahlrechtes sollten Veränderungen jedoch nicht ohne einen wirklich tragfähigen, rechtfertigenden Grund, vor allem nicht eines erhofften kurzfristigen politischen Vorteils wegen, vorgenommen werden.

Die mit dem Zweitstimmenrecht verbundene Möglichkeit des Stimmen-splittings ist geeignet, unser Wahlsystem zu verbessern.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, die Einführung der Zweitstimme bei den Landtagswahlen zum Inhalt der Koalitionsvereinbarung zu machen. Wir folgen damit dem Wahlrecht des Bundes und einer Vielzahl anderer Länder. Das ist eine klare, eindeutige Entscheidung dieser Regierungskoalition.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Mit der Forderung, die **Zahl der Wahlkreise** zur Landtagswahl zu verringern, wird eine Diskussion wiederaufleben, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode umfassend geführt worden ist und deren Länge und Breite kaum noch zu überbieten ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wie bei der Zweitstimme, Herr Minister!)

Sie hat mit dem Ihnen allen bekannten Ergebnis geendet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie bei der Zweitstimme! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Welchem denn?)

- Da haben wir nun klare, eindeutige Entscheidungen, Herr Kubicki, wie das in der Politik dann so ist.

Wie das Wahlergebnis vor zwei Monaten gezeigt hat, haben sich die bereits seinerzeit geäußerten Befürchtungen, die Sitzzahl des Parlamentes steige ins Unermeßliche, nicht bewahrheitet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dank der CDU!)

Vielmehr zeigt sich, daß sich insbesondere mit der Annäherung der großen Parteien in Schleswig-

Holstein die **Zahl der Abgeordneten** der 13. Wahlperiode erheblich verringert. Aus der Sicht der Landesregierung ist deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Handlungsbedarf in dieser Frage nicht gegeben.

Die Ersetzung des bisher in Schleswig-Holstein bei der Mandatsverteilung angewandten d'Hondtschen Höchstzahlverfahren durch das System der mathematischen Proportion nach Hare-Niemeyer bringt keinen so großen Vorteil, der aus der Sicht der Landesregierung eine Änderung des bisherigen Auszählungsverfahrens rechtfertigen würde. Beide Verfahren entsprechen den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein für die Verhältniswahl unabdingbares **Mandatsverteilungssystem**. Eine mathematisch absolute Gleichheit des Erfolgswertes der Stimmen kann indes mit beiden Berechnungsarten nicht erreicht werden. In jedem Fall bleiben Reststimmen unberücksichtigt.

Die dem System **Hare-Niemeyer** zugeschriebene Eigenschaft, daß es kleinere Parteien begünstige, trifft nicht automatisch in jedem Fall zu. Die Unterschiede beider Systeme bewegen sich im Ergebnis nur in ganz engem Rahmen, nämlich bei der Zuteilung des letzten Sitzes. Außerdem wirkt sich der Unterschied längst nicht bei jedem Wahlergebnis aus.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Entwicklung der Diskussion über das Mandatsverteilungsverfahren in Niedersachsen verweisen. Dort wurde bis 1977 nach **d'Hondt** berechnet und anschließend auf das System Hare-Niemeyer übergegangen, welches bereits 1984 erneut durch d'Hondt abgelöst wurde.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Da waren die Grünen raus!)

Auch diese Änderung hielt nur bis zum vergangenen Jahr. Seit 1995 wird die Mandatsverteilung in Niedersachsen wieder nach Hare-Niemeyer vorgenommen, Herr Oppositionsführer.

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß wir uns in Schleswig-Holstein eine solche Entwicklung ersparen und angesichts nicht klar erkennbarer Vorteile des Systems Hare-Niemeyer gegenüber der d'Hondtschen Berechnungsmethode eine Änderung im bisherigen System der Mandatsverteilung nicht vornehmen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gariele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Eine Mitberatung eines anderen Ausschusses ist nicht vorgesehen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz - SH AbG -)

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/44

Zwischen den Fraktionen ist vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache abzuhandeln.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Mitberatung wird nicht gewünscht.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 8 aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, daß sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, nach dem Tagesordnungspunkt 8 heute noch den Punkt 11 der Tagesordnung zu behandeln.

(Holger Astrup [SPD]: Ja!)

Ich rufe jetzt also Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Entschließung zum Marineschiffbau

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/18

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/52

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.
Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Wir werden uns - denke ich - an das Ritual gewöhnen müssen, daß sachlich begründete Anträge der Oppositionsfaktionen beständig mit dem Hinweis belegt werden, man werde sich Rot-Grün nicht auseinandertreiben lassen, ohne daß dann noch eine weitere Erklärung in der Sache folgt.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Matthiessen, ich empfehle Ihnen wirklich, den heute in der „Zeit“ erschienenen Artikel von Robert Leicht etwas genauer zur Kenntnis zu nehmen und damit auch ein wenig das Parlamentarismusverständnis zu belegen. Es kann ja nicht so sein, daß mit der beständigen Erklärung, Rot-Grün habe sich bereits irgendwo verabredet und verständigt, hier keine inhaltliche Diskussion mehr stattfindet; der entziehen Sie sich.

(Beifall bei F.D.P. und er CDU)

Anlaß für unseren Antrag „Entschließung zum Marineschiffbau“ ist eine Besorgnis, die wir - so glaubten wir jedenfalls bisher - mit der Landesregierung in der Person der Ministerpräsidentin und der des Wirtschaftsministers geteilt haben, nämlich die Besorgnis, daß der Werftenstandort Bundesrepublik Deutschland und insbesondere auch der **Werftenstandort Schleswig-Holstein** dadurch besonders gefährdet sind, daß gewinnträchtige Margen im Handelsschiffbau kaum oder nicht mehr zu erzielen sind, und die Erkenntnis, daß unsere Werften an diesen Standorten nur überleben können, wenn sie die hohen Margen aus dem Sonderschiffbau erhalten und beibehalten können.

Ich will in diesem Zusammenhang - vielleicht für die Vertreterinnen und Vertreter der Grünen - nur darauf hinweisen, daß zum Beispiel in der „Welt am Sonntag“ vom 18. April unter der Überschrift „Werften gehen die Lichter aus“ zu lesen war, in welcher krisenhaften Situation sich unsere Werften befinden - nicht erst und nur seit dem „Vulkan“-Zusammenbruch, sondern auch und insbesondere unsere Werften hier in Schleswig-Holstein. Wer darüber hinaus heute den Artikel in den „Kieler Nachrichten“ zur Kenntnis genommen hat - „Schreibt Bonn die Werften ab?“ - und dabei festgestellt hat, daß bei sehr vielen - auch kleineren und mittleren - Werften wegen der Veränderung der Abschreibungslage - übrigens wird ja auch von den Sozialdemokraten gewünscht, wenn ich es richtig verstanden habe, daß man Sonderabschreibungen im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht nicht mehr zuläßt - Arbeitsplätze massiv bedroht sind, der wird verstehen, daß uns die Sorge auch um die **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein umgetrieben hat.

Es kommt ja selten vor, daß es einen Grund gibt, den Schulterschluß zu üben. Ich war ganz begeistert und dankbar, daß mir von Werftenvertretern der Brief des Wirtschaftsministers vom 1. April 1996 - ich hoffe, es war kein April-Scherz - zugeleitet worden ist, in dem der Wirtschaftsminister in Übereinstimmung mit der Ministerpräsidentin ausführte -:

„Ich stimme Ihnen auch insoweit zu, als der Marineschiffbau und insbesondere der Export von Marineschiffen für die deutsche Schiffbauindustrie angesichts des unbefriedigenden Preisniveaus für Handelsschiffe von größter Bedeutung sind und bestimmten Werften eine Quersubventionierung des Handelsschiffneubaus ermöglichen.“

Ich frage mich, warum die Sozialdemokraten dieses Landes dies nicht mit uns gemeinsam bekräftigen können, wie es in unserem Entschließungsantrag enthalten ist.

Was für mich aber viel wichtiger ist - es ist weiter ausgeführt worden -:

„Allerdings sollte eines klar sein: Das Ausmaß der Rüstungsproduktion wird von

der Außen- und Verteidigungspolitik bestimmt, zwei Politikbereichen also, die in unserem föderalen System in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes gehören.“

Und jetzt kommt der entscheidende - aus unserer Sicht auch bekräftigenswerte - Satz:

„Im Rahmen der außen- und verteidigungspolitischen Prioritäten der Bundesebene steht die Landesregierung auf der Seite unserer Werften, wenn es darum geht, Aufträge auch nach Deutschland und insbesondere nach Schleswig-Holstein zu holen.“

Das sollten wir doch bekräftigen können, daß sich die Landesregierung eben auch aktiv im Rahmen der Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, einsetzt, um **Aufträge** hereinzuholen, auch aus dem **Marineschiffbau**, auch aus NATO- oder Nicht-NATO-Staaten, jedenfalls solange das im Rahmen der Bundesebene erlaubt ist.

Wir gestehen zu, Herr Kollege Saxe und andere, daß die Sozialdemokraten und die Bündnisgrünen versuchen wollen, diese bisherige bundesgesetzliche Regelung zu verändern. Wir gestehen zu, daß es auch gute Gründe dafür gibt, **Rüstungsexporte** in Gebiete außerhalb des NATO-Gebiets zu unterbinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber solange die Rechtslage so ist, hat die Landesregierung - jedenfalls wenn ihre Auffassung so zutrifft, wie es hier geschildert worden ist - unsere Unterstützung verdient, wenn sie einen aktiven Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein leisten will und nicht nur einen passiven Beitrag.

Deshalb verstehe ich nicht, warum die Sozialdemokraten im letzten Spiegelstrich ihres Entschließungsantrags, Herr Saxe, erklären, daß der Landtag die Auffassung der Landesregierung teile, „wonach schleswig-holsteinische Unternehmen auch zukünftig in die Umsetzung von Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr

einzubeziehen sind und schleswig-holsteinische Unternehmen auch zukünftig an der Abwicklung von Marineschiffbau-Aufträgen aus Exportaufträgen beteiligt sein können“; denn dies beschreibt nichts anderes als die bestehende Rechtslage, nämlich ein passives Verhalten, das wir gerade nicht wollen. Ich wäre dankbar, wenn das zuständige Mitglied der **Landesregierung**, Herr Minister Steinbrück, vor diesem Haus erklärte, ob er seine einmal beschriebene aktive Rolle möglicherweise auch bei der Beschaffung von Aufträgen beibehalten will oder ob er sich gegenüber den Werften wortbrüchig verhalten will und seine Position ändert.

Es geht darum, einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Werftenstandorts Schleswig-Holstein zu leisten. Deshalb unser Entschließungsantrag, deshalb die Unterstützung der Landesregierung insoweit, deshalb auch unsere Initiativen auf Bundesebene über unsere Kolleginnen und Kollegen aus der CDU/CSU- und der F.D.P.-Bundestagsfraktion, beispielsweise das Fregattenbauprogramm des Bundes zu erhalten, weil davon auch schleswig-holsteinische Werften profitieren.

Wir erwarten hier eine eindeutige Zustimmung zu unserem Antrag und nicht eine so abgrundtiefe Verwässerung, wie sie der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ausweist.

Wir bitten um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich der Frau Abgeordneten Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ihnen vorliegende **F.D.P.-Antrag** entspricht nicht dem heutigen Informationsstand und auch nicht der von dieser Partei in diesem Hause geführten Debatte,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

hat doch die F.D.P. hier immer wieder unterstellt, wir würden mit der Wahrheit hinter dem Berg

halten, und massiv gefordert, genau diese Wahrheit deutlich zu sagen.

Schaut man sich den Antrag an und weiß man, daß die F.D.P. bisher vergleichbare Anträge - übrigens mit derselben Überschrift - abgelehnt hat, dann fragt man sich: Welches Spiel wird hier gespielt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt überhaupt nicht! Welchen vergleichbaren Antrag, den wir abgelehnt haben sollen, meinen Sie?)

- Ich komme darauf noch zurück, ganz ruhig, Herr Kubicki!

Das erinnert fatal an die Geschichte von dem Hasen und dem Igel; allerdings frage ich mich: Wer ist hier der Hase und wer der Igel?

Nun will ich diese kleine Partei auch nicht unnötig aufwerten

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht schon der Wähler, Frau Rodust; da brauchen Sie keine Angst zu haben!)

und wende mich lieber der Sache zu, die viel zu ernst ist, als daß man sie für politische Spielereien mißbrauchen sollte.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, daß der **Truppenabbau** weiter vollzogen wird. Im Zusammenhang mit der **Abrüstung** begrüßen wir selbstverständlich alle die Verkleinerung der Bundeswehr, wenn sie denn gerecht und fair vollzogen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Präsidentin, ich glaube, hier liegt ein Irrtum vor!)

Wir haben uns darauf einzustellen, auch weitere Einschnitte in Schleswig-Holstein hinnehmen zu müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Präsidentin, das ist ein anderer Tagesordnungspunkt!)

Es hat also überhaupt keinen Sinn, Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir reden zum Marineschiffbau, nicht zur Bundeswehr!)

Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Um auch den neuen Kolleginnen und Kollegen die Debatte zu erleichtern, stelle ich erst einmal mit wenigen Worten die Geschichte der Konversion in Schleswig-Holstein vor.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Rodust, darf ich Sie einmal unterbrechen? Wir sind jetzt beim Tagesordnungspunkt „Marineschiffbau“. Kann es sein, daß Sie zu einem anderen Tagesordnungspunkt sprechen?

Ulrike Rodust [SPD]:

Oh, Entschuldigung! Entschuldigung, dann müssen Sie sich den Anfang morgen bitte noch einmal anhören. Ich habe eben gerade offenbar eine falsche Information bekommen.

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb hatte ich schon gefragt!)

- Ja, okay! Dann verschieben wir das ganze auf morgen. Entschuldigung!

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Saxe.

Bernd Saxe [SPD]:

Das ist sozusagen Premierenpech. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, Sie haben ja in letzter Zeit Ihre Leidenschaft entdeckt, die „Zeit“ und Herrn Leicht zu Ihrem Evangelium zu erheben und sich ständig auf ihn zu berufen. Ich habe kürzlich mit großem Vergnügen den „Spiegel“ gelesen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und?
Haben Sie etwas gelernt?)

über das neue Dream-Team der F.D.P.: Kubicki und Möllemann - Alptraum-Team wohl eher!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Geschrieben von dem Lebenspartner
von Krista Sager! Muß ich noch mehr
dazu sagen?)

Da habe ich auch gelesen - wenn ich das noch hinzufügen darf - und möchte das hier sinngemäß zitieren, der Herr Kubicki, der Herr Kollege Kubicki sei - sinngemäß - die Inkarnation des unseriösen Politikers.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr
schön! - Holger Astrup [SPD]: Was?
Das stand da?)

Nun hätte ich ja vermutet, daß man dann, wenn einem dieses Etikett angeklebt wird, bemüht ist, diesen Eindruck in der Öffentlichkeit zu verwischen und ihn nicht noch zu verstärken.

Ich habe den Eindruck, daß Sie heute den ganzen Tag nichts anderes tun, als den Eindruck, der im „Spiegel“ wiedergegeben ist, zu verstärken.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Reden
Sie zur Sache!)

Zur Sache! - Der Herr Oppositionsführer hat mich aufgefordert, zur Sache zu kommen; das will ich gerne tun. Wir wollen - das entnehmen Sie unserem Entschließungsantrag genauso wie dem Koalitionsvertrag - **Rüstungsexporte** außerhalb von NATO-Ländern und in Krisengebiete verbieten. Wir wollen in das entsprechende Gesetz eine Endverbleibsklausel einführen. Wir wollen insgesamt versuchen, einen restriktiveren Umgang mit Rüstungsexporten zu erreichen.

Dies alles ist Bundesrecht. Darauf haben Sie hingewiesen. Es geht darum, diese entsprechenden Regelungen im Bundesrecht zu ändern. Bis das **Bundesrecht** geändert ist, gilt natürlich das andere, das jetzige Recht. Danach muß verfahren werden. Insofern sind wir der Auffassung, daß auch bei Rüstungsaufträgen, die jetzt hereinkommen oder abzuwickeln sind, die Beschlüsse des Bundessicherheitsrates Geltung haben und auch zur

Ausführung kommen müssen, auch in Schleswig-Holstein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Es kann nicht angehen, daß Rüstungsaufträge, die entsprechend den Beschlüssen des Bundessicherheitsrates abgewickelt werden sollen, an Schleswig-Holstein vorbeigehen, weil das hier gewollt ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie
wollen das dann auch?)

Wir wollen auch, daß sich schleswig-holsteinische Firmen an Beschaffungsaufträgen der Bundeswehr beteiligen können.

Wenn Sie sich aber, Herr Kollege Kubicki - das habe ich Ihrer Rede mit Interesse entnommen -, dafür einsetzen wollen, die **schleswig-holsteinischen Werften** zu unterstützen und die **Arbeitsplätze** zu sichern, die hier bestehen, würde ich mich freuen, wenn Sie dies auch im Einsatz gegenüber Bundesminister Rexrodt in der Hinsicht täten, daß endlich ein nationales Konversionsprogramm aufgelegt wird, daß der Bund sich nicht aus der Wettbewerbshilfe für die Werften zurückzieht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie
haben schon wieder einmal keine
Ahnung! Sie wissen nicht, worüber
Sie reden!)

Da hätte der Bund große Möglichkeiten, etwas für den Erhalt der Werften zu tun, Sie hätten die Möglichkeit, entsprechend tätig zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Werften haben für unser Land, die Menschen und die Familien, die hier leben, eine große Bedeutung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Direkt oder indirekt ernährt die **Werftindustrie** 20 000 Menschen und sichert damit 10 % der Industriebeschäftigungen in Schleswig-Holstein. Allein Howaldtswerke-Deutsche Werft AG hat im Rahmen der Auftragsvergabe im letzten Jahr dafür gesorgt, daß 300 Millionen DM im Lande ausgegeben und somit **Arbeit** und Beschäftigung für zirka 700 kleine und mittlere Betriebe im Lande gesichert wurden. HDW hat darüber hinaus mit dem Konzept „Werft der Zukunft“ die Weichen ins nächste Jahrtausend gestellt. 52 Millionen DM wurden investiert, wobei die Landesregierung kein Pfennig dazugezahlt hat.

Daß sich die „effektivste Werft Deutschlands“ - wie das „Handelsblatt“ kürzlich titelte - bei diesem Zukunftskonzept auch nicht auf ein Werftenprogramm der SPD-Landesregierung stützen konnte, sei nur am Rande erwähnt. Denn bei dem angekündigten Programm der Landesregierung war es wie bei fast allen Zusagen der Regierung: alles Schall und Rauch.

Der Spitzensitz von HDW im Bereich **High-Tech** ist allerdings kein Ruhekissen. So kämpft der deutsche Schiffsbau insgesamt um sein Überleben. Zwar behauptet er zur Zeit noch Platz 1 in Europa und Nummer 3 in der Welt, aber der Marktanteil von etwa 7 % bis 8 % ist deutlich in Gefahr, nicht nur weil im Rahmen des Sparprogramms auch Steuervorteile gestrichen werden, sondern im wesentlichen wegen des ruinösen internationalen Preisdumpings.

So sind zum Beispiel die Preise für den Neubau von Containerschiffen - da sind wir führend - in den letzten beiden Jahren bis um 20 % gefallen. Hintergrund ist der sogenannte **Werftenkrieg** zwischen Korea und Japan und die Anstrengungen der USA, mit ihrem nationalen Schiffbauprogramm einen **Weltmarktanteil** von 10 % zu erreichen.

Auch wenn das bereits von Deutschland mit unterzeichnete OECD-Abkommen zum Ziel hat, die wettbewerbsverzerrenden Schiffbausubventionen zu beschneiden, so bleiben trotzdem erhebliche Risiken für unsere Werften. So sind bedeutende Schiffbaunationen wie China und Polen dem Abkommen erst gar nicht beigetreten, auch das

gezielte Währungsdumping von Korea, der werdenden Schiffbaunation Nummer 1, wird vom Vertrag nicht erfaßt.

Kurzum: Trotz eines wachsenden weltweiten Marktes im Schiffsneubau und einer stärkeren Umlenkung von Verkehren aufs Wasser ist die Position der deutschen Schiffbauer alles andere als komfortabel; denn erstens beginnt der deutsche Marktanteil zu sinken, zweitens drängen die hohen Arbeitskosten bei uns den deutschen Schiffbau aus den großen Volumenmärkten und drittens trägt der niedrige Kurs des US-Dollars zusätzlich dazu bei, die Position der deutschen Schiffbauer im internationalen Wettbewerb zu verschlechtern.

Die Folge: Trotz erheblicher Rationalisierungs- und Modernisierungsanstrengungen drohen weiterhin massenhafte Arbeitsplatzverluste - allein bei HDW 800 -, wenn nun auch noch der Marineschiffbau unsachgemäß und ideologisch motiviert beschränkt werden sollte.

So sind für unsere **Werften** zur Zeit nur noch beim **Marineschiffbau** wirklich auskömmliche Preise zu erzielen. Der Marineschiffbau ist darüber hinaus unbestritten eine High-Tech-Branche ersten Ranges. Er trägt somit einerseits dazu bei, daß sich der Schiffneubau für unsere Werften insgesamt rechnet, und auf der anderen Seite bietet er die Chance, technologische Innovationen auch für den Handelsschiffbau nutzbar zu machen. Von besonderem Interesse wird in diesem Zusammenhang der Auftrag der Bundesmarine für die U-Boot-Klasse 212 sein. Hierfür hat **HDW** eine Weltneuheit, den umweltschonenden **Wasserstoffantrieb** entwickelt. Es ist das erklärte Ziel von HDW, diese Technologie mittelfristig auch für den Handelsschiffbau nutzbar zu machen. Dies nützt übrigens auch der Umwelt, denn es trägt deutlich zur Entlastung der Weltmeere von Ölverschmutzung bei.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lassen Sie mich einen Satz einschieben: Wenn man sich die Landeszeitungen vom 12. August 1995 zu Gemüte führt und feststellen darf, daß von der Auskömmlichkeit der Preise her der Marineschiffbau unverzichtbar ist, daß er als technologische Innovation auch der Umwelt nützt und dann folgenden Satz lesen darf: „Der SPD-Chef betonte, daß die Sozialdemokraten gegen den U-

Boot-Bau gestimmt haben“, dann ich nur sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD: Mit dieser Haltung im Jahre 1995 haben Sie weder den Arbeitnehmern noch unserer Umwelt gedient.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wo denn? Wie denn? Was denn?)

Es ist zu hoffen, daß trotz der notwendigen Sparmaßnahmen in Bonn auch der Auftrag für die Fregatte 124 erteilt werden wird. Auch dies wird Arbeitsplätze und technologischen Fortschritt sichern.

Systemfähigkeit und Arbeitsplätze im **Marineschiffbau** mit ihren unbestreitbar positiven Ausbaueffekten und Auswirkungen auf den **Handelsschiffbau** sind aber nur dann möglich, wenn auch der Bau im Marineschiffbau für den Export nicht unsachgemäß eingeschränkt wird. Hier bestehen zwischen den Werften, dem Bundesministerium der Verteidigung sowie der Marine Übereinstimmung.

Wer also die Basis für den eigenen Schiffbau sichern und gewährleisten will und damit auch sichert und gewährleistet, daß für alle alten und neuen Aufgaben das beste Material und Wissen zur Verfügung steht, muß anerkennen, daß Exporte und Kooperation mit unseren NATO-Partnern sowie auch außerhalb unseres Kreises mit unseren befreundeten Nationen unerlässlich sind.

Erlauben Sie mir auch hierzu eine Zahlenangabe: Zwischen 1988 und 1990 betrug der Umsatz im Marineschiffbau 1,4 Milliarden bis 2,2 Milliarden DM. Davon waren 60 % allein durch den Export gesichert. Wenn Sie einen Arbeitsplatzeffekt von 20 % bis 23 % hinzuziehen, wissen Sie, Herr Kollege Saxe, wie verfehlt Ihr Ansatz ist, den Exportbereich einschränken zu wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Stritzl, ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Thomas Stritzl [CDU]:

Aufgrund des OECD-Rahmenabkommens von 1994 kann zur Zeit an die Europäische Union, die NATO, Finnland, Japan, Korea, Norwegen und Schweden geliefert werden, darüber hinaus nach Südamerika und in den asiatischen Raum, allerdings ohne China, Taiwan und Vietnam. Herr Saxe, wenn Sie dieses nicht wollen, sagen Sie, in welches von diesen Ländern - ob es Schweden, ob es Norwegen, ob es Finnland ist - wir in Zukunft nicht mehr liefern dürfen. Die Drucksache 14/18 bewegt sich auf der Linie der Bundesregierung, die, wie dargestellt, Arbeitsplätze und Fortschritt für Schleswig-Holstein sichert.

Wer statt dessen - wie die SPD - den Export von Marineschiffen allein auf die NATO beschränken oder vielleicht im nächsten Schritt sogar ganz verbieten will, gefährdet in hohem Maße dieses wichtige Standbein maritimer Technologie in Schleswig-Holstein.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, Schleswig-Holstein als Standort zukunftsfähiger maritimer Technologien weiterzuentwickeln, darf man sich sicherlich nicht nur auf den Marineschiffbau konzentrieren.

Gleichwohl gilt angesichts der realen wirtschaftlichen Situation im Weltschiffbau: Auch wenn der Marineschiffbau nicht alles ist, so ist doch ohne ihn alles nichts. Im Interesse der Einführung neuer Technologien - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Stritzl, kommen Sie jetzt bitte wirklich zum Schluß!

Thomas Stritzl [CDU]:

Im Interesse der Einführung neuer Technologien, der Förderung und Aufrechterhaltung von Hoch- und Schlüsseltechnologien sowie des Erhalts anspruchsvoller, zukunftsfähiger Arbeitsplätze in unserer strukturschwachen Region bitte ich Sie, dem Antrag Drucksache 14/18 zuzustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kaum eine Stadt und kaum ein Land dieser Republik sind in ihrer Geschichte mit Marine und Rüstungsproduktion so verwoben wie unsere Landeshauptstadt Kiel. An deutschem Wesen soll die Welt genesen - so hieß es einstmais, und dieser Anspruch war eng verbunden mit der Vorstellung, sich auch militärisch in allen Teilen der Welt einzumischen.

Nach jedem Krieg standen diese Stadt und dieses Land vor der gewaltigen Aufgabe, diese Struktur zu überwinden und ohne Rüstung und Marine zu überleben. Wir sollten daraus lernen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und nun?)

Für mich ist die Überwindung der alten Feindschaften zwischen Deutschland, Frankreich und England nach dem Zweiten Weltkrieg und die Entwicklung hin zur Europäischen Union ein Lichtblick in der europäischen Geschichte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Die Beendigung der Spaltung Europas und die Unterzeichnung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa am 19. November 1990 war und ist ein großes Hoffnungszeichen für eine friedliche Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Auffassung, daß es heute in erster Linie darauf ankommt, eine solidarische Zusammenarbeit mit den Ländern in Osteuropa und den Ländern im Süden zu entwickeln.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nichts ist für den Frieden wichtiger, als diese Länder bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Weder Einsätze der Bundeswehr noch Lieferungen von Waffen sind dazu in irgendeiner Weise hilfreich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sehen die Menschen in Bosnien aber anders!)

Deshalb haben wir uns im **Koalitionsvertrag** darauf geeinigt, daß die neue Landesregierung restriktiv mit **Rüstungsexporten** umgeht, und uns dafür eingesetzt, Rüstungsexporte in Länder außerhalb des NATO-Gebietes und in Krisenregionen zu verbieten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb haben wir uns darauf geeinigt, eine Endverbleibsklausel in das Kriegswaffenkontrollgesetz einzubringen, damit das Exportverbot nicht einfach über den Umweg anderer NATO-Länder umgangen wird. Deshalb haben wir uns darauf geeinigt, daß diese Landesregierung die betriebliche Konversion aktiv unterstützt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Realisten genug, um zu wissen, daß sich die Welt nicht von heute auf morgen ändert. Deshalb werden wir den Antrag der SPD-Fraktion auch in dem Punkt mittragen, daß auch zukünftig Aufträge der Bundeswehr an schleswig-holsteinische Unternehmen gehen sollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!)

- Lieber Herr Kubicki, wir halten es aber für absurd, ausgerechnet - wie von der F.D.P. gefordert - auf dem Umweg über **Rüstungsaufträge** Subventionen einzufordern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vergleichen Sie einmal die Aussagen der Ministerpräsidentin und des Wirtschaftsministers!)

Subventionen sind stets eine zweischneidige Sache; sie sind aus unserer Sicht nur dann

gerechtfertigt, wenn es um die Förderung von Zukunftstechnologien geht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der Regel verhindern Subventionen geradezu die notwendigen strukturellen Anpassungen. Ein trauriges Beispiel dafür ist die Pleite der Bremer Vulkan-Werft, die jahrelang durch Subventionen und Rüstungsaufträge über Wasser gehalten wurde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sozialdemokratisch geführt!)

Dagegen haben sich andere Werften rechtzeitig auf neue Märkte spezialisiert und sind gerade dadurch konkurrenzfähig geblieben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es ist geradezu erstaunlich, daß ausgerechnet den Liberalen, die sich doch sonst so gern als Subventionsgegner zu profilieren versuchen, in der Praxis nichts anderes einfällt, um ihre angebliche Wirtschaftsfreundlichkeit unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Geradezu für absurd halte ich es, **Wirtschaftsförderung** indirekt über den Umweg von **Rüstungsaufträgen** zu vergeben. Damit werden Strukturen zementiert, die angesichts der weiteren durch die Koalition in Bonn angekündigten Kürzungen im Bundeswehrhaushalt die nächste Krise um so wahrscheinlicher machen. Wenn schon Subventionen, dann sollten Umstellungen in zukunftsträchtige Technologien und Wirtschaftszeige gefördert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dann sollten die Werften dabei unterstützt werden, **Investitionen** für moderne **Schiffbaukonzepte** und **Technologien** zu tätigen. Dann sollte dieses Land dabei unterstützt werden, in moderne, energiesparende Verkehrsmittel auf Schiene, Wasser und Straße, in regenerative Energien, in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, im Bereich der

Elektronik und Kommunikationsinfrastruktur zu investieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind keine Subventionen oder wie?)

Wir Grünen sind entschlossen - wie auch in Hessen -, das Geschrei der selbsternannten Wirtschaftsvertreter Lügen zu strafen und dazu beizutragen, daß Schleswig-Holstein eine moderne und zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur entwickelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Der SSW ist selbstverständlich für den kurzfristigen Erhalt von so vielen **Arbeitsplätzen** in unserem Land interessiert wie überhaupt möglich. Der **Marineschiffbau** für die Bundeswehr oder den Export in Drittländer ist ein wichtiges Standbein unserer Werftindustrie. Auf den ersten Blick könnte man deswegen dem Antrag der F.D.P. beipflichten, beispielsweise hinsichtlich der Schiffbauaufträge des Bundes, die nach Schleswig-Holstein geholt werden sollen. Der Antrag insgesamt wird jedoch unserer Meinung nach den vielfältigen Problemstellungen, denen unsere Werften heute gegenüberstehen, überhaupt nicht gerecht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Dann hören Sie erst einmal zu! - Außer den moralischen Bedenken, die die **Rüstungsproduktion** betreffen, sind wir grundsätzlich der Meinung, daß wir von politischer Seite zukunftsweisende Maßnahmen für unsere Werftindustrie unterstützen sollten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann machen Sie das doch!)

Wenn die Werftindustrie in unserem Land langfristig überleben und im internationalen Wettbewerb bestehen soll, muß sie neue Märkte erschließen. Diversifikation der Produktpalette, Entwicklung neuer Technologien, Verbesserung der Produktivität sind hier die Stichworte. Der SSW stützt seit jeher die Förderung und Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Werften. Der Strukturkrisen der deutschen und auch der schleswig-holsteinischen Werften kann langfristig nicht mit den üblichen Mitteln der Staatszuschüsse, auch nicht in der indirekten Form von Marineschiffbauanträgen beigekommen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wettbewerbsverzerrende Subventionen greifen - wie das Beispiel der Bremer Vulkanwerft zeigt - nur kurzfristig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, daß die **Umstrukturierung der Werften** seitens der Politik mit langfristigen Konzepten gefördert und mit Entwicklungsprogrammen unterstützt werden sollte. Als ein positives Beispiel möchte ich hier die Husumer Werft erwähnen, die in den achtziger Jahren mit Unterstützung von Land und Bund begann, Windmühlen zu produzieren. Inzwischen steht die Husumer Werft auf eigenen Füßen und exportiert die Windmühlen weltweit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie lange noch?)

Ich könnte Ihnen noch andere Beispiele nennen. Wichtig ist, daß die Politik aktiv dazu beiträgt, Entwicklungen in Gang zu setzen, die den Werften die Erschließung neuer Märkte erleichtern.

Der SSW stimmt daher dem Änderungsantrag der SPD zu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hätte das gedacht?)

Wir möchten ausdrücklich betonen, daß wir das Verbot von Rüstungsexporten außerhalb von

NATO-Gebieten und anderen Krisenregionen unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Solange der Bund zu Verteidigungszwecken Marineschiffe bauen läßt, setzen auch wir uns dafür ein, daß die schleswig-holsteinische Werftindustrie angemessen bedacht wird. Damit die Werftindustrie aber langfristig neue Standbeine bekommt, fordern wir die Landesregierung auf, sich aktiv dafür einzusetzen, Konzepte zur zukunftsträchtigen Neustrukturierung der schleswig-holsteinischen Werften in Form von Diversifikations- und Technologieprogrammen zu entwickeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wünschen wir uns auch!)

Auch die Bundesregierung ist gefragt. Sie müßte endlich ein tragfähiges Konzept zur Sicherung der deutschen Werften entwickeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir erwarten ein neues Werftenkonzept!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, auch wenn man nicht über jedes Stöckchen springen sollte und muß, das Sie einem hinhalten, vor allen Dingen dann nicht, wenn es so kurz geschnitten ist, daß es nur noch als Zahnstocher zu verwenden ist,

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mehr war für Sie nicht drin!)

will ich Ihnen in dieser Frage keine Antwort schuldig bleiben.

Ich will allerdings den Bogen etwas weiter spannen, als Sie das getan haben, weil ich glaube, daß man

nicht so verkürzt auf eine sehr komplizierte Rüstungsexportproblematik eingehen kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben Zeit!)

Es stellt sich doch etwas komplexer und schwieriger dar, als Sie das mit dünnen Worten ausgedrückt haben.

Zum ersten Teil dessen, was ich angekündigt habe! Für die Landesregierung ist ganz klar, daß schleswig-holsteinische Unternehmen an den Beschaffungen und an den Investitionen des BMVG teilhaben sollen und müssen. Es kann nicht sein, daß beispielsweise der **Marineschiffbau** - wenn ich allein auf die Fregatte der Klasse 124 abhebe - nur in Emden, in Bremen oder in Hamburg stattfindet und nicht in Kiel. Das gilt natürlich auch für andere vergleichbare Aufträge. Das heißt, die **Landesregierung** wird an der Seite derjenigen Unternehmen und ihrer Beschäftigten stehen, in deren Interesse es ist, an solchen Beschaffungen und Investitionen beteiligt zu werden.

Das, was uns aber wahrscheinlich unterscheidet, ohne daß ich das bei Ihnen herausgehört habe und ohne daß es dazu eine konzise, einstimmige Position innerhalb der F.D.P. gibt - auch in dieser Frage ist es so, daß es dort drei Stimmen mit vier Meinungen gibt -, ist, daß die sozialdemokratische Partei der Auffassung ist, daß Exportaufträge sehr restriktiv zu behandeln sind. Darauf komme ich gleich zurück.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/GRÜNEN)

Diese Interessen schleswig-holsteinischer Unternehmen und ihrer Beschäftigten - ich weiß, wovon ich rede, weil ich auch mit den entsprechenden Betriebsräten oder ihren Arbeitnehmern zu tun habe - sind sehr konkret. Denn es ist in der Tat richtig, daß sich der **Handelsschiffbau** nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch an anderen Standorten in der Bundesrepublik Deutschland gar nicht oder nur kaum noch ohne den Marineschiffbau rechnet. Das ist ein Fakt. Das heißt, die Deckungsbeiträge, die aus dem Marineschiffbau erwirtschaftet werden, sichern Beschäftigung beispielsweise im Containerschiffbau.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland ihr **Systemwissen** in diesem Bereich des Schiffbaus nicht verlieren will - vor dem Hintergrund eines Bedeutungsgewinnes, den wir dem Schiffbau und der Schifffahrt zumessen -, dann wird sie sich auch darum kümmern müssen, daß solche **Dekkungsbeiträge** für schleswig-holsteinische Werften und Standorte möglich sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das gleiche gilt auch für andere Firmen, die in diesem Bereich tätig sind.

Wenn ich allerdings höre, Herr Kubicki, wie stark Sie in dieser Richtung die schleswig-holsteinischen Werften unterstützen wollen, dann kann ich mich nicht ganz davon freisprechen, einen Lanzenangriff auf Ihre Partei und den in Bonn amtierenden Wirtschaftsminister loszutreten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den Außenminister meinen Sie wahrscheinlich!)

- Ich meine, bezogen auf das Thema der Unterstützung des deutschen Schiffbaues, Herrn Rexrodt.

Ich kann mich an mehrere Gespräche mit ihm - an der Seite übrigens auch des einen oder anderen F.D.P.-Senators und mit Unterstützung von Werftmanagern, von der IG-Metall und des VSM - daran erinnern, daß wir große Mühe hatten, diesen Wirtschaftsminister von der Bedeutung des deutschen Schiffbaues zu überzeugen.

Wenn ich mir ansehe, wie im Augenblick das Thema Wettbewerbsfähigkeit von der **Bonner Regierung** gefahren wird, nämlich nach dem Motto, wir nehmen Ausgabereste aus dem Zinsförderungsprogramm und schieben sie in die Wettbewerbshilfe, was keine einzige Mark fresh money bedeutet, und überlassen es den Ländern, zwei Drittel dazuzulegen nach dem Motto, seht einmal zu, wie ihr vor dem Hintergrund der heutigen finanzpolitischen Bedingungen damit umgehen könnt, dann ist das alles andere als eine von Fürsorge geprägte Haltung der Bonner Regierung gegenüber dem Schiffbau am Standort Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch kein Vorstoß sozialdemokratischer Landesregierungen, die Sonderabschreibungen, die spezifischen Finanzierungsmodelle zur Unterstützung des Schiffbaus in der Bundesrepublik Deutschland abzuschaffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aus der Bundestagsfraktion der SPD höre ich anderes!)

- Ich komme gleich dazu; ich bleibe Ihnen nichts schuldig, Herr Kubicki. Wenn Sie mir zuhörten, erhielten Sie auch alle Antworten.

Es ist die Bonner Regierung, die dies will. Ich habe allerdings gelernt, daß die Begrenzung dieser Sonderabschreibungen auf deutsche Standorte deshalb schwierig ist - wenn man nicht koreanische Schiffbaukapazitäten durch deutsche Steuerzahler fördern will; ich würde das gern vermeiden -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich auch!)

weil das dann automatisch eine Schiffbauhilfe ist, die bei der Europäischen Union kodifiziert werden müßte. Das wird nicht klappen. Deshalb wird diese **Landesregierung** in Vorbereitung der nächsten Bundesratsverhandlungen zu dem Ergebnis kommen, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, oder wir können es nicht verhindern. Wir werden uns für die Beibehaltung dieser Sonderabschreibungen einsetzen.

Insofern würde ich mir Ihr Plädoyer für den deutschen Schiffbau gern so zu eigen machen, daß Sie bei allen anstehenden Auseinandersetzungen und Gesprächen in Bonn an der Seite dieser Landesregierung stehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: An Ihrer Seite gern!)

Nun möchte ich den Bogen doch etwas weiter spannen - wenn Sie es mir erlauben, fast etwas unsystematisch. Durch einen reinen Zufall finde ich in den „KN“ vom 22. Mai drei Meldungen, die ich Ihnen als Schlaglicht in Erinnerung rufen möchte und die, wie ich finde, diese Diskussion ganz gut abgreifen.

Erstens. „Rühes Etat schrumpft um eine Milliarde DM auf inzwischen 47 Milliarden DM.“ - Wenn ich mich richtig erinnere, waren es vor einigen Jahren noch 55 oder 56 Milliarden DM.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf von der CDU)

Zweitens. Nachricht aus dem Friedensforschungsinstitut Hamburg unter dem sehr renommierten Wissenschaftler Lutz: Nach dem Ende des Kalten Krieges sprechen Vernunft und eine Reihe von sicherheitstechnischen, aber auch finanziellen Gründen für einschneidende Reduzierungen im Bereich der Armeen, auch im Bereich der Bundeswehr, eine Reduzierung auf weniger als 340 000 Soldaten.

Drittens. Rheinmetall hat eine Bilanzpressekonferenz abgehalten und darüber Auskunft gegeben, wie stark sie seit dem Jahr 1990 in ihrem Stammgeschäft, der Wehrtechnik, einen Restrukturierungsprozeß eingeleitet haben. Das geschah mit Blick darauf, daß in dieser Branche bundesweit aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage über die Hälfte der seinerzeit 300 000 Arbeitsplätze diesem Restrukturierungsprozeß zum Opfer gefallen sind. Rheinmetall hat inzwischen seine Wehrtechnik auf 23 % seines Konzernumsatzes reduziert.

Wenn ich diese drei Meldungen zusammennehme, dann weisen Sie ganz deutliche Veränderungen aus, die auf einen erheblichen Anpassungsdruck in der wehrtechnischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland hinweisen.

Ich kann mir in diesem Hohen Hause schlechterdings niemanden vorstellen, der die Auflösung der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West beklagt, nur weil dadurch die Konjunktur der wehrtechnischen Industrie negativ tangiert werden könnte.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für beklagenswert halten wir es aber wahrscheinlich alle gemeinsam, daß wir es nach dem **Abbau der Ost-West-Konfrontation** mit einer Zunahme lokaler Brennpunkte zu tun haben,

die sich nach meinem Eindruck in ihrer Heftigkeit und in ihrem Leid ohne Waffenlieferungen auch anders darstellen würden als die Bilder, die wir täglich empfangen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich darauf hinaus, daß im Kern alle Indizien, auch die Entwicklung eines Etats wie dem Einzelplan des BMVg dafür sprechen, daß wir es mit einer notwendigen Umstellung zu tun haben. Man kann auch von Konversion sprechen. Die betroffenen Unternehmen sind gut beraten, dadurch einen Beitrag zur Sicherung ihrer Existenz und ihrer Beschäftigten zu leisten, daß sie diese Konversion so zügig und so weit wie möglich voranbringen. Das ist meine gängige Rede in einer ganzen Reihe von Veranstaltungen in Bonn gewesen. Einige Mitglieder dieses Hohen Hauses sind in denselben Diskussionen gewesen.

Ich will andererseits nicht verschweigen - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich darf Sie bitten, langsam zum Schluß zu kommen.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich will andererseits nicht verschweigen, daß dieser Umstellungsprozeß sehr schwierig ist und daß man über ihn keines dieser Unternehmen in eine Zerreißprobe bringen sollte, an deren Ende eine Existenzbedrohung oder die Drohung von Arbeitslosigkeit stehen könnte.

Ich will darauf hinaus, daß die wehrtechnische Industrie in Deutschland aus diesem Anpassungsdruck nicht dadurch entlassen werden sollte, nicht flüchten sollte, daß wir eine sehr offenherzige Waffenexportpolitik betreiben. Deutschland kann kein Interesse daran haben, der Waffenhändler dieses Globus zu werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf von der CDU)

Darin sehe ich weder ein ökonomisch zukunftweisendes Bild, noch glaube ich, daß es

unserem außenpolitischen Profil und unserem außenpolitischen Gewicht guttäte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das will auch keiner!)

Insgesamt: Lassen Sie uns diese Debatte nicht zum billigen Schlagabtausch nutzen. Die Materie ist dafür einfach zu ernst, als das wir sie taktisch behandeln.

(Beifall bei SPD und bei 90/DIE GRÜNEN - Oh! bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse daher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/52, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Damit erübriggt sich die Abstimmung über den Antrag der F.D.P.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den gibt es nicht mehr! Schade eigentlich, Frau Präsidentin!)

- Das, Herr Kubicki, habe ich nicht zu werten.

Wir kommen jetzt zum letzten Tagesordnungspunkt für heute, zum Tagesordnungspunkt 11:

Entschließung zum Abriß der U-Boot-Bunkerruine „Kilian“

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/23

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/57

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann treten wir gleich in die Aussprache ein. Das Wort erhält Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Kabinett drückt sich, kann man zu diesem Thema eigentlich nur sagen. Allen voran drückt sich die Ministerpräsidentin und Ostufer-Abgeordnete Heide Simonis.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie zeigte sich interessiert und verkündete in der ihr so eigenen Art und Weise, wenn an diesem Zipfelchen die Entwicklung des Hafens hänge, dann sei auch sie für den Abbruch. Mittlerweile konnte sich auch die Ministerpräsidentin davon überzeugen, daß dieser Betonklotz tatsächlich der weiteren Entwicklung des Hafens im Wege steht.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Etwas unsensibel, Frau Kollegin!)

In seinem Schreiben vom 30. April 1996 unterrichtete sie der Magistrat der Stadt Kiel, daß die Umschlagsentwicklung der letzten Jahre sowie die Prognosen für die kommenden Jahre eine erhebliche **Erweiterung der Flächen- und Lagerkapazitäten des Frachthafens** erfordern. Wörtlich heißt es darin - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin -:

„Eine solche Kapazitätserweiterung ist nur im Ostuferhafen, und zwar im Areal um die Ruinen des U-Boot-Bunkers möglich.“

Vor dem Hintergrund dieser politischen Dimension stellte Frau Simonis noch im Februar, also noch vor der Landtagswahl, eine Kabinettsentscheidung über den Antrag der Stadt in Aussicht. Gegenüber den „Kieler Nachrichten“ erklärte sie Ende Februar wörtlich: „Ich vermute, es wird ein Kabinettsbeschuß werden.“

Ein **Kabinettsbeschuß** wäre auch angemessen; denn der Handelshafen stellt für Kiel einen außerordentlich bedeutsamen Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor dar. Mit seinem Ausbau wäre die Schaffung von mehreren hundert neuen Arbeitsplätzen verbunden, von Arbeitsplätzen, die Kiel dringend braucht, nachdem die

Landeshauptstadt in der Vergangenheit gravierende **Arbeitsplatzverluste** hat hinnehmen müssen. Ebenso unverständlich wie überflüssig waren allerdings die Einlassungen der Ministerpräsidentin, 800 neue Arbeitsplätze seien ein Totschlagargument. Meine Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin, welches Mehr an Begründung muß denn noch hinzukommen, wenn Sie die **Schaffung neuer Arbeitsplätze** nicht überzeugt?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sowohl die Kieler Sozialdemokraten als auch Ihr eigener Wirtschaftsminister sind sich der wirtschaftlichen Bedeutung des Hafens sehr wohl bewußt. Während ein Teil der Kieler SPD jetzt sogar wieder laut über den Bau der Ostufer-Autobahn und der Südspange Gaarden nachdenkt, erklärte Minister Steinbrück am 21. Mai dieses Jahres - das ist noch gar nicht so lange her -: „Die schleswig-holsteinischen Ostseehäfen müssen schnell und modern und über intakte Hinterlandanbindungen angebunden sein.“ Ich gehe davon aus, Herr Minister, daß das auch insgesamt für den Kieler Hafen gilt.

Es bleibt also die Frage, warum die Ministerpräsidentin einen Kabinettsbeschuß scheut. Sie fürchten doch nicht, Frau Simonis, die Konfrontation mit Ihrem Koalitionspartner? Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, zumal das in der Zukunft ohnehin noch passieren wird. Also, warum in dieser für Kiel so wichtigen Frage noch länger zögern?

(Thomas Stritzl [CDU]: Gute Frage!)

Mit einer raschen Entscheidung für den Hafen und damit für die Menschen, die in Kiel leben und arbeiten wollen, gewinnt die Landesregierung vielleicht auch ein Stück Vertrauen bei der Wirtschaft zurück, Vertrauen, um das die Landesregierung gegenwärtig offenbar zu Recht bangt, so jedenfalls habe ich die Äußerungen der Ministerpräsidentin gegenüber dem „Flensburger Tageblatt“ vom 22. dieses Monats verstanden.

Alles andere allerdings als vertrauensbildend ist der Antrag von SPD und Grünen zu diesem Thema.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, das stimmt!)

Was Kiel braucht, ist eine schnelle Entscheidung in der Sache, was Kiel aber nicht braucht, ist ein Antrag, mit dem lediglich die ohnehin gültige Rechtslage noch einmal von diesem Landtag beschlossen werden soll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit diesem Antrag setzt die SPD-Fraktion ihre alte Tradition fort, von diesem Hohen Hause noch einmal das verabschieden zu lassen, was als Gesetz bereits beschlossen worden ist. Eine Entscheidung wird mit diesem Antrag jedenfalls nicht herbeigeführt. Die F.D.P.-Fraktion fordert aber genau das: eine Entscheidung. Daß hierbei eine zwischen **wirtschaftlichen Interessen** und **kulturellen Belangen** abgewogene Entscheidung getroffen wird, setzen wir voraus. Das muß geschehen, um es noch einmal zu betonen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die F.D.P. geht tatsächlich davon aus, daß sich das Kabinett an Gesetze hält, die dieser Landtag verabschiedet hat. Wer die Chancen des Kieler Hafens im nationalen und internationalen Wettbewerb wahren will, muß den umgehenden Ausbau des Ostuferhafens ermöglichen. Wir jedenfalls wollen das, und ich bitte Sie daher, unserem Antrag jetzt und heute zuzustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rossmann das Wort.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die F.D.P.-Fraktion eben den Respekt vor dem Gesetz anmahnte, so möchten wir eigentlich fragen, ob Sie wissen, daß im **Denkmalschutzgesetz** in Einzelfragen ausdrücklich kein **Parlamentsentscheid** vorgesehen, erwünscht und erzwungen ist. An der Stelle verhalten Sie sich gegen das Gesetz. Sie halten sich nicht an den Respekt vor dem Gesetz, und Sie halten sich auch nicht an den Respekt vor bestimmten staatlichen Institutionen. Im übrigen

halten Sie sich auch nicht an den Respekt vor sich selbst;

(Thorsten Geißler [CDU]: Ach!)

denn wenn Sie bei der letzten Novellierung des Landesdenkmalschutzgesetzes tatsächlich gemeint hätten, in strittigen Fragen solle das Parlament ein in der Sache nicht geprüftes Votum abgeben, bevor eine abschließende Prüfung stattgefunden hat, dann hätten Sie das beantragen sollen.

Wir halten es deswegen für eine etwas schlechte Art, einen solchen Antrag in das Parlament einbringen. Wir bestehen darauf, daß die in der Sache notwendige Abwägung mit der Gewichtung in kultureller und in wirtschaftlicher Hinsicht genauso sorgfältig vorgenommen wird, wie es von der Sache her notwendig ist. Ich möchte diese Ausgangslage in diesen beiden Punkten vom Kulturellen und vom Wirtschaftlichen her mit einer gewissen Ernsthaftigkeit so darstellen, wie ich es eben bei Ihren Darstellungen, Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, vermißt habe, als Sie einfach von einem „Betonbrocken“ sprachen, und zwar ein bißchen schmerzlich vermißt habe.

Die Ausgangslage hinsichtlich der kulturellen Bedeutung stellt sich wie folgt dar: Die Nazis haben 1941, als sie noch meinten, die Welt beherrschen zu können, einen **Schutzbunker** für Marinefahrzeuge, für ihre Reparatur und Produktion in Auftrag gegeben, der von Deportierten, von Zwangsarbeitern unter großen Opfern zu erstellen war. Die Engländer haben ihn nach dem für Deutschland zum Glück verlorenen Krieg 1946 sprengen lassen. Dieses Mahnmal wurde 1988 unter Schutz gestellt und hat eine sehr bedenkenswerte juristische Würdigung in einem Verwaltungsgerichtsurteil von 1992 erfahren, das ich mit Erlaubnis der Frau Präsidentin mindestens zitieren möchte, damit wir in einem solchen Konflikt nicht leichtfertig mit Entscheidungen umgehen. Das Verwaltungsgericht Schleswig hat am 2. Oktober 1991 hierzu in seiner Begründung festgestellt:

„Die Ruinen des ehemaligen U-Boot-Bunkers ‚Kilian‘ stellen einen Kontrapunkt zu den mit Weihecharakter versehenen Ehrenmahnmalen eingangs der Kieler Förde dar. Durch ihr Vorhandensein halten die zerstörten Bunkerreste nicht nur die

Erinnerung an die Unmenschlichkeit und Maßlosigkeit, mit denen der totale Krieg vom verbrecherischen Nazi-Regime bis zum bitteren Ende betrieben wurde, wach; sie versinnbildlichen in ihrem zerstörten Zustand auch die Situation, in der sich Kiel und ganz Deutschland nach dem Kriegsende befanden. Würde man die Bunkerruinen beseitigen, würden die verbliebenen Überreste, die über die gleiche Zeit und den gleichen Bereich Zeugnis ablegen, nämlich die Ehrenmale in Laboe und Mützenort, den U-Boot-Krieg einseitig darstellen.“

Das sollten wir zumindest ernst nehmen und auch würdigen. Es ist mir deshalb zu wenig, wenn Sie - wie eben - vom „Betonklotz“ sprechen oder wenn Kollege Hennig vor der CDU-Mittelstandsvereinigung meinte, sich einfach in der Form äußern zu müssen, „das sei Schrott der Vergangenheit“. Ich finde, es ist eine Entwürdigung dessen, was dieses Parlament auch in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, in der Auseinandersetzung mit einem gleichlautenden Antrag, den die DVU in den Landtag eingebracht hat, geleistet hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was soll das denn?)

was wir hochhalten sollten und nicht mit solchen leichtfertigen Äußerungen hintertreiben sollten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Es ist mindestens auch Respekt vor engagierten Bürgern, die uns diesen Stolperstein der Geschichte, wie es die Vertreter des Vereins „Kilian“ nennen, immer in Erinnerung halten wollen. Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite, die genauso ein hohes, starkes öffentliches Interesse geltend machen kann, ist die **Erweiterung der Hafenwirtschaft**. Wir freuen uns ausdrücklich, daß in Kiel Zuwächse in zweistelligen Prozentzahlen zu verzeichnen sind, daß der Jahrestonnenumumsatz auf mehr als 5,5 Millionen gestiegen ist und daß sich dieser Hafen auch in Konkurrenz zu anderen Häfen behaupten kann. Wir wünschen uns, daß er sich auch im Vergleich zu Lübeck und zu dem was sich im Mecklenburgischen tut, noch stärker profilieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen die Chancen und auch die Verpflichtung, daß die Hafenwirtschaft eine Chance hat, dem Ostseeraum auch eine wirtschaftliche Gestalt in verkehrspolitischer Hinsicht zu geben. Wir wollen gern daran erinnern, daß Schiffahrt ein durchaus sehr umweltfreundliches Verkehrs- und Transportmittel darstellt.

Insoweit ist auch eine Investition in Höhe von geschätzten 110 Millionen DM für drei zusätzliche Verladeplätze etwas, was auf der anderen Seite auch eine Abwägung sehr wichtig und schwer macht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

In dieser Darstellung, die doch mindestens in diesem Parlament gegeben werden kann, wenn wir damit nicht leichtfertig umgehen wollen, will ich zwei bedingende Sätze formulieren. Der eine Bedingungssatz lautet: Wenn es denn eine solche Entscheidung einer Kommune wie Kiel, die auch nach intensiven Auseinandersetzungen mehrheitlich - mit überwiegender Mehrheit - getroffen worden ist, gibt, dann ist es sicherlich nicht gut, wenn es am Ende allein auf juristischem Weg zu einer Entscheidung über diese verschiedenen Interessen- und Abwägungslagen kommt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und was nun?)

Insoweit haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag ausdrücklich formuliert, daß es bis hin zu einer Kabinettsentscheidung, die auch als Rückkoppelung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ausdrücklich erbeten worden ist - das Landesamt für Denkmalpflege hat das auch so wiederholt gesagt -, zu einer politischen Entscheidung kommen muß. Das sind wir der Kommune und der Sache schuldig: die **politische Entscheidung**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das räumen wir ja ein! Und was nun?)

Ich formuliere dann einen zweiten Bedingungssatz: Wenn es ein tragfähiges und plausibles Hafenkonzept gibt, das hier tatsächlich die geforderten Voraussetzungen einlöst, die in bezug

auf Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, auf Umweltverträglichkeit bestehen, das das, was auch die Stadtvertretung von Kiel dazu an Bedingung formuliert hat, einlöst, dann soll sicherlich deutlich sein, daß eine Priorität aus sozialdemokratischer Sicht darin liegt, dem ökonomischen, dem wirtschaftlichen, dem arbeitsplatzbezogenen Interesse ein so hohes Gewicht zu geben, wie es ihm der Landesdenkmalpfleger selbst gegeben hat, wenn er sagt: Wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind, dann hat der Denkmalschutz an dieser Stelle zurückzustehen.

Aber es bleibt trotzdem ein Denkmal. Selbst wenn es gelöscht wird, bleibt es etwas, was uns als Stolperstein, als Mahnmal in Erinnerung zu sein hat. Deswegen haben wir die ausdrückliche Bitte, daß nicht die leichtfertigen Äußerungen eines Dr. Hennig, sondern die eines Professor Salewski, der gesagt hat, erinnern sie sich an diesen ausgespienen Brocken des Zweiten Weltkrieges, auch von einer Regierung so ernstgenommen werden, daß es eine nachhaltige kulturelle Auseinandersetzung mit diesem Mahnmal gibt. Das sind wir uns schuldig, das sind wir der Geschichte schuldig, das sind wir im übrigen auch dem Parlament schuldig. Dem dienen aber nicht so einfach gestrickte Anträge, wie Sie sie hier eingebracht haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So eine Eierei habe ich lange nicht gehört!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rossmann, immer dann, wenn Sie sich in einer politischen Zwickmühle befinden, strecken Sie den moralischen Zeigefinger ganz hoch in die Luft.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Niemand - weder die Kollegen von der F.D.P. noch die von der CDU - hat Schwierigkeiten, Recht und Gesetz zu achten und halten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weniger als die Koalition jedenfalls!)

Es gibt nur einen Weg, Regierungserklärungen, Koalitionsverträge und ähnliche meist sehr wortreiche Papiere zu prüfen. Erst durch den Vergleich von Wort und Tat wird klar, was wirklich gilt. Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleiben Schwerpunkt der schleswig-holsteinischen Landesregierung, heißt es im Koalitionsvertrag. So oder ähnlich haben wir es oft genug gehört. Aber dann kommt der Testfall.

Mit Nachdruck weisen Gutachter darauf hin, daß der Seehafen Kiel seine Position - Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, Sie haben darauf hingewiesen - als wichtigster Standort der westlichen Ostsee nur behaupten kann, wenn die Bunkerruine abgerissen wird, um neuen Anlagen Platz zu machen. Alternativen gibt es - so die Sachverständigen - nicht.

Ein klares Votum der kommunalen Gremien liegt vor. Jetzt kommt es darauf an, daß die Landesregierung rasch Zeichen setzt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

So sehen die Zeichen nun aus: Vor der Wahl stellte die Ministerpräsidentin einen Kabinettsbeschuß in Aussicht. Nach der Wahl werden die Denkmalpfleger als politisches Schild benutzt, nur um sich an der notwendigen Entscheidung vorbeizumogeln. Sie haben gesagt, Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, das Kabinett drücke sich. Genauso ist es.

Die Pressemitteilung der Landesregierung vom 21. Mai zum Thema „Kilian“ zeigt, was von der Dynamik dieser Landesregierung tatsächlich zu halten ist, wenn es um Arbeitsplätze geht.

(Zuruf von der F.D.P.)

Neue Gutachten, offene Fragen, und gegebenenfalls werde man sich mit der Sache befassen - das ist genau der Stil, mit dem man wirtschaftliche Initiativen kaputt macht, Herr Kollege Rossmann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese Presseerklärung ist ein Dokument des Desinteresses bei einer Frage, die 500 bis 800 Arbeitsplätze betrifft. Kiel braucht die Hafenerweiterung.

Ein **Rechtsstreit** über alle Instanzen, der uns jetzt vielleicht bevorsteht, würde so lange dauern, daß alle Entwicklungschancen des Kieler Hafens verloren wären. Wollen Sie das?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sagen Sie es doch heute klipp und klar.

Für Stimmennhaltung, taktisches Lavieren und Vorschieben von Behörden brauchen wir keine Landesregierung. Wir brauchen eine Regierung, die der Stadt Kiel endlich den Rücken stärkt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch die schon zitierte Gerichtsentscheidung hat bekanntlich einen Abbruch nicht ausgeschlossen, sondern lediglich unter einen sachgerechten Genehmigungsvorbehalt gestellt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Ein Kompromiß mit den Interessen des Denkmalschutzes ist ohne weiteres denkbar. In Kiel - der „Kieler Express“ hat darauf hingewiesen, Herr Rossmann; vielleicht haben Sie das nicht gelesen - sind noch 15 Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg vorhanden. 15 Bunker! Es gibt kaum einen Stadtteil, in dem nicht einer steht, und meist sind sie unübersehbar, jedenfalls deutlicher zu sehen als jene „Kilian“-Reste.

Aus zwei Gründen muß jedoch dringend davor gewarnt werden, der Argumentation zu folgen, die der Kollege Voigt von den Grünen in der Ratsversammlung in die Debatte eingeführt hat: Man könne doch das Marinearsenal einbeziehen.

Zum einen haben die Gutachten ausdrücklich festgestellt, daß es keine Alternativen gibt. Aber viel schlimmer ist: Kaum ist es gelungen, den Trend der Bundeswehrreduzierung zum Stillstand zu bringen, da wird dieser wichtige Arbeitsplatz und zivile Ausbildungsplatz wieder leichtfertig ins

Gerede gebracht. Ich halte das ebenso wie das Taktieren in Sachen „Kilian“ für unverantwortlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Das **Kabinett** muß entscheiden, sagen die sozialdemokratischen Kollegen Müller und Schroeder nach den „Kieler Nachrichten“ vom 22. Mai.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber sie meinen das nicht ernst!)

Dann unterschreiben sie offenbar mit der Drucksache 14/57 die Pläritüden, mit denen alles wieder auf die lange Bank geschoben werden soll.

(Zurufe von der F.D.P.)

Meine Herren Müller und Schroeder, so geht es nicht!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ja, ich weiß das; wir werden ihn vielleicht doch nach Kiel transportieren, damit er die wahren Probleme seines Wahlkreises und seiner Stadt kennenlernen.

Die Kieler Bürger brauchen endlich Entscheidungen. Wer einmal nachliest, wie verzweifelt Andreas Gayk mit anderen um den Kieler Hafen gekämpft hat, der kann sich nur wundern, mit welcher Gelassenheit seine sozialdemokratischen Enkel heute an Fragen herangehen, bei denen vor allem eines gefordert ist: wirtschaftliche Vernunft.

Wir stimmen dem Antrag der F.D.P. zu; den Antrag der SPD lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Voigt das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt kommt Willi!)

Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier haben wir einen der seltenen Fälle, daß Sie nur aus dem Fenster zu gucken brauchen, um dort rechts der Schwentinemündung das Ergebnis chaotischer Hafenentwicklung zu sehen, die im Widerspruch zur Rahmenplanung Neumühlen-Dietrichsdorf steht und die im Widerspruch zur Dienstleistungsentwicklung der Fachhochschule steht. Das ist ein Problem.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Das ist ein Problem.

Der Fehler bei dieser **Entwicklung des Ostuferhafens** ist längst erkannt worden, und nun wird von der Landeshauptstadt aus versucht, eine Lösung zu finden.

Links von der Schwentinemündung sehen Sie 50 ha brachliegenden Landes. Es ist Bundeswehrgelände, das Gelände des **Marinearsenals**.

Wenn wir die Debatte von vorhin wieder aufgreifen, frage ich: Was spricht denn dagegen, den Vorschlag aufzunehmen, den die Grünen eingebracht hatten, nämlich eine Mitnutzung dieses über weite Strecken ungenutzten Geländes ins Auge zu fassen? Das wäre doch möglich. Es wäre doch möglich, einfach nur mit dem gesunden Menschenverstand und unter dem Blick auf das Kieler Ostufer, das über 100 Jahre in seiner wirtschaftlichen Entwicklung durch kriegerische Einwirkungen gelitten hat. Es wäre doch durchaus möglich, so etwas in Erwägung zu ziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Angelika Volquartz [CDU]: Sie haben noch nichts zur wirtschaftlichen Entwicklung gesagt!)

- Ich komme gleich zur wirtschaftlichen Entwicklung. Bei den Gutachtern ist es so: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gilt das nicht für Grünen ebenso?)

Frau Volquartz, Sie benennen hier öffentlich Ihre gutachterlichen Grundlagen, nämlich einmal das Gutachten aus Bremen und dann noch ein halbes

anderes Gutachten, 68 Seiten stark, und in dem Zahlenwerk völlig widersprüchlich. Das führte beispielsweise zu folgendem Effekt. Als Frau Simonis im Wahlkampf gesagt hat, 800 Arbeitsplätze - man läßt sich nicht einfach schrecken von einem Totschlagargument, wenn es denn eines ist, und wir werden zur Ökonomie der ganzen Übung gleich noch kommen -, dann ist das nämlich die Zahl, die man mitteln kann aus der einen Idee, die davon ausgeht, daß da von 300 Arbeitsplätzen die Rede ist, und der anderen Idee, daß 1500 Arbeitsplätze entstehen.

Da kann man mit Fug und Recht bei solchen Spannbreiten sagen: 800. Wer weiß, wieviel?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und Sie sind bei 300 dagegen? - Angelika Volquartz [CDU]: Offensichtlich!)

Jetzt kommen wir zum Sachstand bei dieser Ostuferhafenentwicklung. Die Übung kostet nach neuem Stand 126 Millionen DM, die Umschlagsfläche, die geplant ist - da geht es um eine reine Container-Umschlagfläche - kostet 1200 DM pro Quadratmeter an Investition.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja und?)

Es ist üppig geplant mit Stellzeiten für die Container von drei Tagen und für Trailer-Verweilzeiten von 2,5 Tagen. Nun schauen Sie sich einmal an, wie das in Lübeck geht.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Ja!)

Da geht es erheblich schneller. Und das hat dieser Gutachter zur Grundlage seiner Berechnungen gemacht. Unser Gegenargument war: Wenn man die **Verweilzeiten der Trailer und der Container** verringern kann, was zum Beispiel durch eine hervorragende Logistik möglich ist, die dadurch auch für die Qualität der dafür erforderlichen Arbeitsplätze sehr interessant ist, dann kommt man mit einer geringeren Fläche aus. Das war die Geschäftsgrundlage für einen beispielsweise von Dr. Flagge und der Kulturdezernentin und anderen überlegten Kompromißvorschlag, den Bunker stehen zu lassen und mit einer kleineren Stellfläche zu operieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Das war genau die Geschäftsgrundlage, und wer sich andere Umschlagdaten bei Containerhäfen anguckt, weiß, daß es möglich gewesen wäre. Deswegen ist es einfach falsch zu sagen, es gebe keine Alternative zum Abriß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die verwegenerne, aber vernünftigere Idee ist diese Mitnutzung. Wenn wir denn schon in Kiel abrüsten - und Kiel ist ja eine der Städte, die wirklich 100 Jahre in ihrer Stadtentwicklung geblutet haben -, dann ist es doch gar nicht sehr verwegen, sondern eigentlich wohltuend zu überlegen, eine **Mitnutzung** zu erörtern, weil jeder mittlerweile weiß, daß das **Marinearsenal** in der Planung von Herrn Rühe keine Zukunft haben wird.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist verkehrt!)

- Das ist nicht verkehrt. Fragen Sie einmal in einer intimen Stunde Ihren Kollegen, Herrn Moritz.

(Heiterkeit und Beifall - Angelika Volquartz [CDU]: Was meinen Sie mit intimen Stunden?)

Es ist auch völlig logisch, weil ja die Militärplanung der Bundeswehr in Zukunft von weltweiten Einsätzen ausgeht. Und da gleichzeitig für die Ostsee als Arsenalstandort Warnemünde ausgesehen worden ist, ist es doch sachlich völlig logisch - so sehr man politisch auch etwas dagegen haben kann - zu sagen: Strategisch reicht Warnemünde, und der eigentliche Schwerpunkt wird Wilhelmshaven. Das wird ja auch in Bonn vorbereitet. Das ist Beschußlage.

(Angelika Volquartz [CDU]: Beunruhigen Sie hier nicht mit der Schilderung einer Situation, die es in Kiel so nicht gibt!)

- Diese Argumentation ist in Kiel schon seit fünf Jahren hin und her ausgetauscht worden, und jeder weiß es. Sie kennen auch die Arbeitsmarktentwicklung im Marinearsenal. Die Zahl der Arbeitsplätze ist von 2500 auf mittlerweile 1100 geschrumpft. Das können Sie doch nachprüfen.

Es geht doch auch nicht darum, das Marinearsenal hier wegzubekommen. Und wenn es dort bleiben sollte im Sinne eines Kompromisses, in Gottes Namen, ich hätte nichts dagegen. Mich stört, daß mindestens 30 ha Fläche ungenutzt bleiben.

Da komme ich auf das, was der Wirtschaftsminister ausgeführt hat: Jawohl, Hafenentwicklung ist wichtig, aber auch die Anbindung muß stimmen. Sie haben dort eine komplette Schienenanbindung, Sie brauchen dort nicht - was das Riesenproblem auf der Seite ist - den Verkehr nur über die Straße abzuwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Wir haben dort die B 502, und wir haben dort jeden Tag 800 Lastwagen. Der Ostring wird verstopt, und logischerweise kam damit von Ihrer Seite das Wiederaufleben der Südspange Gaarden.

(Anhaltende Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Voigt, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nur ein Satz abschließend, damit Sie sehen, um was es hier geht.

(Anhaltende Zurufe: Weiterreden! Zwischenfrage!)

In der **Ratsversammlung** ist ein Beschuß gefaßt worden. Wir hatten eine politische Alternative, aber CDU, SPD und SUK haben folgendes beschlossen: Bevor die Frage des Bunkerabrisses entschieden wird, soll ein klares Finanzierungskonzept vorgelegt werden, das Antworten auf die Frage gibt, wer was wann bezahlt. Dieses Konzept muß auch die Konsequenzen der Umweltverträglichkeitsprüfung berücksichtigen. Das liegt bisher nämlich nicht vor. Außerdem war eine Verkehrskonzeption zu erstellen, die die Befürchtung der betroffenen Stadtteile berücksichtigt und die mit den betroffenen Ortsbeiräten abgestimmt werden muß. Das ist die Beschußlage der Landeshauptstadt Kiel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Alle, die nicht abwarten wollen, bis das geklärt ist, schaden dem Land und fallen der Landeshauptstadt Kiel in den Rücken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Voigt, bleiben Sie noch einen Moment hier. Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke?

(Zurufe: Jetzt ist es zu spät!)

- Bitte sehr, Frau Aschmoneit-Lücke!

Christel Aschmoneit-Lücke
[F.D.P.]: Frau Präsidentin, es kann ja nun keine Zwischenfrage mehr werden, aber vielleicht eine Anschlußfrage zu den Ausführungen des Kollegen Voigt. Herr Kollege Voigt, was haben Ihre Ausführungen mit dem von Ihnen unterschriebenen Antrag zu tun?

(Angelika Volquartz [CDU]: Das möchte ich auch wissen!)

Wilfried Voigt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich will Ihnen das genau sagen. In dem Antrag heißt es:

„Dabei sind mit einer klaren Finanzierungs- und einer plausiblen Verkehrskonzeption für die Hafenerweiterung insbesondere die Voraussetzungen einzubeziehen, die von der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel beschlossen sind.“

Das sind die beiden zitierten Punkte, die ich gerade erwähnt habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine saubere Koalition!)

Anke Spoerendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will Ihnen ganz offen sagen, was ich dachte, als ich diesen Antrag las.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Brauchen Sie nicht!)

Ich dachte, daß er mir sehr bekannt vorkommt, und ich überlegte mir, wo ich schon einmal so etwas Ähnliches gesehen hatte. Ich meine, einen solchen Antrag hat es schon einmal in der letzten Legislaturperiode gegeben. Da waren andere Zeiten. Damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Nicht daß ich eine demokratische Partei wie die F.D.P. mit gewissen anderen Leuten vergleichen will, die wir Gott sei Dank losgeworden sind, aber ich frage mich: Was will die F.D.P. eigentlich mit diesem Antrag?

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mein Gefühl war: Man nehme irgendein Thema, nicht der Sache wegen,

(Angelika Volquartz [CDU]: Wie können Sie so über Kiel reden!)

sondern man nehme vielmehr ein Thema, um zu provozieren und zu spalten.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltender Widerspruch bei der CDU)

Ich sagte Ihnen, was mein Gefühl war, und mein Gefühl können Sie mir nicht nehmen.

(Heiterkeit)

Ich will aber hinzufügen, daß ich das für einen ganz schlechten politischen Stil halte, wenn sich das so verhalten hat.

Und jetzt zur Sache selbst. Die Stadt Kiel hat beim Land einen Antrag auf Beseitigung der **Bunkerruine „Kilian“** gestellt. Die Landesregierung hat diesen Antrag an das Landesamt für Denkmalpflege weitergegeben, das die denkmalpflegerischen und ökonomischen beziehungsweise hafenwirtschaftlichen Interessen gegeneinander abwägen soll. Das Landesamt hat sich nun gegen einen Abriß ausgesprochen. So weit, so gut. Nun kommt die F.D.P. mit einem Antrag, und nun soll der Landtag die Landesregierung auffordern, dem Antrag der Stadt Kiel zuzustimmen.

Was mich bedenklich stimmt, ist die Gefühlskälte, mit der die F.D.P. ein solches Thema angeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Gerhard Poppendiecker [SPD] - Zurufe von der CDU: Oho, oho!)

Leider ist diese Gefühlskälte kein Einzelfall. Sie sind in guter Gesellschaft. Die Geschichte der Bundesrepublik ist voll von Beispielen, in denen den Verantwortlichen der Umgang mit der jüngsten Vergangenheit schwerefallen ist.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU: Oho, oho!)

Ich möchte einmal daran erinnern, was mit dem Jüdischen Friedhof in Hamburg vor sich gegangen ist.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stritzl?

Anke Spoerendonk [SSW]:

Nein, heute nicht. Nächstes mal ja, heute will ich meine Rede zu Ende reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Anhaltende Unruhe)

Auch in den neuen Bundesländern laufen viele Mahnmale des Zweiten Weltkriegs Gefahr, abgerissen zu werden. Laut aktueller Angabe des Gedenkstättenverbandes sollen rund 80 % der kleineren KZ-Gedenkstätten abgebaut werden oder sind schon verschwunden.

Ich vermisste bei der F.D.P. den sensiblen Umgang mit unserer Vergangenheit. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Bunkerruine Kilian ein wichtiges Zeugnis des Zweiten Weltkriegs und damit der jüngsten deutschen Vergangenheit ist. Zwangsarbeiter, Deportierte sind bei dem Bau des Bunkers umgekommen. Auch das muß gesagt werden. Ob der Bunker erhaltenswert ist, sei dahingestellt. Um dies zu beurteilen und beispielsweise gegen wirtschaftliche Interessen abzuwagen, gibt es gerade die Bestimmungen des Landesdenkmalschutzgesetzes und das hierfür zuständige Landesamt für Denkmalschutz.

Der SSW ist der Auffassung, daß das **Landesdenkmalschutzgesetz** hier zur Anwendung gelangen muß.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Ist es ja schon!)

Es kann beim besten Willen nicht die Aufgabe dieses Hauses sein, sich in dieses Verfahren einzumischen. Wir lehnen den Antrag der F.D.P. entschieden ab und werden dem Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist was ganz Neues!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Die F.D.P. will mit ihrem Antrag in ein laufendes

denkmalrechtliches Verfahren eingreifen und die Landesregierung auf eine Entscheidung festlegen,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist ein politisches Verfahren!)

ohne daß es bisher ausreichende Entscheidungsgrundlagen für eine Entscheidung in einem Zielkonflikt gibt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das wollen einige Kollegen von Ihnen offensichtlich auch!)

Es geht um den **Zielkonflikt** des öffentlichen Interesses des **Denkmalschutzes** auf der einen Seite und der wirtschaftlichen Interessen, der Interessen nach **Arbeitsplätzen** auf der anderen Seite. Das läßt sich nicht eben mal so, hopplahopp, entscheiden, sondern es bedarf eines gründlichen Abwägungsprozesses, der im übrigen auch im Denkmalschutzgesetz so vorgeschrieben ist.

(Beifall bei dr SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nachdem die Stadt Kiel im April den Antrag auf Abriß des Bunkers gestellt hat und die Genehmigung einen Monat später nicht erteilt worden ist, gibt es folgenden weiterführenden Weg. Im ersten Monat ist eine ernstliche Prüfung der wirtschaftlichen Unterlagen vorgenommen worden. Es ist festgestellt worden, daß es eine ganze Reihe von offenen Fragen gibt, und zwar offene Fragen, die jeden Investor bei den vorliegenden Unterlagen davon abhalten würden, derzeit dort zu investieren.

Wenn Sie eine vernünftige Abwägung zwischen Denkmalschutz auf der einen Seite und wirtschaftlichem Interesse auf der anderen Seite vornehmen wollen, müssen nicht nur die Fragen des Denkmalschutzes, sondern auch die Frage der Wirtschaftlichkeit ausführlich beantwortet werden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Nein.

(Zuruf von der CDU: Heute nicht! - Zuruf von der SPD: Nächstes Mal!)

Die Stadt Kiel hat jetzt die im gesetzlichen Verfahren vorgesehene Möglichkeit - wir gehen davon aus, daß die Stadt Kiel diesen Weg gehen wird -, Widerspruch einzulegen. Sie kann dies so tun, daß sie zunächst in der dafür vorgesehenen Frist den Widerspruch einlegt und die Begründung dafür, die die Präzisierung auf die offenen Fragen enthält, nachreicht.

Wenn zum Beispiel aus den vorgelegten Unterlagen nicht erkennbar ist, ob die **Wirtschaftlichkeit** der geplanten **Hafenerweiterung** bereits genau ermittelt worden ist, wenn die Kosten für die geplante Hafenerweiterung nicht benannt werden, wenn die Gutachten die Hafenentwicklung nicht unter dem Aspekt der Auswirkungen der festen Belt-Querung und der Konkurrenz der Ostseehäfen in der ehemaligen DDR haben, wenn die Antworten auf all diese Fragen fehlen, ist doch selbstverständlich, daß nachgefragt und nachgearbeitet werden muß, bevor eine politische Entscheidung getroffen werden kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das wird also solange dauern, bis Erkenntnisse über die feste Belt-Querung vorliegen!)

Diese Möglichkeit hat die Stadt Kiel in dem vorgelegten Verfahren. Es geht um eine Entscheidung, die eine gründliche Abwägung erfordert. Diese Entscheidung werden nicht die Verwaltungsgerichte treffen, sondern die Landesregierung wird die Entscheidung treffen, wenn die Entscheidungsgrundlagen vorliegen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Stritzl zu einem Kurzbeitrag.

Thomas Stritzl [CDU]:

Ich hätte das ansonsten in der Zwischenfrage gemacht. Ich will nur zwei Sachen sagen, weil der Wahlkreis Kiel-Ost von der Ministerpräsidentin - wenn auch mit schwindenden Prozentsätzen gleichwohl direkt - gewonnen worden ist, ich Gegenkandidat war und wir beide für den Wahlkreis arbeiten.

Ich erwarte zwei Dinge.

Ich erwarte erstens, daß die Ministerpräsidentin ihr im Wahlkampf gegebenes Wort hält und eine **Kabinettsentscheidung** herbeiführt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich erwarte zweitens, daß diese Kabinettsentscheidung in dem Sinne fällt, daß im Zweifel das Argument der Arbeitsplätze für das Wohl der Menschen auf dem Ostufer Vorrang hat und daran nicht gewackelt wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Kollege Stritzl, für Ihren dramatischen Auftritt hier hätte es überhaupt keinen Grund gegeben, wenn Sie der Kollegin Böhrk zugehört hätten,

(Beifall bei der SPD)

die erstens Mitglied des Kabinetts ist und zweitens gesagt hat, daß dieses **Kabinett** eine politische Entscheidung treffen werde. Ich dachte, daß Sie so viel deutsch verstehen, daß Sie diesen Satz übersetzen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber offensichtlich bedarf es eines leichten Schlages auf den Hinterkopf, um Ihre Denkfähigkeit zu steigern.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die zuständige Ministerin erklärt, sie werde nach sorgfältiger Prüfung der noch offenen Fragen - niemand hindert die Stadt daran, diese Fragen schnellstmöglich zu beantworten - eine politische Entscheidung und nicht eine durch Gerichte herbeiführen, und zwar in der Abwägung, wie es das Gesetz vorschreibt, hätte es Ihres Auftrittes nicht bedurft, den ich allerdings von der Seite genossen habe, weil Sie im Profil manchmal wirklich nett aussehen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich wiederhole es gern: Wir werden das politisch entscheiden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/57, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Ich bitte um Handzeichen, wer dem so zustimmen will. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist in der Fassung des Änderungsantrags beschlossen worden.

Wir sind damit am Schluß der heutigen Sitzung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Die Tagung wird morgen früh um 10.00 Uhr fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.28 Uhr